

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Es wird noch schlimmer in Tschechien



Sollte man sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Lage in Tschechien in diesen Tagen zusammenfassen, könnte man tatsächlich sagen: Es wird noch schlimmer werden. Politisch begann alles mit den Wahlen. Die Wahlen in die Abgeordnetenkammer fanden am 28. und 29. Mai statt (Senatswahlen stehen jetzt im Herbst bevor). Eine Wählerumfrage im Januar stellte zwar fest, dass trotz der Tatsache, dass die Sozialdemokraten als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen könnten, die Parteien der Rechten und der Mitte eine Mehrheit bilden würden. Danach – und noch eine Woche vor den Wahlen – schien es, als ob die Linke, d.h. die Sozialdemokratie mit den Kommunisten – eine Mehrheit erringen würden. Nach den Wahlen jedoch blieb nur ein Teil dieser Vorhersagen wahr: die Sozialdemokraten waren tatsächlich die stärkste Partei. Doch Träume über eine Parlamentsmehrheit und deshalb eine Regierungsbildung zerstoben und die Linke fand sich – sieht man es „parteimässig“ an – machtlos. Denn die stärkste Partei war plötz-

lich, um es mit einem Wort der Rechten auszudrücken, „ohne Allianzpotential“ – keine andere Partei wollte mit ihr zusammenarbeiten.

Das hing auch damit zusammen, dass – was die grösste Überraschung der Wahl überhaupt war – mögliche Verbündete es gar nicht geschafft hatten, die 5%-Hürde zu überschreiten und ins Parlament zu kommen: die Christdemokraten sind zum allerersten Mal in der Geschichte der Tschechischen Republik ohne Abgeordnete, auch den Grünen gelang es nicht mehr, kleine Splitterparteien (einschliesslich der „Trotz“-Partei des ehemaligen Sozdem-Vorsitzenden Zeman) blieben ohne Erfolg. Dagegen wurden zwei völlig „neue“, vor einem Jahr entstandene, Parteien die eigentlichen Sieger. Eine davon, gegründet vom ehemaligen führenden Christdemokraten und ehemaligen (und jetzt wieder) Finanzminister

Kalousek, der geschickt den ziemlich beliebten Fürsten(!) Karel Schwarzenberg als Vorsitzenden einzubringen verstand, könnte als der eigentliche Motor der neuen Regierung angesehen werden. Die zweite, von einer anderen populären Persönlichkeit geleitet, dem früheren Fernsehjournalisten Radek John, wurde von dem Inhaber einer Sicherheitsagentur finanziert – beide sind jetzt „natürlich“ Minister.

Im ganzen, obwohl den Meinungsforschern zufolge eigentlich keine Überraschung, ist der Aufstieg dieser zwei kleineren Parteien ein Beweis nicht nur der Zersplitterung der tschechischen politischen Landschaft, sondern auch der Unlust, ja der Ablehnung der bisherigen „Governance“ seitens der wahlberechtigten Öffentlichkeit: die zwei grössten Parteien, die Sozialdemokraten (also diese Art der Linken) sowie die rechte ODS (offiziell Bürgerliche Demokratische Partei), haben Hunderttausende Stimmen verloren (die ODS 15%, die SozDem 10%) – nur mit Hilfe

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- | | |
|--|-------|
| – Nach dem Wahlen in Tschechien | S. 1 |
| – Krise der schwarz-gelben Koalition | S. 4 |
| – Sind „Alternative Listen“ Totgeburten? | S. 10 |
| – Hamburger Volksentscheid über die Primarschule | S. 12 |
| – Chinas Rückkehr auf die Weltbühne | S. 14 |
| – Mumia Abu Jamal-Veranstaltung in Nürnberg | S. 17 |
| – Arbeiterpolitik als innergewerkschaftliche Opposition | S. 19 |
| – Für einen sozialen Ausweg aus der Krise kämpfen? | S. 34 |
| – Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil III | S. 36 |

In eigener Sache

Als Folge der letzten Wirtschaftsrezession hatte sich weltweit ein Nachholbedarf herausgebildet; vor allem bei Investitionsgütern. Von einem vorübergehenden Aufschwung profitiert auch das Exportland Deutschland, bedingt nicht zuletzt durch seine Lohndumpingpolitik der vergangenen Jahre. Die CDU/CSU-FDP-Koalition schwärmt schon vom „Erfolg“ ihrer Regierungspolitik.

Es wird nicht lange dauern, bis die raue Wirklichkeit sichtbar wird, denn viele Abnehmer deutscher Waren lassen durch ihre Regierungen mit einschneidenden Sparmaßnahmen bei den Unter- und Mittelschichten deren Konsummöglichkeiten untergraben. Die kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise schwellt eben weiter und manche Staaten stehen nach wie vor am Rande des Abgrunds. Die Supermacht USA wird von einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise geschüttelt und niemand weiß, wann ihre gigantischen Schuldenberge alle Dämme brechen lassen.

Zusammen mit den Kriegen der imperialistischen Mächte ist dieses Anwachsen der Widersprüche der Hintergrund für die Regierungskrisen rundum und für den Streit und die Mißwirtschaft in den herrschenden Schichten und Parteien. Was Deutschland betrifft, sehen wir die Situation in den Ausführungen der letzten „Ar-

beiterpolitik“ gut geschildert. Wir drucken deshalb den Artikel „Krise der schwarzen gelben Koalition“ nach.

In den meisten osteuropäischen Ländern spitzt sich die soziale Misere nach dem Sturz des Kommunismus zur politischen Krise zu. Am krassen wütet die Reaktion in Ungarn, doch auch in der Tschechischen Republik ist eine Rechts- wende im Gange. Wir erhielten darüber einen Bericht aus Prag.

Zur geschichtlichen und aktuellen Entwicklung der Volksrepublik China erreichten uns drei Artikel, die das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Als erster Teil erscheint in dieser Ausgabe ein geschichtlicher Überblick. Die weiteren Arbeiten folgen in den nächsten Nummern. Artikel, die mit Namen oder mit Abkürzungen gekennzeichnet sind, decken sich nicht immer zur Gänze mit der Meinung der Redaktion. Das trifft auch auf Punkte des China-Artikels zu. Wir sind z.B. nicht der Meinung, dass die Entwicklung zum Kapitalismus in China noch einmal umkehrbar sein könnte.

Ein Genosse, der längere Zeit in Spanien lebte, berichtet vom Angriff der Zapatero-Regierung auf den Lebensstandard der Massen. Er hofft auf den Widerstand der Arbeiterbewegung und der Kommunisten.

Der dritte Teil unserer Artikelreihe zu Chile behandelt die geschichtliche Pe-

riode, die die Massenbewegung gegen die Diktatur und den Sturz Pinochets umfaßt.

Einen Beitrag zur geschichtlichen Aufarbeitung und auch zur besseren Kenntlichmachung unserer politischen Richtung im Kommunismus liefert eine längere Arbeit Jörg Wollenbergs. Er behandelt den Werdegang der Gruppe Arbeiterpolitik bis zu deren Auflösung 1959; insbesondere ihre gewerkschaftliche Arbeit und Auffassungen. Nicht nur manche Akteure von damals, auch die politische Herangehensweise stehen in Bezug zur Tradition auch unserer Gruppe.

Diskussionen um „Alternative Listen“ bei Betriebsratswahlen schlagen weiterhin hohe Wellen, nicht nur bei der DKP. Wir erhielten zu unserem Artikel in der letzten Nummer viele Reaktionen, sowohl zustimmende als auch ablehnende. Wir drucken einen Leserbrief ab, dessen Verfasser nicht mit unserer Auffassung übereinstimmt.

Ein Artikel über der Hamburger Abstimmung über das dortige Schulsystem rundet die Nummer ab.

Leider ist in der letzten Nummer der Name des Verfassers der Würdigung von Jürgen Seifert aus technischen Gründen nicht erschienen. Wir bedanken uns bei Andreas Diers und bitten um Nachsicht.

Am 9. und 10. Oktober findet unsere diesjährige Jahreskonferenz wieder in Nürnberg statt. Als Themen sind vorgesehen: Wirtschaftskrise; Reaktion in Betrieb und Gewerkschaft; Kurs der IG Metall; China, Lage und Entwicklung – Diskussion; Großbritannien, jüngste Entwicklung; Näheres über unsere Redaktionsadresse oder abends unter der Rufnummer 0911/5180381

Wir danken allen, die das Jahres-Abo für 2010 schon bezahlt haben, und ganz besonders jenen, die uns über den Jahresbetrag hinaus mit einer Spende unterstützten.

Leider hat ein Teil der Bezieher der „Arbeiterstimme“ noch nicht reagiert. Wir appellieren an diese, doch auch zum Weitererscheinen unserer Zeitschrift beizutragen. Wir können nur bestehen, wenn unsere Leser uns weiter unterstützen!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

der „Kleinen“ konnte die ODS (zum Teil immer noch die Partei des Präsidenten Klaus) eine Regierung bilden. Ohne ins Detail zu gehen, muss man wohl zugleich feststellen, dass es wahrscheinlich auch dank sowohl der Naivität (Unerfahrenheit?) wie der Ablehnung der bisherigen Politik seitens der Jungwähler den Konservativen gelang, eine Mehrheit von 118 Abgeordneten (von 200) zusammenzubringen. Sie können deshalb die nächsten vier Jahre parlamentarisch schalten und walten, wie sie wollen. Zwar meinte ein bekannter (linker) Kommentator, dass es sich um eine „kurzlebige Kriseninvestition“ (der Rechten) handele – er glaubte, in dieser politischen Umschichtung „eine beginnende Revolte“ der tschechischen Gesellschaft zu sehen, eine „Übersetzung der Krise in die klassische Mischung von Demobilisation und aktiven Protest der Bürger“.

Wie dem auch sei, und sollte sich seine Vision als wahr erweisen, vier – zumindest – schwere und bittere Jahre sind schon jetzt im Anmarsch.

Vereint gegen die Linke

In Anbetracht der Tatsache, dass seine Partei zwar aus den Wahlen als die stärkste hervorging, doch ausserstande war, eine Regierung zu bilden, und mit Rücksicht auf den Stimmenverlust, verzichtete der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Jiří Paroubek, auf sein Amt und behielt nur seinen Abgeordnetensitz. Er veröffentlichte später eine Analyse der Wahlergebnisse, die die entstandene Lage recht realistisch beschrieb. Wir werden kurz darauf eingehen.

Eine grosse Rolle spielte im Wahlkampf „die griechische Karte“. Ohne Unterbrechung schilderten die Rechtsparteien den Wählern die düstere Zukunft, die sie unweigerlich erwarten müsste, sollte die Staatsverschuldung noch weiter wachsen. (Tatsache ist, dass die ČR zu den europäischen Ländern mit einem sehr niedrigen Anteil der Staatsschulden am BIP gehört). Sozialdemokratische Versprechen über die Beibehaltung sozialer Errungenschaften (wie z.B. eine einmalige Auszahlung einer monatlichen Pension) wurden als Verschwendung bezeichnet. Das

„Beispiel“ Griechenland wurde zu Hilfe genommen, rechtslastige Wahlredner warnten eindringlich vor der Möglichkeit, den „griechischen Weg“ zu gehen. Die Medien, einschließlich der öffentlich-rechtlichen (zwei Fernsehkanäle und zwei Rundfunkstationen), wurden praktisch zum Teil dieser Attacke. (Nachdem kurz nach 1989 sowohl die Gewerkschaften als auch die SD aufgehört haben, ihre eigenen Zeitungen herauszugeben, gibt es in der ČR – mit Ausnahme eines kommunistischen Tagblatts und einer „unabhängigen“ Tageszeitung – kein Medium, das die Ideen und Ansichten der Linken präsentiert und verteidigt.) Auch die oft wiederholte (obwohl im Grunde lächerliche) Drohung, der Wahlsieg der SD und der KP könnte eine Rückkehr zum „normalisierten“, d. h. kryptokommunistischen Regime bedeuten, ist wohl nicht ohne Einfluss geblieben. Obwohl es nur die sozialdemokratischen Kandidaten waren, die man auf Wahlversammlungen auch physisch angriff, wurde diese Partei einer aggressiven und vulgären Wahltaktik beschuldigt. Paroubek nahm an, infolge dieser lügenhaften Kampagne gingen zwischen 5 und 7% der bisherigen sozialdemokratischen Wähler zu den kleineren Parteien über. Dazu könnten 6 bis 8% der Parteigänger der Wahl ferngeblieben sein.

Neben den sichtbaren Gegnern hatte die Linke natürlich auch wichtige unsichtbare, oft jedoch um so wichtigere Feinde. Dazu zählen nach Paroubeks Analyse z.B. Finanzgruppen, die an den angekündigten Pensionsfonds der versprochenen Pensionsreform sehr interessiert sind oder Pharmafirmen, die an der in Vorbereitung befindlichen „erhöhten Beteiligung“ der Patienten an der Be-

zahlung der Medikamente ihr Interesse haben.

Über die KP ist eigentlich nicht viel zu sagen. Sie hielt ihre Position, im Grunde ohne Verluste, jedoch auch ohne Gewinne. Sie bleibt eine linke, doch im gegebenen System fest verankerte, d.h. systemkonforme Partei, mit einem begrenzten Einfluss, eher marginalisiert, nicht im Stande, Massen zu mobilisieren.

Eine düstere Zukunft

Vor diesem politischen Hintergrund ist es eigentlich einfach, die nächsten vier Jahre der neuen Regierung vorauszusagen. Sie ist offensichtlich sehr ernsthaft bemüht, eine – wie sie immer wieder betont – „Regierung der Haushaltsverantwortung“ zu sein. Kürzungen, überall nur Kürzungen, könnte man fast – frei nach Wagner – ausrufen. 10 Prozent ist die Parole: alle Ministerien sind im neuen Staatshaushalt gezwungen, ihre Ausgaben um diesen Anteil zu kürzen. Ob Polizei, Erziehung, Gesundheitswesen – Ausgaben, natürlich einschliesslich der Löhne und Gehälter, werden „gekürzt“. Und entsprechend werden Menschen entlassen. Kein Wunder, dass am 21. September Staatsbeamte, Lehrer, Ärzte, Polizisten und sogar Armeeinghörige in Prag demonstrieren wollen. (Typisch tschechisch jedoch: kein Generalstreik! Wir sind ja nicht in Frankreich!) Hunderte von Ärzten sind schon bereit, ihre Krankenhäuser zu verlassen und ins Ausland zu gehen – denn soll ein Primärarzt bis zu 42% seines Gehalts verlieren, kann man es ihm nicht übel nehmen, dass er quittiert. Eigentlich selbstverständlich – denn es ist nicht nur die Mittelklasse,

Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik am 28./29. Mai 2010:

CSSO	22,0%	56 Sitze	2006: 32,32%; 74 Sitze
ODS	20,1%	53 Sitze	2006: 35,38%; 81 Sitze
TOP 09	16,7%	41 Sitze	gegründet 2009
KSCM	11,3%	26 Sitze	2006: 12,81 %; 26 Sitze
VV	10,9%	24 Sitze	gegründet 2009
KDU-CSL	4,4%	0 Sitze	2006: 7,2%; 13 Sitze
SPOZ	4,3%	0 Sitze	gegründet 2009
Grüne	2,4 %	0 Sitze	2006: 6,3%; 6 Sitze
Sonstige	12,0%	0 Sitze	

die im Visier der Rechten steht, sondern ebenso die Arbeiterklasse, die angegriffen wird – ist es in diesem Zusammenhang, dass das Arbeitsgesetzbuch „modernisiert“ werden soll. Obwohl der Arbeits- und Sozialminister, der diese Änderungen vorschlägt, vor den Wahlen als Vorsitzender der Wirtschaftskammer ein prominenter Vertreter der Unternehmerschaft war, hält der Ministerpräsident (der Vorsitzende der ODS ist), die Änderungsvorschläge seines Ministers in Bezug auf die Arbeitsgesetze für „nicht radikal genug“: Kündigung ohne Grund soll gesetzmässig verankert, „flexible Arbeitsverhältnisse“ sollen noch flexibler gemacht werden u.s.f. Direkte Steuern sollen nicht erhöht werden – denn Reiche

müssen geschützt bleiben. Doch indirekte Steuern wird man anheben, wie z. B. die Mehrwertsteuer von 10 auf 12%, womöglich vom 1. Januar nächsten Jahres an. Und Václav Klaus, der Staatspräsident, hat eben – am 7. September – in einer Rede im neuen Parlament erklärt, die Regierung, die er lobte, dürfe nicht bei Kürzungen stehen bleiben – sie müsse schnell zu wirklichen Reformen übergehen, sonst würden es ihre Wähler nicht verstehen, wozu die Kürzungen gemacht werden. Mit anderen Worten, bevor sich die Bürger bewusst werden, wie schmerzhaft die Pläne der Regierung sind, müssen diese schon anlaufen.

Es wird Widerstand geben. Es bilden sich schon, wenn auch bisher

kleine, Gruppen, die versuchen, die Öffentlichkeit wachzurütteln und die neoliberalen Tricks und Lügen der Regierung zu enthüllen. Ohne Unterstützung der Massen der Arbeiter und Angestellten jedoch, ob im Staatsdienst (die zuerst betroffen sein werden) oder in Privatunternehmen, gibt es keine wirklichen Änderungen der Regierungspolitik. Die beiden linken Parteien sind zu sehr einer rein parlamentarischen Politik verhaftet, um von ihnen spürbare Unterstützung im Kampf um eine grundlegende Änderung der Lage der arbeitenden Bevölkerung erwarten zu können. Deshalb stehen den meisten Bürgern der ČR schwere Jahre bevor.

Štěpán Steiger

Krise der schwarz-gelben Koalition Koalitionsstreit und nationaler Konsens

Die Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt sich in der Bundesrepublik nun auch als politische Krise nieder. Bereits nach einem guten halben Jahr präsentiert sich die vom so genannten Mittelstand und von den Unternehmerverbänden favorisierte bürgerliche Koalition als heillos zerstritten und in wesentlichen Fragen gelähmt oder handlungsunfähig. Bei den Beschlüssen zum „Rettungsschirm für Griechenland“ und zum Euro blieb die Regierung Getriebene der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Sie versucht, als Sachwalter deutscher Kapitalinteressen aufzutreten, muss aber in der EU weiteren Integrationsschritten (Euro-Stabilisierungsfonds) zustimmen. Welche Belastungen auf zukünftige Haushalte durch die gegebenen Bürgschaften zukommen werden, das kann niemand voraussagen – und auch nicht, ob die Rettungsschirme die gewünschte Wirkung zeigen und nicht erneut nachgelegt werden muss. So bleibt völlig offen, welche weiteren finanziellen Löcher sich noch in den Haushalten und den sozialen Sicherungssystemen auftun werden.



Bei Enthaltung der SPD und gegen die Stimmen der Linkspartei hat das Parlament der Koalition im Eilverfahren einen Blankoscheck ausgestellt und damit eines seiner wichtigsten Rechte an die Regierung abgetreten. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der weiterhin bestehenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten bedarf es aber einer handlungsfähigen Regierung, die sich möglichst auf eine breite parlamentarische Mehrheit bei den auch in Zukunft notwendigen Vollmachten und bei unpopulären Sparmaßnahmen stützen kann. Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen SPD und

Grüne bereit sind, der Regierungspolitik mit ihren Stimmen diese parlamentarische Mehrheit zu sichern, bestimmt die innenpolitische Debatte und die aufkommenden Spekulationen über die Ablösung der bürgerlichen durch eine große Koalition. In NRW drängt die CDU auf eine solche Lösung. Die SPD versucht mit ihrer Taktik im größten Bundesland – neueste Variante eine rot-grüne Minderheitsregierung – das bürgerliche Lager auf parlamentarischer Ebene weiter zu schwächen. So hofft sie die eigene Verhandlungsposition gegenüber der CDU im Land als auch im Bund ausbauen und stärken zu können.

Vertrauensverlust und Umfragetief der Regierungsparteien

Die schwarz-gelbe Koalition trat an mit dem Ziel, eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuleiten. Nach den Konjunkturspritzen der großen Koalition (Abwrackprämie, Ausweitung der Kurzarbeit etc.), soll jetzt die Konsolidierung des Haushalts und der Sozialsysteme durch die entsprechenden Einsparungen in Angriff genommen werden. Doch über alle damit zusammenhängenden Fragen ist ein heftiger Streit zwischen und in den Koalitionsparteien ausgebrochen. Er konnte auch durch die Sparbeschlüsse des Kabinetts nicht beigelegt werden, sondern hat sich noch verschärft. Den Hintergrund bildet das rapide gesunkene Ansehen der Regierungsparteien. Die FDP ist nach Meinungsumfragen auf 5 Prozent abgestürzt. Die Versprechungen von Steuererleichterungen, mit denen sie die „radikalen Kleinbürger“ an die Wahlurne lockte, konnte sie nicht einlösen. Die Mischung von marktliberaler Ideologie und Begünstigung des eigenen Anhangs, wie sie bei den Steuergeschenken für Hoteliers zum Ausdruck kam, führte im Gegenteil zu einem beschleunigten Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Regierung.

Nur noch ein Fünftel der Deutschen ist mit dem schwarz-gelben Krisenmanagement zufrieden. Sogar nur 13 Prozent erwarteten ein ausgewogenes Ergebnis der Haushaltsklausur laut ZDF-Politbarometer. Die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP hat den Rückhalt in der Bevölkerung verloren, berichtet der Meinungsforscher Richard Hilmer, Chef von Infratest-Dimap: „Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist auf einem Tiefstand, und das nach sehr, sehr kurzer Zeit.“ 83 Prozent der Bürger rechnen nicht mit einem sozial ausgewogenen Sparkurs der Bundesregierung. Die Mehrheit will nicht einseitig die Zeche der Banken und anderer Euro-Staaten zahlen.

Die CDU fürchtet, in den Abwärtsstrudel der FDP gerissen zu werden, und um ihren Charakter als „Noch-Volkspartei“. Die Kritik aus Unionskreisen an den Sparbeschlüssen der eigenen Regierung hat daher zugenommen. Da fordert etwa der Vorsitzende des Wirtschaftsrats der CDU, Karl Lauk, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer. Für ihn sei sogar eine Ausweitung der Reichensteuer denkbar (FR 09.06.2010). Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, pflichtet ihm bei. Bundestagspräsident Norbert Lammert hält die Kürzungsliste für sozial

unausgewogen, Peter Müller, saarländischer Ministerpräsident findet, dass die starken Schultern mehr tragen müssten.

Das Unternehmerlager setzt auf die Einbindung von SPD und Gewerkschaften

„Was in diesen Stimmen zum Ausdruck kommt, ist die berechtigte Sorge, dass das Sparpaket zwar ... der Verminderung des Haushaltsdefizits dient, aber nicht der Sicherung des sozialen Friedens, der gleichfalls ein hohes Gut ist“, kommentiert die „Frankfurter Allgemeine“ am 10. Juni. Die bestimmenden Kräfte in der herrschenden Klasse, vor allem die Vertreter der deutschen Exportindustrie, setzen weiterhin auf die Einbindung von SPD und Gewerkschaften. Damit sind sie seit Ausbruch der Finanzkrise gut gefahren. Vor allem die Industriegewerkschaften Metall und Chemie hatten die Stützungsmaßnahmen für die Banken und die Konjunkturbeschlüsse der großen Koalition mitgetragen. Sie sicherten der Bundeskanzlerin die weitere Unterstützung zu, wenn auch die neue Regierung auf gewerkschaftliche Belange und Interessen Rücksicht nehmen. Dazu gehörten unter anderem der Verzicht auf eine Lockerung des Kündigungsschutzes und weitere

Viele offene Posten im Sparpaket, nur einer wurde festgeklopft Die Erwerbslosen sollen die Zeche zahlen

Das Sparpaket mit einem Volumen von 11,2 Milliarden im Jahre 2011 und von insgesamt über 80 Milliarden in den Folgejahren bis 2014 beinhaltet eine „Beteiligung der Wirtschaft als auch eine Beteiligung der Sozialgesetzte“, so stellte die Kanzlerin den „fairen Ausgleich“ zwischen Sozialkürzungen und Belastungen der Wirtschaft dar. Außenminister Westerwelle ergänzte: „Das ist ein Programm, das die Wirtschaft genauso in die Verantwortung nimmt wie den Sozialstaat.“

Schaut man sich die Kabinettsbeschlüsse genauer an, so fällt sofort ins Auge: Die „Beteiligung der Wirt-

schaft“ verbleibt auf der Ebene von Absichtserklärungen oder von eher symbolischen Beiträgen. Im Bestreben, den Standortfaktor „sozialer Frieden“ zu erhalten, ist die Bundesregierung den Gewerkschaften entgegengekommen und hat die in Normalarbeitsverhältnissen Beschäftigten bis auf die Kürzung des Elterngeldes kaum belastet. „Wenn sie (die Regierung) an die Steuerfreiheit (der Schichtzuschläge) herangeht, überschreitet sie eine rote Linie. Dann gibt es richtig Krach – ohne dass wir dafür groß mobilisieren müssten. Das Thema mobilisiert die Leute von allein.“ (Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, Frankfurter Rundschau, 04.06.2010)

Die Hauptlasten der Einsparmaßnahmen werden auf die Erwerbslosen, auf die Hartz-IV-Empfänger abgewälzt. Sie verfügen über keine starke Interessenvertretung oder Lobby. So soll es den Vorständen erleichtert werden, die Gewerkschaften aus möglichen Protesten und Aktionen herauszuhalten. Deren Führungen verstehen sich als Tarifpartner, und als solche können sie das Gesamtinteresse der Lohnabhängigen nicht vertreten. Was über die Regelung tariflicher Fragen hinausgeht, das überlassen sie de facto dem parteipolitischen Gerangel und den Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten. Die „Beteiligung

staatliche Zuschüsse für die von der IGM ausgehandelte tarifliche Regelung zur Kurzarbeit. Die Gewerkschaften honorierten dies in den Tarifrunden 2010, die sie konfliktlos, ohne die üblichen Rituale, abwickelten. Auf betrieblicher Ebene haben sie mit zahlreichen „Bündnissen für Wettbewerbsfähigkeit und Standort-sicherung“ den Interessen der Exportwirtschaft Rechnung getragen. Anders als in manchen Nachbarländern hat die Krise bisher, auch Dank der ordnungspolitischen Rolle der Gewerkschaften, nicht zu größeren Demonstrationen, Arbeitskämpfen oder sozialen Protesten geführt.

Das Selbsterhaltungsbestreben der FDP darf die bundesdeutsche Variante der Sozialpartnerschaft und den sozialen Frieden nicht in Frage stellen. Mit ihren entscheidenden Anliegen, wie beispielsweise den Steuersenkungsplänen oder den Umbau der Krankenversicherung, konnte sie sich deshalb im Kabinett nicht durchsetzen. Noch vor einem halben Jahr wurde der liberale Wahlerfolg von zahlreichen bürgerlichen Kommentatoren begrüßt. In einer gestärkten FDP erblickten sie ein Gegengewicht zur fortschreitenden „Sozialdemokratisierung der Union“ durch die von Merkel betriebene Regierungspolitik. Rasch emporgestiegen und hoch gelobt folgte der Absturz bereits

kurz nach dem Regierungswechsel. Die FDP und ihr Vorsitzender Westerwelle wurden für das schlechte Klima in der Koalition und deren ramponiertes Image verantwortlich gemacht.

Nach dem rapiden Vertrauensverlust der Regierung in der Bevölkerung rücken auch die bestimmen Kräfte in der Wirtschaft und ihre publizistischen Vertreter von der Koalition ab. „*Noch schlechter fallen die Umfragewerte in den Führungsspitzen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung aus. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Wirtschafts magazins ‚Capital‘. Zeigten sich kurz nach dem Start der Koalition im vergangenen Herbst immerhin bereits 63 Prozent der Top-Entscheider enttäuscht von der Regierung, sind es nun sage und schreibe 92 Prozent.*“ (Spiegel-Online, 16.6.2010) Der Handelsblatt-Meinungschef Thomas Hanke wirft am 16. Juni ein Schlaglicht auf die momentane parlamentarische Konstellation: „*Die Regierung ist am Ende doch zum Abtreten fehlt ihr die Kraft – und die Herausforderung in Form einer Opposition, die regieren will. Neuwahlen fürchten die Parteien besonders. Vor allem die FDP braucht jetzt Zeit in der Regierung, um sich wieder zu fangen. Denn der alte neoliberale Cocktail ist ungenießbar geworden.*“

Die staatstragende Oppositionsrolle der SPD

SPD und Grüne haben kein Interesse daran, dass sich die zunehmende soziale Polarisierung und die Unzufriedenheit mit der Regierung in einer parlamentarischen Blockbildung niederschlägt: schwarz-gelb gegen rot-rot-grün. Vor allem der SPD-Vorstand fürchtet, dass ein solches Modell Erwartungen unter den Beschäftigten und Erwerbslosen weckt, die im Gegensatz zur „Krisenlösung“ durch die herrschende Klasse stehen. Die Entscheidungsträger in SPD und Gewerkschaften sollen nicht unter den Druck falscher Erwartungen geraten. Dies ist, neben ihrer antikommunistischen Borniertheit, einer der Gründe, weshalb SPD und Grüne eine Regierungs-beteiligung der Linkspartei in NRW ablehnen; für den Bund schließen sie eine solche Lösung sowieso kategorisch aus.

Zugleich hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier die grundsätzliche Bereitschaft seiner Partei zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung betont: „Es ist Zeit sich von ideologischen Bekenntnissen zu verabschieden. Es ist Zeit, die Lage ernst zu nehmen. Sie war in den vergangenen 60 Jahren noch nie so ernst. Wenn sich diese Regierung nicht endlich zu einem

der Wirtschaft“ ist eher eine Luftbuchung:

- Da sollen also künftig die Energiekonzerne jährlich 2,3 Milliarden Euro als „Brennelementesteuer“ bezahlen. Damit dürften kaum die Sanierungskosten für die Endlager Asse und Morsleben hereinkommen, von den Kosten für den Rückbau alter Atomkraftwerke erst gar nicht zu reden. Darüber hinaus wird diese „Sparmaßnahme“ an eine Verlängerung der Laufzeit der AKW verkoppelt. Ein abgeschriebenes Kernkraftwerk bringt für die Energieoligopolisten etwa 1 Million Euro Gewinn – am Tag. Bei einer Laufzeitverlängerung um 10 Jahren bedeutet das einen Gewinn von 19 Milliarden und bei 25 Jahren 70 Milliarden Euro. Die „Einsparung“ wird also von Subventionen aufgeessen und mit Extrage-winnen für Eon, EnBW und RWE er-

kauft. Im schlimmsten Fall, werden die Oligopolisten die „Belastungen“

bei den kleinen Verbrauchern schon wieder hereinholen.



Krisenmanagement entschließt, das diesen Namen verdient, geraten uns die Dinge aus der Hand. (...) Aber wir zeigen auch Verantwortung in der Opposition, wie sich das für eine Partei gehört, die lange regiert hat.“ (FAZ 12. 05.2010) Der SPD-Vorsitzende Gabriel wurde am 15.06.10 im Handelsblatt noch deutlicher: „Auch ohne große Koalition könnte man in zentralen Fragen unseres Landes einen Pakt der Vernunft schließen.“ Gefragt, wie die SPD den Haushalt sanieren wolle, nennt Gabriel den Abbau von Subventionen und die Anhebung des Spitzensteuersatzes.

Die SPD bleibt ihrer historischen Rolle als auch der Linie sozialdemokratischer Politik unter Bundeskanzler Schröder treu. Sie lautet: Wir wollen den unter kapitalistischen Verhältnissen notwendigen Umbau (sprich Rück- oder Abbau) der Sozialsysteme nicht allein dem konservativ-liberalen Lager überlassen, sondern ihn möglichst selbst gestalten, zumindest aber mitbestimmen. Dies sei nicht möglich, wenn die SPD sich in die Fundamentalopposition begeben. Sie müsse vielmehr die Regierungspolitik konstruktiv begleiten, um sich nicht die Möglichkeit der Mitgestaltung zu verbauen.

Die Linkspartei als Juniorpartner von Rot-Grün?

Das Agieren der Linkspartei nach der NRW-Wahl zeigt ihr mehrheitliches Verständnis als hauptsächlich parlamentarisch ausgerichtete Kraft. Nicht ihre eigenen Vorschläge und politische Mindestbedingungen für eine Koalitionsbeteiligung stellte sie in den Vordergrund, sondern ihr Bestreben als Juniorpartner in einer rot-grünen Koalition Platz nehmen zu dürfen. Sie seien jederzeit ansprechbar zur



Michael Sommer

Ablösung von Schwarz-Gelb oder zur Verhinderung einer großen Koalition, so lautete das Angebot aus der Führungsspitze der NRW-Linken. Sollte es tatsächlich zu einer rot-grünen Minderheitsregierung kommen, dann darf und wird die Linkspartei ihre „demokratische

Verlässlichkeit“ in der Opposition unter Beweis stellen.

Der noch von Lafontaine mitgeschriebene und für eine sozialdemokratische Feder relativ „radikale“ Programmwurf soll dem Bedürfnis der Basis und des linken Parteiflügels Rechnung tragen. Die Realpolitik, auch in den westlichen Bundesländern, orientiert sich dagegen an den parlamentarischen Kräfteverhältnissen und Möglichkeiten. Insofern sind die Meinungsverschiedenheiten zu den ostdeutschen Mandatsträgern keine grundsätzlichen.

Die wollen ein Programm, das nicht in Widerspruch steht zu ihrem Handeln in der Regierungsverantwortung. Ehemalige Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften im Westen können besser mit dem Widerspruch zwischen Worten und Taten, zwischen Wahlversprechen und notwendigen Beschlüssen beim Mitverwalten, zwischen Programmen und parlamentarischer Schacherei umgehen.

Gewerkschaften als Ordnungsfaktor

Den Mitgestaltungsvorstellungen der SPD folgen auch die Gewerkschaftsspitzen, sowohl gegenüber

- Die Regelung, dass energieintensive Betriebe von der Ökosteuer verschont bleiben (Steuerbegünstigung 8 bis 9 Milliarden), wird wieder enger gefasst. In der Vergangenheit waren weitere Bereiche unverdient in den Genuss dieser Regelung gelangt. Das soll korrigiert werden, (Einsparung für den Haushalt 1 bis 1,5 Mrd. Euro).

- Die vage Angabe über die Besteuerung der Banken in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich ab 2010 (!) – noch immer bleibt unklar ob als Bankenabgabe und/oder als Finanzmarkttransaktionssteuer – ist ein leeres Versprechen, denn sie soll nur eingeführt werden, wenn die „Bemühungen“ der Bundesregierung erfolgreich sind, auf internationaler Ebene oder zumindest europaweit eine Verständigung zu erzielen. Aber selbst wenn dieser unwahrscheinliche Fall

einträte, wäre das nur ein lächerlich kleiner Beitrag der Banken an der Finanzierung der Bankenkrise. Aber bei diesem Posten handelt es sich eher um eine Irreführung der Öffentlichkeit, denn zu einer solchen Verständigung auf übernationaler Ebene wird es nie kommen. Und selbst wenn: Eine Finanztransaktionssteuer, die nur 2 Milliarden brächte, hätte diesen Namen nicht mehr verdient.

- Die Einführung einer „Luftverkehrsabgabe“ für Passagiere die von einem deutschen Flughafen starten, die jährlich eine Milliarde erbringen soll, wird nach ersten Schätzungen zu einem Ticketaufschlag von 14 Euro führen. Ob Passagiere auf die Flughäfen der Nachbarländer ausweichen steht dahin.

- Dass die Deutsche Bahn künftig Dividende von 500 Millionen Euro im Jahr an den Bund abführen

soll, steht angesichts der Schulden von 15 Milliarden ohnehin in den Sternen.

10 Milliarden Euro jährlich sollen bei den Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden

- So soll etwa der bisher zwei Jahre lang gezahlte, an das vorherige Einkommen gebundene Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in Hartz IV wegfallen. Im Schnitt erhielten bisher über 155.000 Haushalte über 2 Jahre 110 Euro pro Monat diesen Zuschlag. Mit dessen Streichung wird die ohnehin vorhandene Angst vor dem raschen Fall in die Bedürftigkeit nach einem Verlust des Arbeitsplatzes noch mehr steigen.

- Die Arbeitsagenturen sollen schon im nächsten Jahr 2 Mil-

dem Tarifgegner als auch gegenüber der Regierung. „Der gesellschaftliche Kampf hat seit gestern begonnen“, so lässt sich der DGBVorsitzende nach den Sparbeschlüssen in den Medien gern zitieren. Die Gewerkschaften kommen nicht umhin, der zunehmenden Kritik und Empörung Ausdruck zu verleihen. Doch was sind die verbalen Ankündigungen wert, werden ihnen auch Taten folgen? Der im Mai stattgefundene DGB-Kongress gibt auf diese Frage eine Antwort. „Ich werde deutlich machen (auf dem DGB-Kongress, d. Verf.), dass die gute Antikrisenpolitik fortgesetzt werden muss. Gleichzeitig müssen wir den Industriestandort Deutschland so stabilisieren, dass er seine besondere Bedeutung behält. (...) Gewerkschaften sollten sich um die Arbeit und deren Gestaltung kümmern. Das Streikrecht ist ein ökonomisches Recht zur Regelung von Arbeit. Wir sind keine unpolitischen Organisationen, aber politische Streiks sind nicht die Sache des DGB.“ (Michael Sommer, FAZ 12.05.2010)

Auf dem DGB-Kongress gab es einen zaghaften Versuch, die Erstarrung aufzubrechen und über die Kampfmittel der Gewerkschaften neu zu diskutieren, besonders das Mittel des politischen Streiks. Die Delegierten, die die zwei Anträge zum politischen Streik einge-

bracht haben, spüren wohl dass in der Krise der bloß gewerkschaftliche Kampf gegen die gewachsene ökonomische Macht der Unternehmer zunehmend erfolgloser wird und durch den politischen Angriff auf die Unternehmer und die Regierung verstärkt und ergänzt werden muss. Doch diese zaghafte Unternehmung starb schon in der Antragskommission: „Aber Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir dazu wirklich eine Beschlusslage? – Es ist doch so, dass wir in der Vergangenheit von unserem Streikrecht wirkungsvoll Gebrauch gemacht haben, auch wenn es um Forderungen gegenüber der Politik ging ... Und hinzu kommt – ihr wisst das –, wie sensibel die Vokabel ›Politischer Streik‹ ist. Es ist zu fragen, ob angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse eine solche Forderung rechtspolitisch klug wäre...“ Nach dieser Abfuhr erhob sich keine Delegierten-Stimme mehr zur Verteidigung des politischen Streiks und der Antrag, in dem dieses Anliegen aufging („DGB und Gewerkschaften wenden sich gegen alle Einschränkungen des gewerkschaftlichen Streikrechts...“) fand einvernehmlich die Billigung der Delegierten, ohne Gegenstimme, ohne Enthaltung.

Wie aber wollen die Gewerkschaften „den gesellschaftlichen

Kampf“ gegen Regierungs- und Parlamentbeschlüsse führen, wenn sie von vornherein den Einsatz des wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittels für politische Ziele ausschließen? Der verbalen Aufrüstung werden kein gesellschaftlicher Kampf, sondern höchstens symbolische Aktionen zum Dampfablassen folgen – es sei denn, die Beschäftigten treiben durch ihr eigenständiges Handeln, durch den Druck von unten die gewerkschaftlichen Führungsetagen vor sich her. Dem wollen die Vorstände natürlich vorbeugen.

Um noch einmal jeden Zweifel an der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der Krise zu ersticken, präsentierten Michael Sommer und Dieter Hundt eine gemeinsame Initiative, die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. Das Koalitions- und Streikrecht für Spartengewerkschaften bzw. sich neu gründende Gewerkschaften, die in der Regel nur die Unzufriedenheit der Mitglieder mit ihrer DGB-Gewerkschaft reflektieren, soll durch die gesetzliche Neuregelung des Tarifvertragsgesetzes eingeschränkt bzw. abgeschafft werden. Bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb soll nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern Anwendung finden. Für die Dauer dieses vor-

liarden und längerfristig 5 Milliarden Euro jährlich einsparen, indem sie Leistungen künftig stärker nach eigenem Ermessen gewähren können. Man tut also gerade so, als seien die Agenturen mit den bisherigen „Pflichtleistungen“ zu spendabel umgegangen. Man mag über den Sinn mancher Maßnahmen der Arbeitsagenturen streiten, aber die Annahme, dass Leistungen, wie etwa Eingliederungshilfen etc. künftig weniger notwendig wären, ist grotesk. Indem man Rechtsansprüche der Betroffenen in Ermessensentscheidungen der Agenturen umwandelt, macht man Arbeitslose noch mehr zu Bittstellern als schon bisher.

● Die Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Zuschüsse vom Bund auskommen. Das zwingt entweder die Bundesagentur für Arbeit zu weiteren drastischen Ein-

schränkungen oder aber die Beitragssätze müssen deutlich über die für 2011 vorgesehenen 3,0 Prozent angehoben werden. Das hieße: die Arbeitnehmer werden zu höheren Beiträgen herangezogen, bei gleichzeitiger Kürzung der Leistungen für den Fall ihrer Entlassung.

● Eine glatte Luftbuchung ist die Einsparung bei Hartz-IV-Zahlungen in Höhe von drei Milliarden Euro ab 2014 in der Annahme, dass bis dahin die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinke. Damit ist eine Senkung der Regelsätze vorprogrammiert.

● Gestrichen wird die monatliche Pauschale von 40,80 Euro, die die Bundesagentur pro Monat an die Rentenversicherung bezahlt. Dadurch erhöhte sich bisher die Rente der Betroffenen um den „stolzen“ Betrag von 2,09 Euro. Dieser Mini-

betrag war durch die Halbierung des Ursprungsbetrages im Zuge der Agenda 2010 zustande gekommen. Heute ist er nicht entscheidend für die Alterssicherung, wohl aber zum Erwerb eines noch nicht erreichten Versicherungsschutzes. Die ausbleibenden Beiträge werden allerdings in der Rentenkasse auf Dauer fehlen. Im Übrigen spart der Bund dabei auf Kosten der Kommunen, denn sie müssen für die Grundsicherung im Alter aufkommen.

● Nur zynisch kann man die Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld für Geringverdiener nennen. (24 Euro für Einpersonenhaushalte). Angesichts der ständig steigenden Energiepreise ist die Begründung für diese Streichung, nämlich dass sich die Situation „erfreulicherweise entspannt“ habe, geradezu boshaft.

rangigen Tarifvertrages bestünde für alle anderen Gewerkschaften Friedenspflicht. Hiermit suchen die DGB-Gewerkschaften ihr Organisationsmonopol, das sie in der Regel noch besitzen, zu zementieren. Michel Sommer begleitete diese Initiative mit den Worten: „Wir leben in schwierigen Zeiten. Wir stecken mitten in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise – alle Hoffnungen, die Krise sei vorüber, haben sich inzwischen zerschlagen. Zur Wirtschaftskrise kommen noch politische Probleme und Unwägbarkeiten, die jeder kennt und die in den vergangenen Tagen und Wochen ja ausführlich beschrieben und kommentiert wurden. Was die Bürgerinnen und Bürger jetzt brauchen, sind Signale, dass nicht alles aus den Fugen gerät. Sie suchen Stabilitätsanker, die ihnen Sicherheit bieten. Sie wünschen sich, dass zum Wohle des Landes zusammengearbeitet wird, auch von jenen, die unterschiedliche Interessen vertreten und deshalb oft miteinander kontrovers verhandeln.“ (Pressekonferenz vom 04.06.10) Mit anderen Worten: Der DGB-Vorsitzende sichert den Unternehmern ausdrücklich zu, dass nicht alles aus den Fugen gerät, dass die Schwäche der Regierung nicht für einen politischen Vorstoß der Arbeiterschaft genutzt wird.

Stimmung und Ausblick

Die Wahlen in NRW sind ein Stimmungsbarometer, mehr nicht: Die Wahlbeteiligung lag unter 60 Prozent, Schwarz-Gelb wurde abgewählt, beide Volksparteien haben verloren, die Linkspartei ist erstmals im Parlament von NRW vertreten. Auf parlamentarischer Ebene haben sich die Kräfte zunächst nach links verschoben. Es gibt aber keine Garantie, dass dies so bleibt oder sich sogar noch verstärken wird.

Eine durchgreifende Haushaltsanierung wird eine administrative und autoritäre Durchsetzung der Sparmaßnahmen erfordern. Ganz gleich, ob die schwarz-gelbe Koalition sich noch halten kann oder durch eine neue Konstellation abgelöst wird, die Regierung kann und wird sich bei weiteren Beschlüssen zur Haushaltssanierung auf eine breite parlamentarische Zustimmung stützen können. Die parteienübergreifende Koalition mit Ausnahme der Linken besteht bei Grundsatzentscheidungen ja schon seit Jahrzehnten.

In welche Richtung sich die politischen Kräfteverhältnisse verschieben, darüber wird nicht in erster Linie auf parlamentarischer Ebene entschieden. Entscheidend ist das Kräfteverhältnis der Klassen zueinander. Die vorhandene Passivität

unter den Lohnabhängigen stärkt die Position der Kapitaleseite. Sollten die vom Sparpaket oder zukünftigen Kürzungsprogrammen Betroffenen die Passivität überwinden können und eine Phase verstärkter Arbeitskämpfe und sozialer Auseinandersetzungen einleiten, dann bestünde die Möglichkeit, dass die klassenbewussten, aber schwachen und zersplitterten Kräfte in den Gewerkschaften, in der Linkspartei und in den sozialistischen/ kommunistischen Zirkeln Zulauf erhielten. Die Gewerkschaftsvorstände werden, wie bereits erläutert, alles daran setzen, um dies zu verhindern. Sie nehmen dabei in Kauf, dass die Passivität in und die Abwanderung aus den Gewerkschaften zunehmen wird. Zugleich wird die soziale Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen Stammebelegschaften, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen zunehmen. Das Fundament, auf dem die gewerkschaftliche Tarifpolitik in der BRD stattfand, zersetzt sich weiter.

Abdruck aus der Arbeiterpolitik, Nr. 3, Juli 2010

Arbeiterpolitik

*Bezugsadresse der Arbeiterpolitik:
GFSA e.V., Postbox 106426
D-20043 Hamburg
www.arbeiterpolitik.de*

Sarrazins Empfehlung, statt einer beheizten Wohnung einen dickeren Pullover anzuziehen, ist bittere Wirklichkeit geworden.

● Für Hartz-IV-Empfänger soll das Elterngeld von ohnehin nur 300 Euro im Monat komplett gestrichen werden, um damit 400 Millionen Euro einzusparen. Schon bei seiner Einführung ging das Elterngeld zu Lasten der Hartz-IV-Empfänger. Sie bekamen monatlich 300 Euro vorher über zwei Jahre hinweg, danach nur noch ein Jahr (also eine Halbierung der Gesamtsumme von 7200 EUR auf 3600 EUR). Mit der kompletten Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Familien wird noch klarer, dass solche Eltern geradezu sanktioniert werden sollen, wenn sie Kinder zeugen.

Zusammengenommen bedeuten diese Entscheidungen eine weitere

Erhöhung des ökonomischen Drucks auf die Arbeitslosen bei gleichzeitiger Senkung der Förderung.

Die Streichung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte heißt nicht mehr und nicht weniger als eine Kürzung der Bezüge um 2,5 Prozent. Um insgesamt 500 Millionen einzusparen, verlängert der Bund den zeitlich befristeten Zwangsverzicht der Beamten, der schon gesetzlich fixiert 2011 enden sollte, auf unbestimmte Zeit. Denn die oben genannten Summen waren den Beamten schon einmal genommen worden, nämlich 2006, ebenfalls als Sparbeitrag. Diese Gehaltskürzung mag wiederum als Signal für Lohnkürzungen bei den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes und in der Privatwirtschaft dienen.

Die Streichung von 15.000 Stellen, also jede zwanzigste Stelle

bis 2014, ist ein Signal für eine weitere Stellenstreichungsorgie im gesamten Öffentlichen Dienst. Investitionsvorhaben im Bereich des Bundes werden ebenfalls verschoben.

Nur noch der Vollständigkeit halber: Wie ab 2013 zwei Milliarden bei der Bundeswehr gekürzt werden sollen, bleibt völlig unkonkret. Die Nato-Verbündeten werden dafür sorgen, dass dies nicht geschieht.

Die gesetzlichen Krankenkassen sollen ab 2011 einen Steuerzuschuss (höchstens 2 Milliarden) bekommen um ihr Defizit von 11 Milliarden abzumildern. Wie die Bundesregierung die Ausgaben im Gesundheitssystem in Höhe von 4 Milliarden einsparen will, ist völlig offen. Sicher ist nur, dass die verbleibenden Defizite durch Zusatzbeiträge der Versicherten aufgebracht werden müssen.

Sind „Alternative Listen“ Totgeburten?

Auf der Suche nach gangbaren Wegen klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik

In der letzten Ausgabe der *Arbeiterstimme* erschien ein nicht namentlich gezeichneter Beitrag, der sich mit der Frage befasste, ob Alternative BR-Listen die richtige Taktik in der Gewerkschaftspolitik sind. Ergebnis des Beitrags: Das Aufstellen solcher Listen ist sinnlos und schädlich für eine klassenkämpferisch orientierte Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten.

Diese Schlussfolgerung können wir so nicht teilen, weil sich uns die konkrete Situation im Werk Berlin-Marienfelde der Daimler AG anders darstellt als es der Artikel nahelegt und zum zweiten, weil wir Zweifel an der klassischen Orientierung haben, die uns unter „Schlag nach bei Lenin“ angeboten wird.

Der Artikel beginnt mit einer Einschätzung der aktuellen Gewerkschaftspolitik, die wir in zentralen Punkten durchaus teilen. Die Vorstandsmehrheit unter Bertold Huber steht auch nach unserer Ansicht für eine Praxis der Intensivierung der Sozialpartnerschaft, die keinesfalls auf massiven Widerstand in den Belegschaften stößt, sondern auch die Überlebenshoffnungen von der Krise bedrohter Belegschaften ausdrückt. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen mit einer hohen und noch zunehmenden Zahl von Mandaten für die IG Metall steht nicht in erster Linie für das Bewusstsein der eigenen Stärke sondern für die Hoffnung, dass die gewerkschaftliche Organisation Schutz bietet wie es auch eine Versicherung verspricht, eine Hoffnung, die auch schnell enttäuscht und Einfalltor für rechte Einflüsse werden kann. Dies insbesondere deshalb, weil die Gewerkschaftsvorstände in der Krise vor allem darauf hoffen, sich als Ordnungsmacht zu profilieren, um dafür die Zugeständnisse zu erhalten, die sie durch eigene Mobilisierungen nicht mehr riskieren wollen. Das wird gerade beim Thema „Tarifeinheit“ mehr als deutlich. Zur Absicherung des eigenen Zugriffs auf zahlungsfähige Mitglieder und zur Abwehr von konkurrierenden Verbänden fordert



der DGB die Amputation des Koalitionsrechts.

Die Situation im Marienfelder Werk der Daimler AG ist keinesfalls so, dass sich die Opposition aus reiner Profilierungssucht und „mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten“ zu einer eigenständigen Kandidatur entschieden hat, wo es doch „jederzeit möglich ist, sich vor der Belegschaft zu profilieren“. Die gewählten Betriebsräte der Gruppe wurden in ihrer Arbeit über lange Zeit stark behindert. Zu bestimmten Sitzungen wurden sie nicht eingeladen, wichtige Unterlagen wurden ihnen vorenthalten, so dass sie in Abstimmungen votieren sollten, bei denen sie die Unterlagen gar nicht bekommen hatten. Initiativen, die BR der „Alternative“ im Auftrag ihrer Kollegen in den Betriebsrat eingebracht haben, wurden abgeblockt. Obwohl der Listenführer Mustaf Efe auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung im Betrieb die meisten Stimmen bei der Wahl zur örtlichen Delegiertenversammlung erhielt, stießen die „Alternativen“ bei ihren Forderungen nach Neuverhandlung bestimmter Punkte des ERA-Abkommens und anderer Anliegen auf taube Ohren. Auch eine Unterschriftensammlung für eine außerordentliche Betriebsversammlung, in der sich 850 Beschäftigte Werk eingetragen hatten, und zu deren Umsetzung eigentlich der Betriebsrat verpflichtet gewesen wäre, wurde missachtet. Erst vor diesem Hintergrund – der Weigerung der Betriebsratsmehrheit die Anliegen der Opposition ernsthaft zu erörtern – kam es zu der Entscheidung mit einer eigenen Liste zu kandidieren, da die Kollegen und Kolleginnen hofften auf diesem Wege eine bessere Vertretung im Betriebsrat zu erreichen.

Es gibt keinen Grund die Politik der „Alternative“ grundsätzlich vor Kritik in Schutz zu nehmen. Auch hier herrschen viele Illusionen über die Macht der Strukturen des Be-

trVerfG und in manchem ist die Praxis der Gruppe nur ein Spiegelbild der bekämpften Mehrheitsfraktion. Dies betrifft insbesondere die Behandlung von Widersprüchen innerhalb der Belegschaft mit „Freund-Feind“-Zuschreibungen. Die in agitatorische Rede gerne gepflegte Vorstellung, es gäbe im Betrieb nur 2 Linien, eine sozialpartnerschaftliche und eine klassenkämpferische, zwischen denen es gelte, sich zu entscheiden, ist eine aufgesetzte, wenig realitätsgerechte Vorstellung davon, wie die Widersprüche innerhalb der Belegschaft verlaufen.

Denn um nichts anderes geht es. Dies wird gerade im ERA-Konflikt deutlich. Etwa 30 Prozent der Belegschaft, die mehrheitlich aus Angestellten besteht, hat aus der neuen Eingruppierung profitiert, für den überwiegenden Rest hat sich wohl wenig verändert. Die Hauptlast der Vereinbarung hatten Kollegen in der Produktion zu schultern, die z.T. bis zu 600 € weniger Lohn erhalten haben. Dies betrifft auch nicht alle Werke des Konzerns gleichmäßig. Vergleichbare Belegschaftsteile im Stuttgarter Raum wurden durch entsprechende Zusatzvereinbarungen vor solchen Abgruppierungen geschützt. Über 7 Wochen haben 30-90 Kollegen aus den betroffenen Abteilungen im Marienfelde nach Schichtende dagegen mit Kundgebungen vor dem Werkstor protestiert und eine Nachverhandlung gefordert. Stattdessen erschienen auf einer der Aktionen Vertreter von Personalabteilung und Betriebsrat unter einem eigenen Gegentransparent.

Wie euch wohl bekannt ist, blieb diese Auseinandersetzung nicht beim Austausch von Unfreundlichkeiten stehen. Auf Antrag von BR-Mitgliedern der Mehrheitsfraktion wurde ein Untersuchungsverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet, das vorerst damit endete, dass der eingesetzte Untersuchungsausschuss den Ausschluss

von Mustafa Efe, Martin Franke und Fehmiye Utku und eine Rüge für die restlichen 15 KandidatInnen empfohlen hat. Diese KollegInnen – vorne dran Detlef Fendt als Beisitzer – exekutieren damit nichts anderes als die politische Entmündigung eines Teils ihrer Kollegen, eine Praxis, die auch – dies zeigt der offene Brief gewerkschaftsnaher SozialwissenschaftlerInnen – auf offene Kritik stößt. Auch im Betrieb gibt es keinerlei Mehrheiten für dieses Verfahren. Die große Mehrheit der Beschäftigten, die die Liste der gegenwärtigen Betriebsratsvorsitzenden gewählt hat, lehnt diese Form der Lösung von Widersprüchen innerhalb der Belegschaft ab. Eine sehr doppelböde Rolle spielt in dem ganzen Verfahren der VKL-Vorsitzende Detlef Fendt, der sich in der „Jungen Welt“ gerne als Marxist und lenintreuer Prolet inszeniert, dann aber für VKL-Infos die Mitverantwortung dafür trägt, dass der VK Infos an die Belegschaft verteilt, in denen vor der Wahl der Alternativen Liste gewarnt wird. Zu den beeindruckenden Gründen dafür zählt z.B. das hier gewählte Argument, Mitglieder SAV, die in der Gruppe mitarbeiten, gehörten „zum äußersten linken Spektrum“ und wollten „das kapitalistische Wirtschaftssystem abschaffen“. In einem weiteren VKL-Info wurde die völlig abwegige Position vertreten, der Vorstand der IGM sei verpflichtet nach Satzung eine nicht bewilligte Kandidatur mit Ausschluss der Kandidaten zu ahnen. Sogar ein legitimes politisches Anliegen wurde den „Alternativen“ abgesprochen. Vorwurf: Sie führten „einen persönlichen Feldzug“ gegen die Betriebsratsvorsitzende, ihren Vertreter und den Betriebsausschuss.

Grundsätzliche Bedenken haben wir auch gegen die in der Leninschen „Linksradikalismus“-Kritik begründete Strategie der Eroberung des Gewerkschaftsapparates. Zahlreiche leninistisch inspirierte Gruppen haben nach 1945 ihre Kader mit dem Ziel in die Apparate geschickt ihn durch Austausch des Führungspersonals zu einem Instrument des Klassenkampfes zu machen. Das Ergebnis lässt sich an prominenten Köpfen wie Helmut Lense, BRV bei Daimler in Stuttgart, (früher MLPD), Klaus Franz, BRV Opel (früher KPD/AO), Bertold Huber (KABD) beobachten. Wir zählen nicht die vielen zu Co-

Managern mutierten Funktionäre der DKP. In allen Fällen haben die Jünger Lenins nicht den Apparat verändert, sondern der Apparat hat ihnen ihren Stempel aufgedrückt. Der „Marsch durch die Institutionen“ hat die Marschierenden so grundlegend verändert, dass sie hinterher nicht mehr wieder zu erkennen waren. Diese Mutationen sind nicht nur bei bezahlten Angestellten der gewerkschaftlichen Organisation die Regel sondern auch dort, wo Linksradikale versuchen im Rahmen der Welt des Betriebsverfassungsgesetzes in höhere Ämter und Würden zu gelangen.

Reale Verbesserungen der Situation der abhängig Beschäftigten gibt es nur soweit, als die Betroffenen sich selber in Bewegung setzen und auch die entmündigende Stellvertreterlogik gewerkschaftlichen Handelns in Frage stellen. Dieses selbstständige Handeln zu entwickeln, muss das A und O einer linken Gewerkschaftspolitik sein. Die Frage der Kandidatur bei Betriebsratswahlen sollte danach beurteilt werden, ob sie diesen Prozess befördert oder nicht.

Die Bilanz der oppositionellen Listen im Organisationsbereich der IG Metall ist auch keineswegs so eindeutig, wie im Artikel nahegelegt. Die PLAKAT-Gruppe ist keineswegs die Ausnahme einer Kette von Misserfolgen. Die Parallelen mit Marienfelde beim Zustandekommen einer eigenen Kandidatur sind geradezu augenfällig. Auch heute liegen wichtige Bastionen der wirklich mobilisierungsfähigen Basisopposition in Werken, in denen diese Opposition sich das Recht erkämpft hat, mit einer eigenen Liste um Unterstützung in der Belegschaft zu werben. Die GoG im Bochumer Opelwerk hat vor allem so lange (über 30 Jahre) existieren können, weil sie sich dieses Recht nie hat nehmen lassen. Heute existieren im Werk mehr als ein halbes Dutzend Listen von IGM-Mitgliedern und es gibt einen echten belegschaftsöffentlichen Meinungsstreit um die gewerkschaftliche Orientierung. Auf diesem Wege gelang zwar kein dauerhafter Bruch mit der Politik des Co-Managements, doch entwickelte sich das Selbstbewusstsein vieler Vertrauensleute auch Arbeitskämpfe gegen die Betriebsratsmehrheit und die Geschäftsführung der örtlichen IGM-Verwaltungsstelle zu wagen. Und darüber hinaus ver-

änderte sich das Verhältnis von Belegschaft und Interessenvertretung nachhaltig. In Bochum ist es nicht mehr möglich wichtige Standortvereinbarungen ohne Abstimmung der Belegschaft durchzuziehen.

Auch die Arbeit der Gruppe „Alternative“ in Stuttgart Untertürkheim steht als Beispiel dafür, dass die Entscheidung zu einer eigenständigen Kandidatur nicht eine Art Harakiri ist, bei dem die Opposition sich selbst ins Abseits stellt. Die „Alternative“ hat solange auf einer eigenen Liste kandidiert, als es unmöglich war, ihre Positionen auf der offiziellen Liste zu vertreten. Sie hat auf diesem Wege im Werksteil Mettingen die Mehrheit der Stimmen bekommen. Zur erneuten gemeinsamen Kandidatur auf der offiziellen Liste war sie erst bereit, nachdem die gewerkschaftliche Mehrheitsfraktion nicht mehr auf der Forderung beharrte, die Alternativen sollten ihre eigenen Publikationen einstellen.

Als drittes Beispiel kann die BR-Wahl-Praxis im Berliner Motorenwerk von BMW gelten, in dem die damalige Opposition in jahrelangen Auseinandersetzungen durchsetzte, dass Mitglieder der IGM das Recht haben auf konkurrierenden Listen um Zustimmung werden können. Diese Praxis hat es sehr erleichtert, dass innerhalb der Belegschaft eine Auseinandersetzung um politische Alternativen geführt werden kann.

Im Kern des hier thematisierten Konflikts geht es um die Beendigung einer Praxis, in der die jeweilige Mehrheit nach dem Prinzip „The winner takes it all“ das, was sie für ihre Interessen hält, durch Missachtung der Minderheit durchsetzt und ihr jeglichen Einfluss raubt. Vorwärts geht es nur, wenn die unterschiedlich bis gegensätzlich orientierten Teile der Belegschaft ihre gegenseitige Legitimität anerkennen und Formen der Konfliktlösung suchen, die eine Einheit der Belegschaft gegenüber dem Unternehmen ermöglicht. Diese Einheit ist nicht vorab gegeben, sondern kann nur auf diesem Wege entstehen.

25.8.2010 / Jochen Gester / Willi Hajek
 Jochen Gester ist Mitglied des Arbeitskreises Internationalismus der IG Metall Berlin (<http://www.labournet.de/igm-akint.berlin/index.htm>) Willi Hajek sind seit über 30 Jahren in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit aktiv und Mitarbeiter bei TIE (<http://www.tie-germany.org/>)

Nach dem Hamburger Volksentscheid über die Primarschule: Ein Ergebnis, das viele Fragen aufwirft

Der Ausgang des Hamburger Volksentscheides über Schulreform ist eine herbe Niederlage, die auch für die Linke grundlegende Fragen aufwirft.

Die Beteiligung lag mit 39,3 % unter der Wahlbeteiligung bei der letzten Bürgerschaftswahl (63,5 %), ist aber für einen Volksentscheid ohne gleichzeitige Wahlen nicht einfach niedrig. Ähnlich wie bei den Wahlen, dennoch bemerkenswert ist die Wahlbeteiligung in den 105 Stadtteilen deutlich unterschiedlich. In Nienstedten z.B., mit einem durchschnittlichen Einkommen je Steuerpflichtigem von 150.008 Euro 2004, lag die Wahlbeteiligung bei 60,3 %, in Horn dagegen bei lediglich 25,7 %. Hier liegt das durchschnittliche Einkommen bei 19.589 Euro und ist damit das zweitniedrigste in Hamburg. Dort strebt der Anteil der SGB II-Empfänger mit 0,9 % gegen null, hier liegt er mit 19,7 % weit über dem Landesdurchschnitt. Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und sozialer Situation der Stadtteile lässt sich auch anhand der anderen Parameter (Wohnungsgröße, Erwerbslosenquote, „Ausländeranteil“ etc.) durchgängig bestätigen. Die „Financial Times“ kommentierte zutreffend: „Die Grafik zur endgültigen Wahlbeteiligung ist nun geradezu ein Sozialatlas der Hansestadt geworden.“¹

Also schlug Reich Arm, setzen die Eigentums- und Bildungseliten ihr Interesse an der Verteidigung ihrer Bildungsprivilegien durch? So einfach ist die Sache leider nicht.

In Horn, um bei den angesprochenen Stadtteilen zu bleiben, leben 37.351 Menschen, in Nienstedten 6.928 – auch bei dem krassen Unterschied in der Wahlbeteiligung hätte „Horn“ mit dem höheren quantitativen Gewicht „Nienstedten“ schlagen können. Man muss sich die Ergebnisse deshalb genauer ansehen.

Durch den hohen Anteil an Briefwählern sind Aussagen über das



Wahlverhalten in den Stadtteilen allerdings nur sehr bedingt möglich. Die folgenden Bemerkungen stützen sich deshalb ausschließlich auf die Urnenabstimmung (64.667 von insgesamt 492.057 Stimmen). Da aber auch bei der Auszählung der Urnenabstimmung die Reformgegner vorne lagen, wenngleich nicht gar so deutlich wie bei den Briefwählern, sollen einige Aussagen doch gewagt werden.²

1. Die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben die Primarschule, das längere gemeinsame Lernen, nicht zu ihrer Sache gemacht. Für diese These spricht zweierlei: erstens die niedrige Wahlbeteiligung in den benachteiligten, sozial bereits sehr weitgehend entmischten Stadtteilen. Zweitens die überraschende Tatsache, dass in den Wahllokalen in diesen Stadtteilen die Gegner oft mehr und manchmal sogar weit mehr Stimmen auf sich vereinen konnten als die Primarschulbefürworter. So stimmten in den vier Wahllokalen in Horn 574 Menschen gegen und nur 370 für längeres gemeinsames Lernen. Ähnliche Ergebnisse gab es beim Urnengang in vergleichbaren Stadtteilen, in Billstedt etwa (945:544), Jenfeld (194:119), Steilshoop (183:169) oder Lurup (380:253). Aber es gibt natürlich auch andere Beispiele wie Veddel (35:77), wenngleich diese eher als Ausnahme erscheinen.

Aufgrund der Tatsache, dass der Großteil der migrantischen Bevölkerung sich in den benachteiligten Stadtteilen konzentriert, gibt es wenig Anhaltspunkte dafür, dass sie grundsätzlich ganz anders gewählt hat und dass, hätten nur alle Migrantinnen und Migranten wählen dürfen (über 200.000 ohne deutschen Pass durften das nicht), der Ausgang des Volksentscheides ein anderer gewesen wäre. Auch Berichte aus dem Wahlkampf bestätigen, dass einerseits das Interesse am Volksentscheid nicht ausgeprägt war und dass andererseits auch nicht selten migrantische Familien Wert darauf legten, dass ihre – für begabt und lernstark gehaltenen – Kinder auf keinen Fall so lange mit den anderen – als faul und schwach angesehenen – Migrantenkindern gemeinsam auf der Schule bleiben sollten. Unabhängig davon ist es eine schlimme Diskriminierung, dass so vielen Menschen in Angelegenheiten, die sie zutiefst angehen, das Stimmrecht verwehrt wird.

2. Obwohl die soziale Triebkraft der Scheuerl-Initiative „Wir wollen lernen“ unverkennbar die Behauptung der Privilegien war, ist es eine irriige Annahme, dass „die Eliten“ durchgängig gegen die Primarschule gestimmt haben. Im einzigen Wahllokal in Nienstedten gab es ein Ergebnis von 175:89, in der Hafencity z.B. von 82:63. Aus den Wahllokal-Ergebnissen in den einschlägigen Stadtteilen kann man insgesamt eher entnehmen, dass über den Daumen ein Drittel und manchmal mehr für die Primarschule gestimmt haben.

1– Siehe dazu die interaktive Karte des Statistikamts Nord: <http://www.statistik-nord.de/daten/datenbanken-und-karten/volksentscheid-2010/>

2– Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass die Einzugsbereiche der Abstimmungslokale nicht gänzlich mit den Stadtteilgrenzen übereinstimmen.

3. Die Primarschule hat die größte (wenngleich wahrscheinlich oft kritische) Zustimmung in sozial stark gemischten, bunten, vielfach von Gentrifizierung betroffenen Stadtteilen gefunden. In St. Georg, St. Pauli, im Schanzenviertel – um die prägnantesten Beispiele zu nennen – liegt die Zahl der (Urnen)Stimmen für längeres gemeinsames Lernen drei- bis viermal so hoch wie die Zahl der Gegner. Ich führe diese Ergebnisse nicht nur auf die z. T. lange Tradition widerständigen Lebens in diesen Stadtteilen zurück, sondern vor allem auch auf die Erfahrungen sozialer und kultureller Vielfalt. Hier liegt längeres gemeinsames Lernen einfach nahe.

4. Insgesamt lassen sich Aussagen der Art: so und so gelagerte soziale Interessen hätten zu einem entsprechend eindeutigen Abstimmungsverhalten so oder so geführt, anhand der vorliegenden Daten nicht belegen. Hier könnten weitere Untersuchungen z.B. Aufschluss darüber schaffen, ob es einen Zusammenhang zwischen Alter, Kindern bzw. die Aussicht auf Kinder und Abstimmverhalten gibt.

Die Urnenergebnisse im Bezirk Wandsbek (höchste Ablehnungsquote der Primarschule) und Eimsbüttel (sehr unterschiedliche Wahllokal-Ergebnisse) lassen darauf schließen, dass das eher (klein-)bürgerliche Mittelschichtenmilieu sich recht eindeutig gegen längeres gemeinsames Lernen verwahrt, während das eher bürgerlich-akademische Milieu sehr gespalten scheint.

Ein Erklärungsversuch

Für das Scheitern der Primarschulinitiative, die von allen Bürger-schaftsparteien, von Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, der Handwerkskammer unterstützt wurde, gibt es viele Gründe. Jeder Versuch einer Erklärung trifft (nur) einige dieser Gründe. Das Problem, eine hochkomplexe Frage auf eine einfache Ja/Nein-Entscheidung zu reduzieren, die schmerzhaft Kita-Gebühren-Erhöhung, das Hin und Her mit dem Elternwahlrecht, jahrelanges Gebastel an Schulreformen mit den Folgen anhaltender Verunsicherung, Fehler in der Kampagne, Unterschätzung

der Initiative „Wir wollen lernen“, der Zeitpunkt des Rücktritts des Bürgermeisters, die weiter um sich greifende politische Resignation ... vieles ist in den letzten Tagen angesprochen worden.

In einer Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg untersucht der Hamburger GEW-Vorsitzende Klaus Bullan auf Grundlage einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebenen Milieustudie Selbstverständnis, Befindlichkeiten, Bedürfnisse und Motivationen von Eltern in verschiedenen Lebenswelten, die auch beim Volksentscheid zum Tragen kamen: Erhalt von Privilegien, Leistungsehrgeiz, soziale Abgrenzung und erbitterter Kampf um Abstand nach „unten“ bzw. Anschluss nach „oben“.³ Dieses Streben nach Abstand bzw. Anschluss dürfte in allen sozialen Milieus in nicht geringem Ausmaß wirksam sein.

Für die Linke ist nicht zuletzt die Frage von Bedeutung, warum der Vorschlag des längeren gemeinsamen Lernens von denjenigen nicht angenommen wurde, für die er, so der Anspruch, den größten Nutzen hätte. Es ist ja unstrittig, dass Hamburg ein Bildungssystem hat, das gnadenlos nach sozialen und kulturellen Gesichtspunkten selektiert.

Ich möchte die Behauptung aufstellen, dass es nicht gelungen ist, mit dem Vorschlag längeren gemeinsamen Lernens als Schritt zu mehr (Bildungs- und damit sozialer) Gerechtigkeit an den Lebenserfahrungen der unteren sozialen Milieus anzuknüpfen.

Zum einen erleben sie eine Benachteiligung und Ausgrenzung ihrer Kinder von frühem Alter an. Die Einführung des Kita-Gutscheins ist erst einige Jahre her. Sie hat den Anspruch auf Kita-Betreuung, damit auf öffentliche Sprachförderung und frühkindliche Bildung für die Kinder von SGB II-Bezieher/innen und vielen Migrantenfamilien reduziert – zugunsten von berufstätigen Eltern und ihren Kindern.

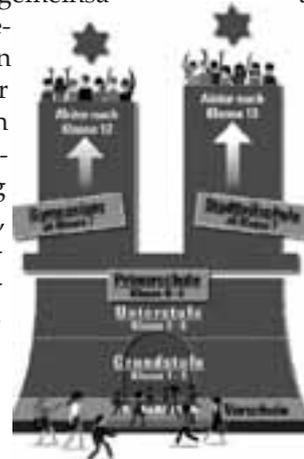
Zum anderen: Die Quote der Erwerbslosen und der SGB II-Bezieher/innen liegt in den armen Quartieren erheblich über dem Stadtdurchschnitt. Das ist der prägnanteste Ausdruck der in Hamburg weit fortgeschrittenen sozialräumlichen Segregation, der sozialen Entmischung der Stadtgesellschaft und der räumlichen Konzentration von sozialen Benachteiligungen. Diese prägt die Perspektiven der jungen Generation in diesen Stadtteilen. Die Erfahrungen ihrer Eltern, Geschwister, Nachbarn, Freunde lehrt sie, dass ihnen der Arbeits- und Ausbildungsmarkt mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder ganz verschlossen bleibt oder ihnen bestenfalls prekäre Positionen zuweist. Unvermeidlich wirkt diese auf Erfahrungen gestützte Lebensperspektive auch auf die Bildungsanstrengungen zurück. Es kann als sicher gelten, dass der größte Teil der über 10% Hamburger Jugendlichen ohne Schulabschluss in den benachteiligten Quartieren lebt.

In diesem Jahr übrigens sind die Bedingungen, zum Beispiel einen Ausbildungsplatz zu finden, allein aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs schlecht wie nie.

Ohne die Perspektive eines respektablen Lebens, das sich auf eigenes, auskömmliches Einkommen stützt und gesellschaftliche Kooperation und Teilhabe ermöglicht, bleibt das Versprechen von mehr Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen abstrakt. Hinzu kommt, dass längeres gemeinsames Lernen für zahlreiche Familien in sozial stark entmischten, benachteiligten Stadtteilen vielleicht auch nicht viel Neues verspricht, weil ihre Kinder ohnehin die ganze Schulkarriere hindurch gemeinsam lernen, nur leider eben ganz überwiegend mit Ihresgleichen.

Vom Kopf auf die Füße

Die in den öffentlichen Diskussionen der letzten Tage vielfach geäu-



3 – Eltern und Kinder unter Druck, Beiträge zur Auseinandersetzung um die Primarschule, Hamburger Skripte 20, rls Hamburg

ßerte Auffassung, dass die Linke die sozialen Kräfte, auf die sie sich bezieht, nicht mobilisieren können, ist zwar nicht falsch, schiebt aber die Gründe eben diesen Kräften zu. Das führt, befürchte ich, in die nächste Niederlage.

Richtig ist, dass die Partei Die Linke den Schwerpunkt ihrer Kampagne auf die benachteiligten Stadtteile gelegt, hier unzählige Flyer verteilt, Infostände gemacht, etliche, meist schlecht besuchte Veranstaltungen durchgeführt, gegen Ende hin mit viel Einsatz dann das persönliche Gespräch im Wohngebiet gesucht und vielhundertfach geführt hat. Tatsächlich aber haben die Erfahrungen der Bewohnerinnen und Bewohner in der Vorbereitung und Ausarbeitung der Primarschulreform – ein von Grün-Schwarz verantwortetes Projekt, das die Partei Die Linke trotz weitergehender Vorstellungen (*Eine Schule für alle*) unterstützt – keine Rolle gespielt. Weder wurden die diskriminierenden Folgen des Kita-Gutschein-Systems korrigiert. Noch wurden erkennbare Anstrengungen unternommen für die Sicherung des Übergangs Schule/Beruf. Und: Wenn die Maßnahmen, die jetzt unter dem Stichwort „*innere Schulreform*“ angekündigt werden, tatsächlich jedoch erst noch durchgesetzt werden müssen – Verkleinerung der Klassen, Abschaffung des Büchergelds, intensivere Fortbildung für Lehrkräfte, Verbesserung des Unterrichts durch Individualisierung und kooperative Lernformen, Verbesserung der Sprachförderung, Abschaffung des Sitzenbleibens, die Verringerung des Zensuredrucks usw., die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention, mehr Lehrer, mehr Ressourcen – wenn all diese Maßnahmen in einer Vorbereitungsphase umgesetzt worden wären, hätte die Strukturreform ansetzen können an der Erfahrung realer Verbesserungen für alle. So blieb sie für viele ein unrealistisches Versprechen.

Christiane Schneider, August 2010

Abdruck aus:

Politische Berichte
Publikation des Bundes Publika

gmn-Verlag, Postfach 600230, 70302
 Stuttgart
 stutt.gart@gmn-verlage.com

Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

In gewisser Weise operiert Geschichte wie eine Drehbühne. Völker, Aktionen und Ideen kommen in den Vordergrund, passieren über die Bühne der



Geschichte und drehen wieder ab – bis zum nächsten Mal (freilich nicht immer). Der mentale Abdruck der entwindenden Szenerie hält sich jedoch bedeutend länger, verflucht sich in die nächstfolgenden Perioden, über – oder unterlagert sie. In diesem Prozess werden nicht selten einst angemessene Urteile leicht zu Vorurteilen, welche die Erkenntnis der historischen Situation verzerren.

Im Falle Chinas und seines Verhältnisses zum Westen ist dies offenkundig im Verlauf seiner mehrtausendjährigen Geschichte immer wieder vorgekommen. Wie ein massiver Block liegt es im Süden Asiens, weist zwar ständig veränderte Grenzen, aber keine grundstürzenden siedlungsgeographischen und soziokulturellen Umbrüche auf – vom

wiederkehrenden Zyklus von Herrschaft und Rebellion abgesehen. Am Anfang der Reichsbildung stand erfolgreich und bluttriefend der Kaiser „*Alles unter dem Himmel*“, was bereits seinen universalen Machtanspruch ausdrückt. Dieser Gottkaiser von Qin (davon: China) agierte zur Zeit der punischen Kriege im Westen. Während aber das Römische Reich schließlich zerfiel und neuen feudalistischen Staats- und schließlich bürgerlichen Nationenbildungen Platz machte, überdauerte der, wenn auch oft territorial gespaltene, despotische chinesische Zentralstaat bis 1911. Zwischen dem Kaiser mit seinem Personal und der Bauernmasse befanden sich keine nennenswerten Gewalten; die im Westen so erfolgreiche kommerzielle Klasse blieb in China subaltern. Es ist das, was Marx die „*asiatische Produktionsweise*“ nannte. Schon in der Shang-Zeit (2. Jt.) bildete sich, lange vor dem Aufkommen von Konfuzianismus, Daoismus oder Buddhismus, ein Staatskult heraus. Der Herrscher fungierte als oberster Priester, fungierte als Vermittler zwischen Himmel und Erde, dynastischen Ahnen und Untertanen; er selbst führte die zentralen Zeremonien des rituellen Opferkalenders in den Hauptstädten durch. Daher kommt auch der Name „*Reich der Mitte*“, als Hauptachse der Welt gedacht.

Blüte des alten Reiches

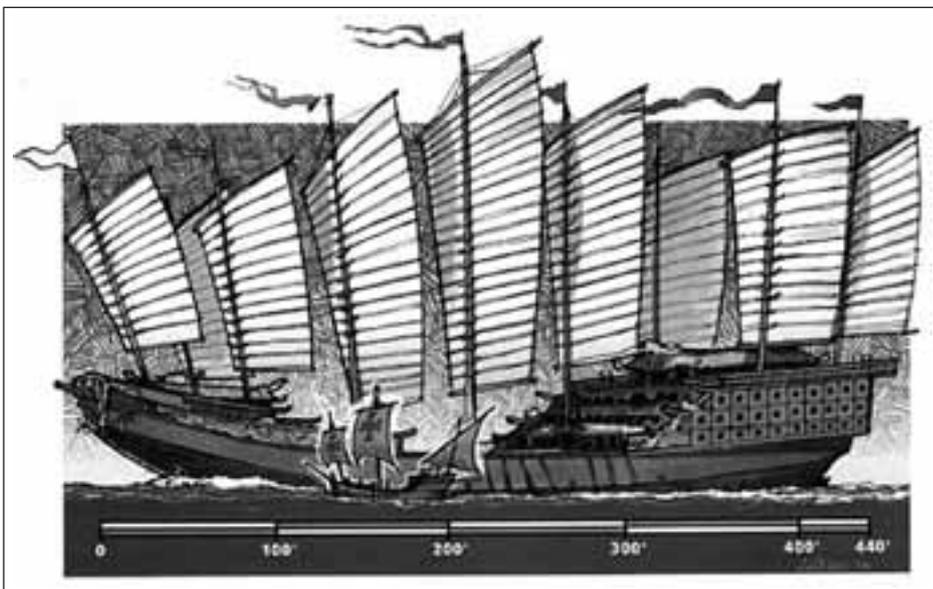
Auf dem Höhepunkt seiner Macht (11. – 17. Jh.) verfügte China über die größte Flotte der Welt und war dem Westen in vielen Aspekten, besonders technologisch und wirtschaftlich, weit überlegen (z.B. Seide, Seismograph, Schießpulver, magnetischer Kompaß, mechanische Papierherstellung, Staatskunst und Gelehrsamkeit), ohne je andere Völker und Zivilisationen unterjocht oder zerstört zu haben. Im Gegensatz zu vorhergehenden (und nachfolgenden) Dynastien, die sich in ihrem geographischen Umkreis genügt hatten, setzte China unter dem

Ming-Kaiser Yongle zu groß angelegten maritimen Unternehmungen an. Der Aufsteiger Admiral Zheng He bestritt mit erstaunlich genauen Seekarten ein halbes Jahrhundert vor den iberischen „Entdeckern“ insgesamt sieben Schiffsreisen zwischen Südostasien, Indien, Arabien und Ostafrika. Auf der ersten führte er 27.000 Mann Besatzung – neben den Matrosen auch Soldaten, Ärzte und Versorgungspersonal – mit sich. Man hielt bzw. zog auf den Seefahrzeugen Geflügel und Gemüse, sodass die damalige Geißel langer Meerfahrten, der Skorbut, ausblieb. Die größte Dschunke der Flotte war 150 Meter lang, besaß einen Hauptmast von 60 m Höhe, konnte 12 Segel mit beweglicher Takelage setzen und 1.500 Passagiere befördern. Das Flaggschiff war das größte bis dahin von Menschenhand gebaute Seefahrzeug. Es verfügte über ein wasserdichtes Schottensystem und Heckruder. Navigatorisch standen die chinesischen Seefahrer an der Weltspitze. Sie beherrschten die astronomische und kompaßgeleitete Routenführung, benutzten Anker mit Winde und das einholbare Kielschwert. Hinter dem Leitschiff segelten 100 weitere Dschunken, mit mannigfachen Gaben beladen.

Denn die Reisen dienten weniger der geographischen Neugier als der Anknüpfung von diplomatischen und händlerischen Banden. Kostbare Geschenke für die fremden Herrscher (nicht die lächerlichen Glasperlen und roten Stoffe Vasco da Gamas in Kalikut/Indien) bewegten sie in der Regel zu Gegengaben und gelegentlichen Besuchen in China – die traditionelle chinesische Geschenkdiplomatie, wie sie heute wieder in Schwung kommt. Das lief auch eine Weile ganz gut an, bis der Kaiser und bald darauf Zheng He (1435) starben. Es erfolgte eine radikale Kehrtwende nach innen, deren genaue Gründe nicht bekannt sind. Es darf vermutet werden, es war die Auffassung, dass, wie es ein späterer Kaiser einmal ausdrückte, China des Auslands nicht bedürfe, da es selbst alles besitze. In dem hoch zentralisierten Staatswesen konnten persönliche Schwenks der politischen Leitung weit reichende Folgen haben. Die Überseeschifffahrt wurde vollkommen eingestellt, die großen Dschun-

ken abgewrackt und der größte Teil der Aufzeichnungen vernichtet. Der Bau von hochseetauglichen Schiffen wurde mit der Todesstrafe bedroht. Das entstehende Handelsvakuum füllten erst Portugiesen, dann Holländer und schließlich Engländer. Aber auch über sie blieb Südasiens nur über Gewürze, Seide sowie später Porzellan – gegen europäisches, will sagen lateinamerikanisches, Silber – mit dem westlichen Wirtschaftsraum verbunden. China begann eine Politik der Isolation, die sich langfristig fatal auswirken sollte. Dieses Menektekel steht mental hinter der neuen

Höhepunkt, innen- und außenpolitisch, politisch, gesellschaftlich und kulturell. Die heutigen Kunstsammlungen in Peking oder Taipeh stammen ebenso aus dieser Zeit wie die Ausstattung fürstlicher Residenzen im europäischen Absolutismus. Auf China entfiel ein Viertel der globalen Produktion (heute 7%). Es erregte auch unter den Gelehrten Europas Aufsehen. Leibniz etwa lobte die Gesetzestreue des weisen Herrschers Kangxi, Montesquieu holte sich Anregungen für seine Staatstheorie, während Hegel später schon die Kehrseite reflektierte; er hielt dafür,



maritimen Politik des heutigen China. Jedes Jahr werden in Taikang, dem Heimathafen Zheng Hes, Gedenkfeiern für seine Seefahrten abgehalten. Der historische Fehler des Schwenks ist nicht vergessen. Der beschleunigte Ausbau der eigenen Kriegsmarine orientiert sich erkennbar an dieser Folie. Das erste Schiff der Volksbefreiungsarmee, das 1989 den USA einen offiziellen Besuch abstattete, hieß denn auch „Zheng He“. Es war ein Ausbildungsschiff, und man kann dessen Matrosen heute in den höheren Rängen des Personals der chinesischen Kriegsmarine wiederfinden.

Über 150 Jahre lang nach diesen Geschehnissen bildete China indes die stärkste Wirtschaftsnation der Erde mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen (ähnlich wichtig: Indien). In der Blüte der Qing-Dynastie (1644-1911) unter Kaiser Qianlong erreichte China in der ersten Hälfte des 18. Jhd.s seinen historischen

dass der chinesische Despotismus in einer Gesellschaft aus Unfreien unumgänglich sei. Vielleicht erfuhr er vom sinkenden Stern des Reichs der Mitte. Die immer schärfer angezogene Steuerschraube und die grassierende Korruption führten zu Bauernaufständen und der Bildung gefährlicher Geheimbünde. Wahrscheinlich ist auch das eine aus der Geschichte gezogene Lehre, welche die heutige KP-Führung beherzigt. Die Wohlfahrt des Landes und die Integrität seiner Funktionäre (daher die überaus scharfen Strafen bis hin zum Tod gegen die Korruption) sind ihr die beste Garantie für seine Stabilität.

Der Absturz

Schon der erste Zusammenstoß mit einer europäischen Macht (England) im Opiumkrieg endete für China militärisch und politisch demütigend. Es musste Land und

Rechte an die Briten abtreten und die Einfuhr von Opium gestatten. Im Inneren brachen Hungerrevolten und schließlich der Taiping-Aufstand los, der zu einem mehrjährigen schreckensvollen Bürgerkrieg wurde. Es war die schlimmste politische und soziale Katastrophe der chinesischen Geschichte bis dato. Ca. 600 Städte wurden verwüstet und etwa 20 Millionen Menschen kamen auf barbarische Weise um. Wie konnte es dazu kommen? Während China nach innen gekehrt blieb und eine statische Produktionsweise betrieb, durchlief der Westen in der anbrechenden Moderne zwei riesige Umwälzungen: geistig-kulturell die Aufklärung, wirtschaftlich und sozial die Industrielle Revolution, die sich im internationalen Machtantritt Frankreichs und dann in erster Linie Großbritanniens niederschlugen. „*Britannia rules the waves.*“ Nun war ihre Flotte die größte der Welt. Während aus den oben erwähnten Gründen die chinesische Schifffahrtstechnik stagnierte, entwickelten sich Navigation, Schiffsbau und -ausrüstung im Westen in rasantem Tempo. Die – aus chinesischer Sicht – „*Barbaren*“ entschieden eindeutig die erste Epoche der neuzeitlichen Globalisierung für sich. China schien in Opiumhöhlen, einer anachronistisch gewordenen und ineffizienten Regierungsform sowie zunehmenden Übergriffen der Kolonialmächte (die USA kamen dazu und am Ende auch Deutschland) zu versinken. Der „*Boxerkrieg*“, Plünderung und Zerstörung des Sommerpalastes und Knebelverträge waren dann nur noch das negative Tüpfelchen auf dem i.

Ziele, Mühen und Erfolge des Neubeginns

In dieser Zeit ist das (Vor)Urteil des bezopften rückständigen Chinesen, eines menschlich und moralisch weit abgeschlagenen Menschen, entstanden. So treten die „*Chinamen*“ oder Kulis bei Karl May und anderen als schwatzhaft, unterwürfig oder heimtückisch sowie feige auf. Umgekehrt zogen progressive Chinesen erste denkerische Konsequenzen aus der Malaise. Sie erkannten die eigene Verblendung, Selbstüberschätzung und den daraus folgenden Stillstand

als wesentliche Momente des Niedergangs. In der Republik nach 1911 unter Sun Yatsen gediehen politische Reformprojekte, die auf der Basis konfuzianischer Grundwerte die demokratische Volksbeteiligung und schließlich die Gleichberechtigung aller Chinesen anstrebten. Sun Yatsen wollte einen sozialdemokratischen Staat für das Wohl des Volkes. Chen Duxiu wiederum hoffte auf eine kommunistische Führung an der Spitze des (kleinen) Proletariats. Die KP des Landes wurde durch Stalin in eine Koalition mit der Guomindang gezwungen und von dieser schließlich weitgehend hingemetzelt. So endeten alle Blühenräume an Verhältnissen, unter denen sich keine Klasse als fortschrittlich führende befand, mit dem politischen Chaos der Warlords und der Guomindang. Zusammen mit der japanischen Aggression und Okkupation bildete das die zweite Katastrophe der modernen chinesischen Geschichte. Das Bild änderte sich erst, als die erneuerte KP unter Mao Dsedong die Bühne betrat. In einem weit reichenden Schritt brach er mit der marxistischen Doktrin von der Führungsrolle der Arbeiterklasse und setzte stattdessen auf die Bauernmassen. In wechsellvollen Kämpfen siegten sie sowohl über die innenpolitischen Gegner wie die äußeren Angreifer. Der schier chronische Abstieg des Landes begann sich zu wenden.

Wie das vor sich ging, mit welchen Erfolgen, aber auch schwer wiegenden und opferreichen Fehlern und Sackgassen, ist in diesem historischen Überblick nicht näher auszuführen. Immerhin stellt der kommunistischer Sympathien gewiss unverdächtige Nobelpreisträger Joseph Stiglitz des Zeugnis aus: „*China ist einfach die ökonomische Erfolgsgeschichte schlechthin, vor allem, wenn man an die vielen Menschen denkt, die der Wandel aus der Armut geholt hat.*“ (Frankfurter Rundschau, 1.4.2007) Die KP hat sich mangels tauglicher anderer politischer oder Klassenkräfte als ideeller Gesamtgesellschaftler herausgestellt. Sie betreibt ihr Geschäft nicht schlecht, obgleich sie sich mit dem Kapitalismus eingelassen hat und dieser Kehrtwende unter Deng Xiaoping einen steilen ökonomischen Aufschwung verdankt. Unter ihrer Ägide entwickeln sich die Produktivkräfte stürmisch – es bleibt abzuwarten, in

welchem Verhältnis sie zu den Produktions- und Politikverhältnissen stehen und was für Widersprüche dies aufwirft. Die KP „*hat Marx jedenfalls insoweit richtig verstanden, als dass ein Sozialismus sich niemals auf Armut aufbauen kann, sondern die Entfesselung der Produktivkräfte voraussetzt.*“ (Geffken im ND, 7./8.6.2008) Es ist der riskante Versuch, den Tiger zu reiten und dennoch einzuhegen. Die drängende Schubkraft kommt vom Erfordernis der nachholenden nationalen, demokratischen und industriellen Entwicklung.

Das gewachsene Selbstbewusstsein der heutigen Chinesen ist unverkennbar. Die TV-Serie „*Der Aufstieg (und Fall, G.A.) der Großmächte*“ fand ein überaus starkes Echo im Volk. Professor Qian Chengdan von der Uni Peking erklärt das so: „*Unser China, das chinesische Volk, die chinesische ‚Rasse‘ sind zurück auf der Weltbühne*“ (zit. nach Le monde diplomatique 10/2008) und knüpfen an die Glanzzeit ihrer Geschichte an. Im Westen hat man da einigen mentalen Nachholbedarf. Während noch das Bild von den Mao-Bibeln schwenkenden roten Ameisen, die sowieso alle gehirngewaschen seien, in den Köpfen spukt, greifen nun alt-neue Schreck- und Zerrreden von der „*gelben Gefahr*“, die uns zu überschwemmen drohe. Durchaus berechtigt, aber weit überproportioniert und wenig verstehend, wird immer wieder in der Menschenrechts- oder Tibetfrage gebohrt. Es soll da nichts beschönigt werden. Aber nicht nur hat unsere eigene Zivilisation die Menschenrechte jahrhundertlang mit Füßen getreten und setzt auch heute noch die eine oder andere solcher Spuren, sie hat Hekatomben von Menschenleben gefordert wie in den beiden imperialistischen Weltkriegen. Zu erwarten, dass ein Land, das sich anschickt, auf wenige Jahrzehnte gerafft das Programm der industriellen Moderne durchzuziehen, in blütenweiser Demokratieweste europäisch-nordamerikanischer Machart auftritt, ist naiv und schmeckt allzu sehr nach Projektion. Wer nicht genau und differenziert Triumphe und Mäkel zu erkennen weiß, den, bemerkte der letzte Präsident der anderen sozialistischen Großmacht der Neuzeit in einem launigen Bonmot, bestraft das Leben.

Gerhard Armanski

„Viele meinen, es ist verrückt, gegen das System zu kämpfen – aber es ist verrückt, es nicht zu tun“

Dieses Zitat von Mumia Abu Jamal fiel auf einer Solidaritätsveranstaltung für Mumia, die die VVN-BdA Nürnberg im Juli in Nürnberg organisiert hatte. Hauptredner war der Gewerkschafter und Schauspieler Rolf Becker, der Mumia im September 2009 im Todestrakt des Staatsgefängnisses SCI-Green (State Correctional Institution) in Waynesburg im Bundesstaat Pennsylvania besucht hatte.

Mumia lebt und kämpft getreu seiner Aussage *„Viele meinen, es ist verrückt, gegen das System zu kämpfen – aber es ist verrückt, es nicht zu tun“* auch nach inzwischen 28 Jahren Haft gegen Rassismus und für die Abschaffung der Todesstrafe: Das System des weltweiten menschenverachtenden Kapitalismus, das die Menschen benutzt, ausbeutet, verschleißt und dann wegwirft – ebenso wie es mit seiner grenzenlosen Gier nach Profit die Natur immer gravierender und nachhaltiger schädigt und damit die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedroht, so wie zur Zeit am Golf von Mexiko.

Ein System, das uns gerade wieder vor Augen führt, dass es nichts anderes anzubieten hat als seine sich stets wiederholende Folge von Aufschwung, Krise und letztendlich Krieg. Ein System, das immer deutlicher und erkennbarer zeigt, für wen es geschaffen ist – wer von ihm profitiert, wer die Verlierer sind und wer die Zeche zahlen muss. Ein System, das es trotz aller Verwerfungen aber immer noch schafft, die Entrechteten, Ausgebeuteten und vom gesellschaftlichen Leben, von Bildung und Kultur entfremdeten, mit Brot und Spielen ruhigzustellen.

Solch ein System nicht zu bekämpfen, das ist wahrlich verrückt.

Doch zurück zum Urheber des Zitats. Der „Fall Mumia Abu Jamal“ ist unseren Lesern bekannt. Es ist ein Fall von Klassenjustiz, von Rassismus, mit dem die US-amerika-

nische Justiz einen politischen Menschen – den früheren Pressesprecher der Black Panther Bewegung, einen Menschen, der nicht aufhört, mit seinen Kolumnen und Büchern Gewalt und Rassismus sowie Willkür und Korruption in Justiz und Politik anzuprangern, die *„Stimme der Stimmlosen“* – zum Schweigen bringen will – und das nun endgültig.

Rolf Beckers Anliegen war, nicht den Fall Mumia Abu Jamal darzustellen, sondern er wollte zeigen, was für ein Mensch dahinter steckt.

Er begann mit einer eindrucksvollen Schilderung der Haftbedingungen. So beschrieb er das US-Gefängnis SCI-Green als einen Gebäudekomplex, der ebenso eine Klinik sein könnte, steril, in gutem Zustand, hoch technologisiert und gespenstisch menschenleer – wären da nicht die Verhaue aus Natostacheldraht und der Todesstreifen mit den Warnmeldeanlagen. Eine Klinik, in der nicht geheilt, sondern gefoltert und getötet wird. Es herrscht absolutes Fotografierverbot.

Dann die Zelle im Todestrakt mit der Hinrichtungskammer: ein Betonraum, nicht größer als zwei mal drei Meter; eingerichtet mit Bett, Spind, Abort, Regal, Stuhl und Tisch – wie übrigens für alle der über 3.000 Gefangenen, die in den Todestrakten der US-Gefängnisse verkümmern.

Während draußen auf den Straßen und in den Lokalen fast nur Weiße zu sehen sind, sind im Gefängnis dagegen meist Afroamerikaner, egal ob Besucher, Bewacher oder Bewachte. Der bedrückende Eindruck des Gefängnisses veranlasste Rolf Becker zu der Aussage, *„ich komme nicht mehr aus der Haftanstalt heraus.“*

Sein Entsetzen, als er Mumia im orangeroten Overall der Guantanamo-Häftlinge gegenübertritt. Gegenübertritt? – der kleine, schlohweiß gestrichene Raum ist in der Mitte durch eine ca. einen Meter hohe Betonmauer geteilt, darüber ist Panzerglas bis

zur Decke. Kein Mikrofon, keine Sprechanlage – die Verständigung wird nur ermöglicht durch stecknadelkleine Löcher, die im Stahlrahmen der Panzerglasscheiben angebracht sind und durch die die Sprache nur gebrochen klingt. Mumia Abu Jamal – welche Energie muss dieser Mensch haben, um die 28 Jahre im Todestrakt so zu meistern, wie er es tut. Sein Lächeln, sein Dank für den Besuch, der Dank an alle, die sich mit ihm solidarisch erklären. Mumia ist trotz aller Bemühungen der US-Justiz immer noch nicht gebrochen. *„Jeder Tag ist hier wirklich haargenau wie der andere und die einzige Chance, dass sich etwas ändert, ist, dass du ihn veränderst, dass du durch dein Handeln darin etwas Neues entstehen lässt. Aber von den Bedingungen und Gepflogenheiten und der ganzen Anstaltspraxis her ist jeder Tag wie der andere und das für all die Jahre.“* Dazu kommt die Zeit des täglichen „Spaziergangs“ im Hof, den Mumia mit einem Hundezwinger vergleicht. *„Was man draußen im Fernsehen über Knast und Todestrakt gezeigt bekommt, das ist nicht die Wirklichkeit, das sind nicht wir. Wir sind nicht in einem Film, das ist kein Schauspiel, wir sind wirklich im Todestrakt. Deshalb kann ich über gewisse Dinge nicht schreiben, weil das den Leuten draußen so fremd vorkommen würde, dass sie es nicht fassen würden, nicht als wahr akzeptieren könnten, weil es gegenüber ihren eigenen Erfahrungen so fremdartig und unvorstellbar ist.“* Als einziges Schreibwerkzeug zum Verfassen seiner wöchentlichen Kolumnen, Artikel und Bücher steht Mumia nur ein Kugelschreiber in einer Gummihalierung zur Verfügung – so weich, dass er nur mit Mühe auf dem Papier zu führen ist. Die Begründung für diese Maßnahme ist Suizidvorbeugung.

Kurz vor Rolf Beckers Besuch bei Mumia hatte ein Zellennachbar Selbstmord begangen. Ein Ereignis, das Mumia sehr zugesetzt hat, weil er selber nicht verstehen kann, was

in einem Mensch vorgehen muss, dass dieser sich so vollkommen aufgeben kann.

Angesprochen auf seine gesundheitliche Verfassung betont Mumia, dass er viel dafür tut; so steht er während des Gesprächs auf, macht hundert Liegestütze, setzt sich wieder hin und fährt im Gespräch fort. Irgendwie musst du versuchen, dich fit und bei Kondition zu halten. Aber er betont auch, dass das nicht reicht, wenn du nicht durchschaust, was läuft und wenn du das Anliegen vergisst, um das es geht. Wiederholt hebt er hervor, dass es nicht um ihn gehe, es seien Hunderte, die vor der Frage stehen, ob ihnen morgen oder in vier Wochen oder in zwei Jahren die tödlichen Spritzen verabreicht werden: „It's a question of your mind.“ „Du musst durchschauen, warum das gerade so läuft, du musst politisch dafür arbeiten, dass sich das ändert. Wir leben in einer Klassengesellschaft, der Rassismus dient der Herrschaftssicherung.“ Entsprechend begreift er sich als Vertreter der Afroamerikaner, die, an ihrem Bevölkerungsanteil gemessen, einen extrem hohen Prozentsatz in den Gefängnissen und auch in den Todestrakten stellen, zudem als Vertreter einer freien

Journalistik für Afroamerikaner, der freien Meinungsäußerung überhaupt, und schließlich als Vertreter all jener, die noch nach Recht und Unrecht, nach arm und reich fragen, nach oben und unten. „Die in den Todestrakten sind eine Auslese derer, die die unterste Schicht der US-Bevölkerung stellen.“

Schwer mitgenommen hat Mumia, als er im Todestrakt vom Tod seiner Mutter erfahren musste und absolut keine Möglichkeit hatte, sie auf ihrem letzten Weg zu begleiten. Der Mutter, die für ihn das Leben verkörpert, hat er daraufhin eine eigene Hommage gewidmet.

Am Ende des Gespräches hat Rolf Becker Mumia gefragt, was er mag an Musik und Kultur und ob er überhaupt noch Raum dafür hat „Statt einer Antwort holt er aus der Hosentasche unter seinem Overall eine kleine Rolle Papier hervor, zusammengehalten durch ein Gummiband, und daraus wieder einen beschriebenen Zettel, der Zeilenanordnung nach ein kleines Gedicht. Und dann etwas Wunderbares – unvergesslich: Mumia tritt nahe an den perforierten Rand der Trennscheibe, lehnt sich mit einer Schulter leicht an die Wand und beginnt zu singen. ‚A Sad Love Song‘ – für Wadiya, seine Frau. Im Todestrakt ein Lied. Ein Liebes-

lied, vorgetragen mit seiner weichen, melodisch-zarten Stimme. Die Situation in der Besucherzelle wurde dadurch nicht aufgehoben, sie wurde dadurch erst bewusst.“ Es war „eine Liebeserklärung an alle, die sich solidarisch einsetzen.“ „On a move!“

Für Rolf Becker ist der Eindruck des Besuchs bei Mumia ein bleibender. Er ist, wie bereits gesagt, „nicht mehr aus diesem Gefängnis herausgekommen“, es hat ihn nicht mehr losgelassen. Den Besuchern der Veranstaltung hat er die Person Mumia Abu Jamal deutlich vor Augen geführt. Den Menschen, nicht den Fall.

Im Anschluss an Rolf Beckers Vortag berichtete ein Vertreter der Roten Hilfe über den Fall Mumia Abu Jamal, sowie die US-amerikanische Gefängnisindustrie, die zum drittgrößten Arbeitgeber in den USA ausgebaut wurde.

Die Zitate Mumias und Details des Besuchs sind dem Artikel der jungen welt „Draußen fast nur Weiße, im Gefängnis meist Afroamerikaner“ vom 10.10.09, sowie dem Sonderdruck der Zweiwochenschrift Ossietzky, „28 Jahre in der Todeszelle – Rolf Becker über Mumia Abu Jamal“, April 2010, entnommen

Anzeige



Rote Hilfe organisieren – Mitglied werden!



ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255
37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15:00 – 20:00 Uhr)

Fax: 0551 – 770 80 09

bundsvorstand@rote-hilfe.de – www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

Arbeiterpolitik als innergewerkschaftliche Opposition zwischen 1945 und 1952

Beitrag im Rahmen des Salzgitter-Forums zum 60. Jahrestag des Streiks gegen die Demontage der Hütte am 6. März 2010.

Für Rolf Becker; dem in der Tradition der „Arbeiterpolitik“ Denkenden und Handelnden, zum 75. Geburtstag

Vergebliche Heimkehr in der „Stunde Null“: Emigranten und Kommunisten in Westdeutschland nicht erwünscht.

Auf der Konferenz von Jalta vom 11. Februar 1945 hatte die Anti-Hitler-Koalition noch einvernehmlich ihren „unbeugsamen Willen“ bekundet, „den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder instande ist, den Weltfrieden zu stören.“ „Wir sind fest entschlossen, sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; ... alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen; ... die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind.“

Um diese Aufgaben überhaupt erfüllen zu können, brachten die Angloamerikaner drei Listen mit

nach Deutschland: eine weiße, eine schwarze und eine graue. Darin hatten sie 1.440 Deutsche erfasst, von denen 441 „weiße“ für führende Positionen in Frage kamen und 389 „graue“ nur für unwichtigere Positionen zur Verfügung stehen sollten. Der Rest „schwarze“ sollte überhaupt keine Beschäftigung wieder übernehmen dürfen.¹ Vorbereitet wurden diese Listen von deutschen Emigranten im Auftrag des US-Geheimdienstes und der Militärregierungen. Und dennoch erschwerten die Westmächte nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus die Rückkehr der Emigranten, die im Exil als linke Antifaschisten die Deutschlandpolitik der Alliierten mit vorbereitet hatten, ihre unzulängliche Anwendung jedoch nach 1945 kritisierten (z.B. die Sozialisten Franz Leopold Neumann und Fritz Karsen). Andere widersetzten sich von vornherein der Politik der alliierten Kontrollbehörde, so u.a. die oppositionellen Kommunisten August Thalheimer und Heinrich Brandler.²



Die wenigen Emigranten, denen die Rückkehr in die alte Heimat gestattet wurde, stießen schnell auf so viel Widerstand, dass sie von einer „vergeblichen Heimkehr“ sprachen (Hermann Kesten) oder wegen der Denunziation durch die selbsternannten Vertreter der „inneren Emigration“ auf die Rückkehr verzichteten (Thomas Mann). Und wenn sie mit einem Sonderauftrag frühzeitig zurückkamen, wie z.B. im April 1945 der marxistische Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski im Rang eines US-amerikanischen Generals, um im Auftrag der Westalliierten ebenso die Möglichkeiten eines Wiederaufbaus wie der Demontage zu überprüfen, dann mussten sie schell feststellen, dass die „Besatzungsmächte überall mit Befehlen herrschten: Wir hatten vier Militärdiktaturen, die, wie so viele andere, von zivilen Kräften, natürlich auch in diesem Fall ausländischen, dirigiert wurden.“³ Viele linke Repräsentanten des Exils zögerten deshalb ihre Rückkehr hinaus und setzten mit ihren in Deutschland verbliebenen Genossen um Otto Brenner und Karl Grönsfelder vergeblich auf eine frühzeitige und einvernehmliche Einheit der zerstrittenen Arbeiterparteien in Deutschland. So auch die 1931 aus der SPD ausgeschlossenen SAP-Mitglieder um Willy Brandt, Fritz Sternberg, Max Siemsen und Walter Fabi-

1– Vgl. hierzu u.a. Christoph Klessmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 1982; Henric L. Wuermeling, *Die Weiße Liste. Umbruch der politischen Kultur 1945*, 1981; Jörg Wollenberg, 8. Mai 1945. *Neugeordneter Wiederaufbau oder verhinderte Neuordnung?*, Bremen 1985.

2– Zwischen Befreiung und Besatzung. *Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, hrsg. von U. Borsdorf und L. Niethammer, 1976; *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Band 1: 1943–1945*, hrsg. von A. Söllner, Band 2: 1946–1949, Frankfurt/M. 1982/1986; August Thalheimer, *Die Potsdamer Beschlüsse – eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg, 1945/1950*.

3– Jürgen Kuczynski, *Reisen durch Deutschland 1945*, in: Jörg Wollenberg (Hg.), *Von der Hoffnung aller Deutscher. Wie die BRD entstand*, 1991, S. 64. Dort auch der Beitrag von Hermann Kesten, *Die vergebliche Heimkehr*, S. 152–171

an, denen sich oppositionelle Kommunisten um Jacob Walcher, Paul Frölich und August Enderle im Exil anschlossen.⁴

Kurzum: die Rückkehr jüdischer, sozialistischer oder kommunistischer Emigranten wurde in Westdeutschland erschwert, verzögert, ihre Einbürgerung hintertrieben. Dass auch einige westdeutsche Gewerkschaftsführer sich nach 1945 an diesem verdrängten Kapitel beteiligten, soll hier wenigstens angedeutet werden.⁵ Auf jeden Fall sorgten prominente und wenig kämpferische Funktionäre der Weimarer Republik dafür, dass die in den einstigen Hochburgen der Arbeiterbewegung unmittelbar nach der Befreiung gegründeten antifaschistischen Aktionen, getragen von den in Deutschland überlebenden Männern des Arbeiterwiderstandes, mit Hilfe der Alliierten aufgelöst und z. B. in Braunschweig durch die Zwangsmitgliedschaft der Arbeiter und Angestellten im FDGB ersetzt wurden – in der Regel unter Umgehung der kommunistischen und linkssozialistischen Antifa-Mitglieder der ersten Stunde.⁶ Watenstedt-Salzgitter gehörte zu den wenigen Orten, in denen es der von Kommunisten und Sozialisten geprägten Antifa-Gruppe um Erich Söchtig, Alfred Schoch, Fritz Hartmann und Willi Wegener gelang, nicht nur die Betriebsarbeit und die Neugründung der Gewerkschaften zu prägen. Sie bestimmte von Anfang an, trotz starken Widerstands aus dem konservativen Lager wie aus den Vorstandsetagen der eigenen Organisation, auch die Gewerkschaftspolitik und den Widerstand in der Region mit Auswirkungen auf die Bundesebene.⁷ Eines der überregional herausragenden Ereignisse fand

im Juni 1948 in Recklinghausen mit Beteiligung der Linken aus Salzgitter statt.

„Die kapitalistische Ordnung ist in Wirklichkeit am Ende ihres Lateins“

Das verkündete der damals 42-jährige Vorsitzende des Hauptbetriebsrates der „Reichswerke“, 2. Vorsitzender der IG Metall-Ortsverwaltung und des FDGB Salzgitter, Erich Söchtig, am 17. Juni 1948 auf dem außerordentlichen Bundeskongress des DGB für die britische Zone. Und er fuhr fort: „*Sie (die kapitalistische Ordnung) kann nicht mehr. Ihre Widersprüche sind ungeheuer groß, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Alle Länder stehen unter dem Druck des Dollars. Was wir als deutsche Gewerkschafter zu tun haben, ist, daß wir zu unserem Teil die Interessen der Arbeiter bei dem Kampfe zu wahren haben und uns frei machen müssen von dem Einfluß der Kräfte, die uns in unserer Arbeit als Gewerkschaftsorganisation hindern. Es gilt, eine unerbittliche Kritik anzulegen. Will man uns hindern, dann müssen wir uns scharf dagegen wehren. Wenn wir den Gewerkschaftskampf auf dieser Plattform führen, dann wird das Vertrauen unserer Kollegen zu unserer Organisation nicht nur gefestigt, sondern wir werden auch die Kräfte entwickeln, die in der Lage sind, den nächsten Schritt zu tun: Eine wirkliche Sozialisierung durchzuführen und die Kräfte niederzuringen, die dieser Aufgabe entgegenstehen.*“⁸

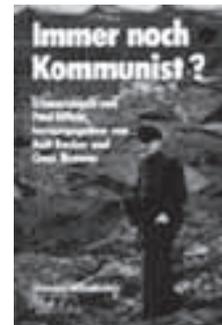
Schon damals, im Entscheidungsjahr 1948, stellte sich die Frage: Wie reagieren die Gewerkschaften auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und wie verhalten sie sich zu den angebotenen staatlichen Lösungs-

vorschlägen. In diesem Fall ging es um die Währungsreform und die Zustimmung zum Marshall-Plan und damit um die endgültige Integration der europäischen Länder in einen West- und Ostblock. Nicht nur aus der Sicht von Erich Söchtig würde mit der auf dem außerordentlichen Bundeskongress mehrheitlich durchgesetzten Entscheidung für den kapitalistischen Westen die durch den Sieg über den Faschismus freigesetzte Dominanz der Linken enden. Die von den Gewerkschaften noch einvernehmlich geforderte grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft werde so aufgegeben oder auf die lange Bank geschoben. Die Aufkündigung des antifaschistisch-demokratischen Konsenses durch die „Gründungsväter“ des DGB erschütterte besonders die Gewerkschaftslinken in Niedersachsen um Otto Brenner, August Enderle und Erich Söchtig. Weitere zunächst einflussreiche Anhänger eines deutschen Weges zum Sozialismus wie der Verfasser des „Manifestes der demokratischen Sozialisten des ehemaligen KZ Buchenwald“, Hermann Brill, oder Anton Ackermann und Wolfgang Abendroth wurden in den vier Besatzungszonen zusehends isoliert. Es ist sicher kein Zufall, dass wenige Wochen nach dem Kongress in Recklinghausen die letzte der neun Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften am 18. August 1948 ergebnislos vertagt wurde.

Lebte Erich Söchtig noch, so würde er uns heute auffordern, das

Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten,
Fadenheftung, fester Einband,
5,00 €.

4– Dazu u.a. Jan Peters, *Exilland Schweden*, 1984; Klaus Misgeld, *Die Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm*, 1976; Jörg Bremer, *Die SAPD. Untergrund und Exil 1933-1945, 1978*; *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949*, hrsg. von Helga Grebing, 1983.

5– Jörg Wollenberg, *Rückkehr unerwünscht. Zur verhinderten Reintegration von jüdischen Intellektuellen in der westdeutschen Arbeiterbewegung nach 1945*, in: *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, hrsg. von Matthias Brosch u.a., 2007, S. 263-284.

6– Albrecht Lein, *Die antifaschistische Aktion Braunschweig*, in: *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, hrsg. von L. Niethammer, U. Borsdorf und P. Brandt, 1976, S. 334-361.

7– Vgl. dazu zusammenfassend: *Ein halbes Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der IG Metall in Salzgitter*, 2003. S. 11-73; Ralf Bergmann, *Stahl oder Rüben*, hrsg. von der IG Metall-Verwaltungsstelle Salzgitter, 1990.

8– *Protokoll Außerordentlicher Bundeskongress des DGB für die britische Zone vom 16.-18. Juni 1948*, S. 57-61

Versäumnis und die Fehler von damals angesichts der aktuellen Krise des internationalen Finanzkapitals nicht zu wiederholen und auf eine von den Parteien unabhängige linke Gewerkschaftspolitik zu setzen. Folgen wir deshalb noch einmal seinen Argumenten gegen den DGB-Bundesvorstand unter Leitung des legendären Vorsitzenden Hans Böckler. Dessen anpassungsbereite, stets sozialpartnerschaftliche Politik war von den Linken, insbesondere von den oppositionellen Kommunisten und Sozialisten, schon in der Weimarer Republik kritisiert worden. Sie sollten nach 1945 den Kern der „Gruppe Arbeiterpolitik“ (GAP) bilden. Hans Böckler hatte vor 1945 als Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 ebenso wie als Tolerierungspolitiker des ADGB und Reichstagsabgeordneter der SPD seine Rolle als Sozialpartner erfolgreich wahrgenommen. Böckler selbst glaubte noch am 17. Mai 1933, mit den von Juden und KZ-Häftlingen „gesäuberten“ Mitgliedern der Reichstagsfraktion dem außenpolitischen Programm Hitlers zustimmen zu müssen.⁹ Das Verhalten des Rumpfvorstands der SPD und der Vorstände der Gewerkschaften sei „kläglich bis zum Erbarmen gewesen“. So schon der keineswegs linksverdächtige einstige Reichskanzler Philipp Scheidemann (SPD) in seinen „Schriften aus dem Exil“.¹⁰ Dass diese Repräsentanten nach 1945 dennoch wieder zu Amt und Würden kamen, erklärt den späteren Enttäuschungsüberhang jener Vertreter des Widerstands, die sich bald nach 1945 erneut an den Rand der neugegründeten Organisationen gedrängt sahen, wenn sie nicht bereit waren, sich anzupassen. Insofern steht der Kongress in Recklinghausen mit der Zustimmung zum Marshall-Plan und die bald darauf folgende Hinnahe der Remilitarisierung für die endgültige Anpassung an den kapitalistischen Kurs der Westalliierten und für den Abschied von den Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften nach 1945. Grund genug, hier noch einmal an die Reden von Böckler und Söchtig zu erinnern.

Erich Söchtig am 17. Juni 1948 im „Parlament der Arbeit“:

„Wenn Kollege Böckler gebeten hat, man solle anstelle des Marshall-Plans eine bessere Lösung zeigen, so glaube ich,

die Millionen- und Milliardenwerte, die man demontiert und ins Ausland bringt, sind dazu angetan, bessere wirtschaftliche Daseinsbedingungen zu ermöglichen. Statt dessen erleben wir, daß man wertvolle Industrieteile demontiert, ins Ausland schickt und dort wahrscheinlich als Schrott verwendet. Ich kenne Beispiele, wo Hochöfen demontiert werden, die praktisch nicht mehr verwendet werden können, sondern eines Tages als Schrott verarbeitet werden müssen. Wir können uns als Gewerkschaftsorganisation um diese Frage nicht herumdrücken, sondern haben eindeutig und klar dagegen Stellung zu nehmen.

Bei Annahme des Marshall-Plans, so ist hier gesagt worden, müßten wir die Frage der Sozialisierung zurückstellen. Ich bin der Auffassung, daß wir als Gewerkschaftsorganisation diese Frage nicht zurückstellen können, auch dann nicht, wenn die andern erklären, uns in einer sozialistischen Wirtschaft keinen Dollar geben zu wollen. Man kann schon verstehen, daß das amerikanische Finanzkapital bestrebt ist, seine Monopol tendenz durch-

zusetzen und zu verstärken. Deshalb gibt es für die Gewerkschaftsbewegung nach meiner Auffassung keine andere Wahl, als diesen Marshall-Plan abzulehnen, denn er nimmt uns unsere Selbständigkeit und betrachtet und behandelt uns als Objekt. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir uns eindeutig und klar von diesen Dingen distanzieren. Die Väter unserer Gewerkschaftsorganisation werden wohl kaum in ähnlicher gewesen sein, höchstens in den Gründungsjahren. Sie haben es aber verstanden, durch ihre Kampfstellung gegenüber dem Unternehmertum eine starke Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln, und sie haben trotz Unterdrückung unserer Theorien, trotz Zuchthäuser und trotz eines Sozialistengesetzes ihren Willen durchgesetzt und sind gestärkt aus diesem Kampfe hervorgegangen. Auch heute gehen wir nur dann gestärkt aus diesem Ringen und als Sieger hervor, wenn wir konsequent den Kampf aufnehmen. Gehen wir Kompromisse ein, dann werden wir darunter zu leiden haben und geben unsere selbständige Gewerkschaftsbewegung auf, bleiben somit

9– Dieser „gerade Weg der SPD in die Kapitulation“ (Hermann Brill) wurde auch aus den Reihen der eigenen Genossen kritisiert: Eine Partei, die auf ihrer letzten Reichskonferenz vom 26. April 1933 immer noch der „Nation und dem Sozialismus“ dienen wollte und deshalb am 17. Mai 1933 gegen den Protest des Exilvorstands in Prag dem außenpolitischen Programm Hitlers zustimmte – u.a. Paul Löbe, Wilhelm Hoegner und auch widerstrebend Kurt Schumacher. Lediglich zwei Frauen verweigerten die Zustimmung. Eine der beiden Reichstagsabgeordneten, Antonie Pfülf (1877–1933), nahm sich nach diesem Verrat der Genossen am 8. Juni 1933 das Leben –, einer solchen Partei könne er als ehemaliger Reichstagsabgeordneter nicht mehr angehören. „Ich werde auch niemals mehr für die SPD arbeiten“, schreibt Brill am 30. August 1933, weil seine Partei Ende Mai 1933 nicht einmal zur Selbstauflösung fähig war. „Ich bin und bleibe Sozialist. Sozialdemokrat bin ich für alle Zeiten gewesen“, lautete sein am 31. Januar 1934 formuliertes Bekenntnis.

10– Scheidemann, *Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil*, 2002, S. 37 ff. Weiter heißt es: „Die Versuche, einen Modus vivendi mit Hitler zu finden, stehen beispiellos da in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Sie hätten schon 1932 nach dem Papenputsch zum Mittel des Generalstreiks greifen müssen. Für den ernsthaften Forscher liegt klar zutage, wie eine große und starke Partei durch ellenbogenstarke Männer mit ungeheurem Einfluß – trotz aller Demokratie! – mit großem Ehrgeiz, kleinem politischen Horizont und keinem historischen Sinn, zugrunde gerichtet werden kann.“ Schonungslos geht Scheidemann mit der eigenen Partei ins Gericht, vor allem was das Versagen von 1918/19 und die Gründe für die katastrophale Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung von 1933 betrifft. Er wirft der eigenen Partei ein doppeltes Versagen vor, das in der Katastrophe von 1933 endete: Die Mehrheitssozialdemokratie verfügte 1918/19 über entscheidende Machtpositionen in der jungen Republik, aber sie war nicht bereit, mit den Strukturen und einflussreichen Gruppen des Kaiserreiches zu brechen. Weil aus Angst vor dem Bolschewismus keine wirkliche Reform der Macht- und Verwaltungsstrukturen zustande kam, gewannen die reaktionären Kräfte schnell wieder an Einfluss. Und 1932/33 mahnte die SPD-Führung gemeinsam mit den ADGB-Gewerkschaften ihre kampfbereite Anhängerschaft so lange zur „Disziplin, bis es zu spät war, die Machtübertragung an Hitler zu verhindern“. Diese „absolute Disziplin der SPD, als heiligstes Parteisakrament gefeiert, ist uns heute fast unverständlich“, heißt es erläuternd dazu. Scheidemanns Kritik an den „Bonzen der Sopade“ um Wels und Stampfer kulminiert in der Bemerkung: „Wels wurde von den deutschen Parteigenossen auf Umwegen ... zurückgeholt, um an dringlichen Besprechungen teilzunehmen und als Parteivorsitzender im Reichstag die schwächliche Erklärung der Fraktion abzugeben, die Stampfer verfaßt hatte“. (Gemeint ist die bis heute hochgeschätzte Rede gegen das Ermächtigungsgesetz vom März 1933). Ähnliche Vorwürfe formulieren die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann und Wilhelm Hoegner in ihren Erinnerungen an 1933 im Schweizer Exil.

Objekt in den Händen dieser Kräfte. Das gilt nicht nur für uns, sondern für ganz Deutschland. Die allgemeinen Verhältnisse bringen uns in diese Zwangslage. Aber unsere Aufgabe muß es sein, diese Umklammerung niederzuringen und wieder als wirklich freie Gewerkschaften – die nur von den Interessen der Arbeiterklasse geleitet und diktiert werden –, diesen Kampf durchzuführen.

Wir werden uns schon in den nächsten Tagen oder Wochen vor eine Reihe gewerkschaftlicher Aufgaben gestellt sehen. Was wir in den letzten Wochen über die Durchführung von gewissen Plänen gehört haben, ist derart, daß wir uns fragen müssen, ob unsere Gewerkschaftsorganisation noch die Macht in sich trägt, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden.“

Der damalige Vorsitzende des DGB der britischen Zone und spätere erste Vorsitzende des DGB auf Bundesebene, Hans Böckler, antwortete:

„Der Kollege Söchtig führte auch die Demontagen an, und zwar nimmt er in einer Weise dazu Stellung, daß ich mich frage: Weiß der Kollege nicht, daß wir einen Krieg verloren haben, daß wir ein besetztes Land sind, daß alles, was bei uns geschieht, auf Anordnung und Weisung der Besatzungsmächte geschieht? Kollege Söchtig kann auch nicht voll unterrichtet sein über alle Einzelheiten, die seitens der Gewerkschaften gegen diese Demontagen unternommen worden sind. Aber ich muß doch darauf hinweisen, daß wir in Deutschland zur Zeit keine Partei haben, die sich entschlossen etwa auf den Standpunkt stellt, Demontagen müßten unter allen Umständen abgelehnt werden, es sei denn vielleicht die neue Partei, die sich bei den hessischen Wahlen in Wiesbaden aufgetan hat, deren Mitglieder sich in der Hauptsache aus früheren Nazis rekrutieren. Alle anderen Parteien erkennen doch die Notwendig-

keit von Reparationsleistungen an, und mehr als einmal habe ich mich darüber gewundert, daß ausgerechnet die größte Partei, der der Kollege Söchtig offenbar angehört, sich höchst beflissen oder beflissener als andere gerade in der Frage der Zusage der Verpflichtung zu Reparationsleistungen geäußert hat. Das wollen wir im Auge behalten.

Es sind Kräfte am Werk, die unsere Absicht als Gewerkschafter durchkreuzen wollen. Diese Kräfte sind aber auch ohne Marshall-Plan vorhanden! Sie waren in gleicher Stärke von Anbeginn vorhanden,



Demontage – Salzgitter 6. März 1950

sie sind mittlerweile noch stärker geworden, aber nicht durch den Marshall-Plan, der erst anläuft, sondern durch die Unterdrückung ideologischer Art, vuzugsweise aus dem Osten. Aber das sind Dinge, die, wie wir wissen, uns keinen Schritt vorwärts bringen. Wir kennen sie nicht nur, sondern wir treffen auf der ganzen Linie Vorbereitungen, um allem, was uns an

Bösem zgedacht ist, rechtzeitig begegnen zu können.“

Arbeiteraufstand in der Westzone

Schon damals, 1948, stand Erich Söchtig an der Spitze eines Arbeitskampfes, über dessen Bedeutung bis heute unterschiedliche Einschätzungen vorherrschen. Die linksliberale Zeitung „Freitag“ erklärte den Demontagestreik vom März 1950

noch jüngst in der Ausgabe vom 26. Februar 2010 zum ersten „Arbeiteraufstand in der Westzone“: „In Salzgitter fand der ‚17. Juni‘ schon 1950 statt. Der Märzaufruf 1950 endete nicht in blutiger Gewalt und erreichte auch nicht den Umfang des späteren Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Allerdings weisen die Ereignisse auf eine lange verstellte Wahrheit hin: Die westlichen Alliierten – nicht anders als die Sowjets in der Sowjetischen Besatzungszone – handelten weder in Freundschaft zum deutschen Volk, noch wurden sie von ihm als Freunde empfunden. Am deutlichsten zeigt sich dies an der Demontagepolitik der Alliierten, die Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen als ‚ein Relikt aus ... Furcht und Hass gegen Deutschland‘ bezeichnet. Zwar vermutet der Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue, dass die den Märzaufruf 1950 auslösenden radikalen britischen Maßnahmen in

Salzgitter-Watenstedt als fanatischer Versuch angesehen werden müssen, Hitlers Lieblingskind, als das die Reichswerke galten, restlos zu beseitigen. Doch das die Demontage bestimmende tiefere Kalkül zielt nicht allein auf die Ausmerzung des NS-Regimes ab.“¹¹

Eine richtige Einschätzung? Oder folgt der Freitag-Redakteur Karsten Heinrich hier lediglich einer ungedruckten Vortragsdisposition der „Gruppe Arbeiterpolitik“

11– Vgl. dazu Wilhelm Treue, Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, 1967, S. 82-88.

(Arpo) aus dem Jahre 1954. Dort heißt es auf Seite 4: Die Demontagen „haben bewirkt, daß bis zum März 1950 in den Westzonen und bis zum 17. Juni 1953 in der Ostzone ‚das Volk‘ der Politik der Besatzungsmächte ‚blind gehorchte‘. Im März empörten sich zum ersten Mal die Arbeiter in Salzgitter gegen die Demontagetruppen der Engländer und am 17. Juni 1953 setzten sich zum ersten Mal die Arbeiter der Ostzone gegen die Bürokratie der S.U.-Besatzung zur Wehr“.

Wesentlich zurückhaltender äußern sich kompetente Historiker und Sozialwissenschaftler. Grundlegend bis heute Klaus Peter Wittemann in seiner Dissertation über „Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik“, 1977. Weiter Franz Hartmann, „Gewerkschaften in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg“, 1976, und vor allem Gundula Müller, „Strukturwandel der Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1975“, Essen 1991. Diese Arbeiten aus den siebziger Jahren aus der Göttinger Schule von Helga Grebing sind neben der von Wolfgang Abendroth und Frank Deppe betreuten Arbeit von Arnold Bettien über „Arbeitskampf im kalten Krieg“, 1983, nach wie vor zu empfehlen. Dazu kommen zahlreiche Zeitzeugenberichte, z. B. von Paul Elflein, „Immer noch Kommunist?“, hrsg. von Rolf Becker und Claus Bremer, 1978. Und last not least die Darstellung des Wissenschaftlers und Zeitzeugen Theodor Bergmann, „Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD (Opposition)“, Hamburg 2001, S. 342-366, ergänzt um die Kurzbiographien auf den Seiten 399 (Wolfgang Abendroth) bis 566 (Ernst Zulauf).

Wie kommt es zu einer solchen herausragenden Einschätzung dieser Auseinandersetzung über die „Sturmtage von Salzgitter“? So der Aufhänger im Organ der Gruppe Arbeiterpolitik in der zweiten Märzhälfte 1950 (3. Jg., Nr. 6). Der Verfasser ist kein geringerer als Paul Elflein. Er gehörte neben Waldemar Bolze, Karl Grönsfelder und Theodor Bergmann zu den wichtigsten, durch die KPO-Politik schon in Weimar auch theoretisch geprägten Köpfe der Gruppe Arbeiterpolitik in Salzgitter: „Von allen Instanzen im Stich gelassen, greifen die Reichswerkearbeiter am 2. März 1950 zur Selbsthilfe.“ Es handelt sich

um die „erste politische Auseinandersetzung, die von westdeutschen Arbeitern geführt wurde. Über Salzgitter darf nie wieder der Vorhang des Schweigens fallen. Solidarität mit Salzgitter!“, so Paul Elflein 1950.

Und dennoch konstatieren wir eine sehr zurückhaltende Wahrnehmung, wenn nicht gar die Ausklammerung dieser Ereignisse in den zeitgenössischen Verlautbarungen und Stellungnahmen der Gewerkschaften. In den Darstellungen der damaligen Zeit dominieren dagegen die Berichte über den Hessischen Metallarbeiterstreik vom 27. 8. bis zum 22. 9. 1951, mit dem die IG Metall die Führungsrolle im DGB übernahm. Auch den Lohnarbeiterstreiks von 1950/51 der Nordhorner Textilarbeiter und der Bau- und Landarbeiter in der BRD wurde mehr Aufmerksamkeit gewidmet, von dem Streik im Ruhrbergbau im Sommer 1951 ganz abgesehen, der mit dem staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie endete und die IG Bergbau und Energie zum politischen Ordnungsfaktor machte: Aus Furcht vor der Radikalisierung der Mitgliedschaft und einem Wiedererstarken der nach 1945 zunächst dominierenden innergewerkschaftlichen, kommunistisch geprägten Opposition durch betriebliche Kampforganisationen setzte der Vorstand auf den ständigen Interessenausgleich mit den KohleKonzernen und der Bundesregierung.¹² Hinweise finden wir in der Gewerkschaftspresse von 1950/51 auch auf die zahlreichen spontanen Arbeitsniederlegungen mit der nachfolgenden Aussperrung von Arbeitern in den Werften Norddeutschlands. Der IG Metall-Vorstand sah sich damals mit der Frage konfrontiert, ob er im Einzelfall die Aussperrung tolerieren oder die spontanen Streikaktionen unter maßgeblicher Beteiligung von kommunistisch orientierten Arbeitern und Gewerkschaftern unterstützen sollte. Er entschied sich in der Regel gegen die spontanen Aktionen. Die starke Verankerung des Betriebsrates in den Reichswerken und in den lokalen Or-

ganisationen wie auch die spektakulären Kampfformen des Demontagestreiks verhinderten ein solches Vorgehen des Vorstands aus Frankfurt in Salzgitter, zumal der Betriebsrat sich auf die Tolerierung durch den Bezirksleiter Brenner verlassen konnte. Und es ist sicher kein Zufall, dass Otto Brenner nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der IG Metall bewusst seinen ersten bundesweit beachteten öffentlichen Auftritt am 27. Juni 1953 in Salzgitter suchte – aus Anlass des ersten Anstichs des dritten Siemens-Martin-Ofens im Hüttenwerk.¹³ Es war dennoch nicht zu übersehen, dass den Streiks gegen die Demontage – im Gegensatz zur bürgerlichen Presse – von den Gewerkschaftsorganen wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Zweifelsohne spielte dabei der Befehl der britischen Besatzungsmacht eine gewichtige Rolle. Sie forderte den Vorstand der IG Metall auf, den Demontageanordnungen Folge zu leisten und drohte ansonsten mit dem Verbot der Organisation. So waren der Unterstützung der streikenden Arbeiter von Seiten des Vorstandes enge Grenzen gesetzt. Auch blieb man sich unklar darüber, ob es sich bei den Demontagestreiks um politische Streiks oder um Streiks für die Sicherung von Arbeitsplätzen handelte.¹⁴ War es also nur Zufall, dass auf der ersten Landesbezirkskonferenz des DGB Niedersachsens am 12. Juli 1950 im nahegelegenen Braunschweig jeder Hinweis auf den Streik in Salzgitter fehlt? Gestritten wurde dagegen über die Brotpreiserhöhung und über eine Resolution zur Mitbestimmung.¹⁵ Auch der umfassende Geschäftsbericht über die Gewerkschaftsbewegung in der Britischen Besatzungszone glaubt auf jeden Hinweis verzichten zu können. Zu Salzgitter finden wir lediglich den Hinweis: „Eine große Zahl von Betriebsräten in den Großbetrieben Niedersachsens – in Großstädten, im Salzgittergebiet, in Bremen und in anderen Wirtschaftszentren – errangen nach dem Zusammenbruch spontan und entschlossen entscheidende Mitbestim-

12– Dazu u.a. Arnold Bettien, *Arbeitskampf im Kalten Krieg*, 1983, S. 115 ff.

13– Otto Brenner, *Eine Biografie*, 2007, S. 115 ff. Die Belegschaftsmitglieder erschienen zahlreich, nicht um Kanzler Adenauer zu hören, sondern vor allem, um den Ansprachen von Erich Söchtig und ihres ehemaligen Bezirksleiters mit Beifall zu folgen.

14– Vgl. Franz Hartmann, *Gewerkschaften in Niedersachsen*, 1979, S. 163.

15– Vgl. Protokoll 1. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, Braunschweig 12. Juli 1950.

mungsrechte, die ... nur teilweise ihre gesetzliche Fundierung fanden.“¹⁶ Der 1953 vorgelegte „Bericht über Tätigkeit und Erfahrungen des DGB in Niedersachsen von 1950/1951“ schreibt dagegen den gewerkschaftlichen Organisationen auf Landes- und Bundesebene das Hauptverdienst bei der Rettung der Reichswerke ebenso zu wie die gleichzeitige Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes in der Montanindustrie. Die Beschäftigten im Salzgitter-Gebiet werden dafür gelobt: „Entgegen der dauernden Verlockung der totalitären Agitatoren jenseits der Zonengrenze haben die Arbeitnehmer der Reichswerke zwischen Sprengtrichtern und Schrotthaufen Vernunft und Disziplin gezeigt, produktive Anlagen errichtet, Arbeitsplätze neu geschaffen und somit der Bundesrepublik Werte von vielen 100 Millionen DM gerettet und die Grundlagen für den neuen Aufbau gesichert.“¹⁷ Kein Hinweis auf die Betriebsräte der Reichswerke als Organisatoren des Widerstands und des Streiks. Dafür ein ausführlicher Bericht mit Großfoto über Hans Böcklers Rede am 11. März 1950 vor den Arbeitern der Reichswerke. Auch die damaligen Auftritte des Bundesministers Anton Storch (28. 11. 1949) und des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher (21. 1. 1950) erfahren eine Würdigung (S. 9 ff). Aber die schwierigen und intensiven Rettungsbemühungen des im Bundesvorstand nach wie vor isolierten IGM-Bezirksleiters Otto Brenner bleiben ebenso unerwähnt wie die herausragende Bedeutung der Gruppe Arbeiterpolitik. Grund genug, um der Rolle der Oppositionellen in der IG Metall noch einmal nachzugehen und zu fragen, warum so viele der zunächst einflussreichen Repräsentanten der innergewerkschaftlichen Opposition spätestens 1950 an den Rand oder gar aus der Organisation gedrängt wurden.

„Wir fordern die sozialistische Gesellschaftsordnung.“

(Alfred Kubel, ehemaliger Ministerpräsident Niedersachsens, am

2.8.1945 als Erstunterzeichner des Braunschweiger Aufrufs zum „Aufbau einer Sozialistischen Einheitspartei“)

Was die Mehrheit der Linken in allen vier Besatzungszonen nach der Befreiung vom Faschismus zusammenführte, war:

1. Überall entstanden antifaschistische Komitees, nicht nur in Salzgitter unter Erich Söchtig, der als Erstunterzeichner am 1. September 1945 zur „Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ aufrief. Sie kritisierten das Versagen von SPD und KPD angesichts des Faschismus und plädierten deshalb für eine sozialistische Einheitsorganisation, keineswegs immer initiiert von Kommunisten. Das Volksfront-Komitee unter Leitung des unabhängigen Sozialisten Hermann Brill hatte am 13. April 1945 in Buchenwald ein „Manifest der Demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald“ verabschiedet – als „Bündnis aller antifaschistischen Kräfte Deutschlands“ für ein „freies, friedliches, sozialistisches Deutschland“ und die „Internationale der Sozialisten der ganzen Welt“, unterschrieben von zahlreichen deutschen und ausländischen Sozialisten und Kommunisten, darunter die Braunschweiger Buchenwaldhäftlinge Hermann Ahrens und Rudi Glaß. Das Manifest folgte der illegalen „Buchenwalder Plattform“ vom 1. Mai 1944 mit dem bekannten politischen Schwur, im KZ angenommen von den kommunistischen und sozialistischen Repräsentanten der Parteien aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Jugoslawien, Polen und der UdSSR.¹⁸

2. Einvernehmlich kritisierten die linken Anhänger der Einheitspolitik die Funktionäre, die 1933 versagt hatten, sich aber nach 1945 ohne Selbstkritik für den Wiederaufbau zur Verfügung stellten. Als der aus Hannover stammende Tischler Karl Hölzer aus der Haft im April 1945 in seine Heimatstadt zurückkehrte, ein oppositioneller Kommunist, der

im Oktober 1931 mit seinem langjährigen Jugendfreund Otto Brenner zur linken Abspaltung der SPD, zur SAP, gegangen war, galt einer seiner ersten Besuche dem Gewerkschaftshaus. 50 Jahre danach dazu der streitbare Holzarbeiterfunktionär im Rahmen einer Veranstaltung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, heute integraler Bestandteil der IG Metall: „Mittlerweile fing nun in Hannover das Gewerkschaftsleben an. Und da möchte ich sagen: also ich war vor 1933, das habt Ihr ja wohl inzwischen aus meinen Worten gehört, ich war nun gerade nicht, sagen wir mal, der linientreueste Gewerkschafter. Wenn irgendwelche Gewerkschaftsversammlungen waren, Hölzer ist aufgetreten und hat, auch wenn ich nun gerade nicht so revolutionär sprach, daß die rote Suppe mir aus dem Munde spritzte, also so nicht, aber man hat doch immerhin angedeutet, so geht es nicht! Na ja, und dann fingen die ersten Gewerkschafter wieder an. Ich bin hingegangen in Hannover in das neue Gewerkschaftshaus, wo heute die Bank für Gemeinwirtschaft drin sitzt. Ja, ich komme da rauf, wer sitzt da? Ich sage, na, sag ich, seid ihr alten Windmacher wieder da. Ja, da saßen sie alle wieder da, die 1933 überlebt hatten. Nee, habe ich zu meiner Therese gesagt, hier geh ich nicht rein, habe ich keine Lust zu. Aber es ging weiter und am 1. Januar 1946 bin ich denn in die Gewerkschaftsgruppe Holz eingetreten.“¹⁹

Wer waren die „alten Windmacher“? Zu ihnen gehörten in Hannover und in der britischen Besatzungszone viele „Gewerkschafter der ersten Stunde“, die schon in der Weimarer Republik Leitungsaufgaben übernommen hatten. Dazu zählten die alten Funktionäre des Metallarbeiterverbandes um Hans Böckler (Köln), Walter Freitag (Hagen), Wilhelm Petersen (Hamburg), Albin Karl und Ernst Winter (Hannover). Hinzu kam der aus dem schwedischen Exil zurückgekehrte Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow, als von den Alliierten eingesetzter Vertreter der sich in der amerikanischen Besatzungszone ebenfalls konstituierenden Gewerkschaften. Aus der Sicht der Jüngeren um Karl Hölzer, Otto Brenner, Erich Söchtig, Willy Bleicher, Fritz Strothmann, Fritz Salm oder Heinrich Menius, Alfred Dannenberg und Adolf Heidorn – alle „eiserne Metaller“ der Jahrgänge 1906/07 – hatten die alten „Bonzen“ als Teil

16– Die Gewerkschaftsbewegung in der Britischen Zone, S.691.

17– Bericht des DGB-Landesbezirk Niedersachsen, vorgelegt für die Landesbezirkskonferenz Niedersachsen, am 31.1 und 1.2.1953, S. 31.

18 Hermann Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946, S. 88-102; Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der Sozialdemokratie, 1978, S. 137-141

19– Bald darauf wurde Karl Hölzer als Nachfolger von Anton Storch (CDU), der zum Minister aufstieg, zum Bezirksleiter der Gewerkschaft Holz in Niedersachsen gewählt.

der reformistischen Vorstandsgruppe 1933 versagt. Der „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ um Theodor Leipart, Graßmann, Franz Spliedt und Wilhelm Leuschner (ADGB) hatte – gegen den Willen des Vorsitzenden des AfA-Bundes, Siegfried Aufhäuser, aber ohne Widerspruch aus der Vorstandsetage des Metallarbeiter-Verbandes und mit Unterstützung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (Jacob Kaiser, Adam Stegerwald) und dem Verband der Deutschen Gewerkvereine (Ernst Lemmer) – nicht nur mit der NSDAP-Führung um das Überleben der Organisation verhandelt, als schon zahlreiche Mitglieder im KZ saßen. Er rief auch mit der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) und der NSBO zur gemeinsamen Demonstration mit den Naziorganisationen am 1. Mai 1933 auf, dem von den Nazis umgewandelten und wieder arbeitsfrei gemachten „Tag der Nationalen Arbeit“²⁰. „Daß es Gewerkschaftsführer gegeben hat,“ so Scheidemann in seinen Aufzeichnungen aus dem Exil, „die das von ihnen im Interesse ihrer Gewerkschaften rechtzeitig nach dem Aufstand gesicherte Millionenvermögen zurückgeholt haben, um es für die ‚Verwaltung‘ der Nazisten bereitzuhalten, ist eine Handlung, die in ihrer Jämmerlichkeit nur noch übertroffen werden konnte durch die später vorgebrachten Entschuldigungsgründe.“²¹ Was hätte wohl Scheidemann (1865-1939) gesagt, wenn er erfahren hätte, dass der oben genannte Fritz Tarnow – aus dem schwedischen Exil zurückgekehrt – als Sekretär für die amerikanische Zone seinen Kollegen 1945 empfahl, die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) als Modell für die neue Einheitsgewerkschaft zu übernehmen und dass er dabei auf Unterstützung von Hans Böckler stieß?

Die „Alten Säcke“ ließen von Anfang keine Gelegenheit aus, in Niedersachsen insbesondere Erich Söchtig und den „Dißmannianer“ Otto Brenner zu diffamieren und mit Funktionsverbot und Ausschluss zu bedrohen.²² Beide konnten auch nach der Ende 1946 im VW-Werk in Wolfsburg vollzogenen Gründung der „Wirtschaftsgruppe Metall“ nur mit Mühe in den wichtigen Zonenvorstand gewählt werden. Sie unterlagen bei dem Versuch, die Wahl der Bezirksleiter durchzusetzen und

die Ernennung durch den Vorstand zu verhindern. Und selbst nach dem erfolgreichen Kampf gegen die Demontage der Reichswerke wurde der Metall-Vorstand vor der „gerissenen und letzten Endes die Gewerkschaft zersetzenden Tätigkeit“ von Erich Söchtig gewarnt. Diese Warnung stammte von keinem geringeren als vom ehemaligen kommunistischen Mitstreiter von Söchtig aus den Weimarer Jahren: Sigmund (Siggi) Neumann, der nach 1945 als zentraler Sekretär der SPD die Betriebsgruppen unter Kurt Schumacher aufbaute und 1959 mit Rudi Hanke, einst Musterschüler von Brandler und damals Mitarbeiter im IG Metall-Vorstand, Drahtzieher bei der Übernahme der Mehrheit der Gruppe Arbeiterpolitik unter Söchtig in die Arme der SPD war. „Der Zigeuner Söchtig müsste rausfliegen!“, verkündete der Vorsitzende der IG Metall, Wilhelm Petersen, in Gegenwart von Salzgitter-Kollegen noch im April 1950 im Rahmen einer Veranstaltung in der Gewerkschaftsschule Rummenohl, „auch wenn dabei ein paar tausend Mitgliedsbücher hinterhergingen.“²³ Dennoch scheiterte der Vorstand immer wieder mit seinen Versuchen, Söchtig 1950/51 aus der Organisation wegen „gewerkschaftsschä-

digenden Verhaltens“ auszuschließen, am Widerstand der Belegschaft und der Vertreterversammlung. Es gelang lediglich, Söchtig zu einem einjährigen Funktionsverbot von Ende 1950 bis Ende 1951 zu verurteilen, ohne damit die oppositionelle Haltung der örtlichen Organisation zu beseitigen. Die nächste Vertreterversammlung stimmte einstimmig dem Antrag zu, Söchtig erneut zum 2. Vorsitzenden zu wählen, damit er nach seiner Rehabilitierung wieder Mitglied der Ortsverwaltung werden könne. Der Vorstand in Frankfurt wurde immer wieder aufgefordert, die Funktionsenthebung von Söchtig aufzuheben.²⁴

Erfolgreicher erwiesen sich die beiden Vorstandsmitglieder Hans Brümmer und Walter Freitag in dem Bemühen, weitere zunächst noch einflussreiche Kommunisten und Linksozialisten aus den Vorstandsetagen der Organisation zu drängen – mit Hilfe der These 37: Der KPD-Parteitag in München hatte im März 1951 die rechten Gewerkschaftsführer zum verlängerten Arm des US-Imperialismus erklärt. Der Beirat der IG Metall antwortete im August 1951 auf Anregung von Neumann und Kuno Brandel mit einer Reverspolitik, der es Mitgliedern der KPD untersagte,

20– vgl. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, 1988, S. 865-911. Interessant ist, dass die überlebenden „Künstler der Anpassung“ zu denen gehörten, die am 15. Juni 1945 den ersten „Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin“ unterzeichneten, nicht aber der assimilierte Jude Siegfried Aufhäuser, der vergeblich im Exil auf einen Rückruf wartete ...

21– Philipp Scheidemann; Schriften aus dem Exil, 2002, S. 38.

22– Robert Dißmann (1878-1926), seit 1917 Sprecher der Opposition und Kritiker der Kriegspolitik der Gewerkschaften. Er wurde als Repräsentant des linken Flügels des DMV 1919 zum Vorsitzenden der Organisation gewählt und trug 1919 zur Abwahl der „alten Säcke“ im Vorstand, in den Ortsverwaltungen und Bezirken bei. Möglicherweise ist das ein Grund, warum die offiziellen Darstellungen zur Geschichte der IG Metall sich knapp und zurückhaltend zu ihm äußern. Auf jeden Fall sahen die „alten Säcke“ um Walter Freitag in Otto Brenner nach 1945 einen „neuen Dißmann“, dessen Versuch der Erneuerung und Demokratisierung der Organisation es zu verhindern galt. Otto Brenner selbst gehörte in der Tat zu den Brückenbauern, die in der Tradition von Robert Dißmann handelten und es war ihm 1966 eine Pflichtaufgabe, im Rahmen des 75. Jubiläums seiner Organisation sich vor den Verdiensten von Dißmann zu verneigen: „In seiner Person verkörperte sich in seltenem Maße jene Mischung von gewerkschaftlichem Realismus und politischer Klarsicht, von organisatorischer Fähigkeit und gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein, welche nach meinem Dafürhalten das Kennzeichen einer aktiven, den Erfordernissen der Zeit gerechter werdenden Gewerkschaftsbewegung sein muß.“ So ist es zu bedauern, dass die von der Brenner-Stiftung vorgelegten drei Bände zu Otto Brenner, hrsg. von Jens Becker und Harald Jentsch, auf jeden Bezug zu Dißmann verzichten und auch die Brenner-Rede von 1966 in den „Ausgewählten Reden“ nicht aufnehmen. Dass die Lebensgefährtin von Dißmann ausgeklammert bleibt, sei zusätzlich angemerkt: Toni Sender (1888-1964) war bis 1933 im DMV-Vorstand zuständig für Betriebs- und Wirtschaftspolitik. Sie gehörte zum linken Parteiflügel der SPD („Klassenkampfgruppe“) und wartete als vom Vorstand 1933 „ausgemusterte“ Jüdin nach 1945 vergeblich auf einen Rückruf aus Deutschland. Sie war von 1946 bis 1957 Leiterin des New Yorker Büros des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften.

23– Arbeiterpolitik, Jg. 3 (Juli 1950), Nr. 13, S. 1; dazu Wittmann, 1977, S. 247.

24– Wittmann, 1977, S.248 ff.

Angestellte oder Funktionäre der IG Metall zu bleiben oder zu werden, wenn sie nicht eine Loyalitätserklärung für die IG Metall unterzeichneten. Wer diesen Revers unterschrieb, behielt wohl seine Funktionen, wurde jedoch aus der KPD ausgeschlossen. So verringerte sich der Einfluss der KPD in den Gewerkschaften. Und dennoch konnte die Rückkehr in die Vorstandsetagen z. B. von Willy Bleicher, Fritz Salm und Fritz Strothmann wie auch die Karriere ihres Nachfolgers Otto Brenner nicht verhindert werden.

3. In der Regel ließen sich diese kritischen Gewerkschafter, die als „eiserne Metaller“ der Jahrgänge 1906/07 die jüngere Gründergeneration bildeten, noch von den Erfahrungen der Revolutionären Obleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes leiten, eine basisorientierte Betriebspolitik zur Grundlage der neuen Gewerkschaftsorganisation zu machen: Ein Versuch, der unter Leitung von Richard Müller und dem späteren führenden Kopf des DMV von 1919 bis 1926, Robert Dißmann, nach ersten Erfolgen in einem Kompromiss endete, der das Ergebnis der Anpassung an das mit Blutopfern bekämpfte Betriebsrätegesetz von 1920 war. Es ging in den Tagen der Novemberrevolution von 1918 neben dem Kampf um die sozialistische Republik darum, eine neue Einheitsorganisation mit Hilfe von Betriebsorganisationen aufzubauen, das Industrieprinzip durchzusetzen und den alten Vorstand um Schlicke und Reichel auf dem ersten Verbandstag nach dem Krieg, der 14. ordentlichen Generalversammlung des DMV vom Oktober 1919 in Stuttgart, geschlossen (und erfolgreich) abzuwählen. Die jüngere Generation der Oppositionellen um Brenner, Hölzer und Söchtig wurde außerdem geprägt durch die von der älteren KPO/SAP-Generation um August Enderle und Jacob Walcher vorgelegte Analyse über „Fehlentwicklungen der gewerkschaftlichen Organisationen“, dem als Kritik an der spalterischen RGO-Politik der KPD verfassten „Roten Gewerkschaftsbuch“ von 1932.²⁵ Sie gingen nach 1945 in der Regel davon aus, Gewerkschaften zunächst auf

der Betriebsebene zu gründen, bevor sie den nächsten Schritt auf der Orts- und Bezirksebene vollzogen. „Um das Entstehen eines neuen Bonzentums zu vermeiden“, so Otto Brenner am 17. September 1945 in Hannover, „muß jeder Funktionär aus dem Betrieb heraus und durch das Vertrauen seiner Kollegen berufen werden“. Dennoch gingen mit ihrer Hilfe Aufbau und Reorganisation nach 1945 von oben aus, denn „meistens waren Instanzen, d.h. Köpfe vorhanden, so daß die Mitgliedschaften erst später nachvollzogen werden konnten“. So Otto Brenner mit dem Blick auf Salzgitter, Hannover, Wilhelmshaven und Bremen in seinem Wolfsburger Rechenschaftsbericht vom 29. Dezember 1946.

Allerdings ist einschränkend zu beachten, dass Salzgitter wegen seiner späten und besonderen Entstehungsgeschichte im Faschismus in viel geringerem Maße auf die alten, wenn auch geschlagenen und illegalisierten Strukturen aus den Hochburgen der Arbeiterbewegung zurückgreifen konnte. Dennoch befanden sich unter den aktiven Kollegen nach 1945 zahlreiche Neu-Salzgitteraner, die sich den Verfolgungen im Faschismus dadurch entziehen konnten, dass sie in den Hermann-Göring-Werken nach 1938 untertauchten (z.B. Otto Müller, Wegener und Söchtig (vgl. Wittemann, 1977, S. 110 ff).

Brenners Wolfsburger Rückblick dürfte sich wohl auch auf die Gefahren bezogen haben, die aus den Pläneschmieden der „alten Säcke“ drohten. So trat der alte Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow, schon im Stockholmer Exil – gegen den dortigen erbitterten Widerstand von August Enderle, Willy Brandt, Fritz Rück und den Brüdern Pep und Theodor Bergmann – für die Übernahme der Deutschen Arbeitsfont (DAF) der Nazis als Einheitsorganisation der Gewerkschaften ein. Es war jener Tarnow, der auf dem SPD-Parteitag in Leipzig am 1. Juni 1931 das unsterbliche Wort von der Aufgabe der Gewerkschafter und Sozialisten prägte, nämlich „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ zu sein. Als ob es Sozialisten ziemte, den Kapitalismus gesund, und nicht vielmehr umgekehrt, ihm den Garau zu

machen. (Das sei den gewerkschaftlichen Sozialsanitätern am Krankenbett des heutigen Kapitalismus ins Stammbuch geschrieben).

4. Hinzu kam die Schwierigkeit, einvernehmliche Antworten auf politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland zu finden. Dies war auf einen zentralen Widerspruch zurückzuführen. Otto Brenner dazu auf einer außerordentlichen Betriebsratssitzung in Salzgitter vom 27. Dezember 1949 zum zentralen Thema der Gruppe Arbeiterpolitik nach 1945: „Wir sind letzten Endes ein besetztes Land und stehen unter Befehlen der Militärregierung“. Gerade diese Besetzung und Aufteilung Deutschlands durch die Siegermächte infolge des Potsdamer Abkommens veranlasste die aus Kommunisten und Linksozialisten nach 1945 entstandene Gruppe Arbeiterpolitik (GAP) um Erich Söchtig zu einer konsequenten, nicht auf Parteien, sondern ausschließlich auf den Betrieb und die Gewerkschaften orientierten Interessenpolitik. Eine Politik, die sich zunächst und vor allem mit den Folgen der „Raub- und Plünderungspolitik der Besatzungsmächte“ auseinandersetzen hatte.

KPD als „verlängerter Arm der Sowjetunion“ – SPD als „Agent der Besatzungsmächte“ (Arbeiterpolitik, Nr. 1, 1948, S.2)

Beraten von den nach 1945 in der Regel nicht oder spät zurückberufenen Repräsentanten des sozialistischen Exils, den Mitgliedern der Frankfurter Schule oder kritischen Sozialdemokraten wie Franz Leopold Neumann und Ernst Fraenkel, die in den USA eindrucksvolle Faschismusanalysen vorgelegt hatten, kamen die anglo-amerikanischen Siegermächte nach Deutschland mit den vier großen D's.: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung. Mit den Sowjets einigten sie sich nach Jalta noch einmal im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 darauf, die Grundlagen des deutschen Militarismus zu zerschlagen und die Rüstungsindustrie zu vernichten, um so einem weiteren Waffengang Deutschlands für alle Zukunft die wirtschaftlichen Grundlagen zu entziehen. Die hierzu vereinbarte Demontage sollte nicht

25– A. Enderle, H. Schreiner, E. Weckerle, J. Walcher, *Das Rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin im Juni 1932. 5. Buch der Roten Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“

nur der materiellen Wiedergutmachung dienen, sondern auch dem potentiellen Aggressor Deutschland die industrielle Basis zerschlagen. Der Plan ging auf den langjährigen US-Finanzminister Henry Morgenthau jr. zurück, den „jüdischen Racheengel“, der nach Goebbels aus Deutschland angeblich einen „Kartoffelacker“ machen wollte. Für die vom Monopolbetrieb der ehemaligen Hermann-Göring-Werke abhängigen Bewohner von Watenstedt-Salzgitter bedeutete dieser Plan – mehr als für andere Rüstungsschmieden in Deutschland – die Existenzbedrohung, Massenarbeitslosigkeit, Hunger für 100.000 Menschen und die Gefahr eines Wiederaufstiegs der Neofaschisten. Das ließ sich schnell an den Wahlergebnissen nach 1945 ablesen: 23,6 % der Stimmen gewann die DRP (Deutsche Reichspartei) bei den ersten Bundestagswahlen von 1949 in Watenstedt-Salzgitter, von den Erfolgen der SRP, der Sozialistischen Reichspartei, bei den Landtagswahlen von 1951 ganz zu schweigen – einer Partei, die sich offen als Nachfolgeorganisation der NSDAP bezeichnete.

Aber die Kritik an den Potsdamer Beschlüssen kam auch von links: August Thalheimer, mit Heinrich Brandler einer der Gründerheiligen der KPD und der theoretische Kopf der KPD-Opposition (KPO), hatte diese Politik in seiner Arbeit über das Potsdamer Abkommen aus dem kubanischen Exil heraus von Anfang an kritisiert und prognostiziert, dass alle Versuche der Entindustrialisierung Deutschlands die Arbeiter entweder zur sozialistischen Revolution oder zur Rückkehr zum kapitalistischen System führen würden. Diese herausragende Bedeutung der Demontagefrage fand in den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken, besonders in Kreisen der KPD, ihren Niederschlag. Denn die KPD stützte das Potsdamer Abkommen und begrüßte die Demontagen auch in der Ostzone. Das führte ab September 1946 zu heftigen Auseinandersetzungen in Salzgitter, die letztlich 1948 in der Abspaltung der Gruppe Arbeiterpolitik um Erich Söchtig von der KPD kulminierten. Insgesamt rund 120 Mitglieder verlor die KPD bis 1952, die meisten an die GAP.

Mit zunächst 40, später mit bis zu 120 Mitgliedern übernahm fortan

diese Gruppe die Führung im Abwehrkampf gegen die Demontage. Sie plädierte mit Anton Ackermann, dem oppositionellen Gegner Ulbrichts in der SED, für einen „eigenen deutschen Weg zum Sozialismus“ und denunzierte die SPD und KPD „als machtlose Agenten und Werkzeug der Besatzungsmächte“. Sie kündigte Auseinandersetzungen mit der Politik der „besatzungshörigen Gewerkschaftsbonzen“ an und kämpfte gegen die „Eingliederung in das amerikanische Westeuropa“. Die Gruppe erklärte die KPD zum „verlängerten Arm der Sowjetunion“ und die SPD zum „Agenten der Besatzungsmächte“, so die Formulierung in der ersten Nummer ihrer von Rudi Hanke und Theodor Bergmann redigierten Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ von Ende November 1948.²⁶ Die erfolgreiche Abgrenzung zur SPD und KPD war stets begleitet von einer Distanz zum IG Metall-Vorstand bei gleichzeitiger starker Verankerung in der Hütte und in den Vorständen der örtlichen IG Metall und des DGB.²⁸

Exkurs zum historischen Hintergrund der „Gruppe Arbeiterpolitik“ und zur Entstehung und Auflösung der Gruppe in Salzgitter.

Nach 1945 knüpfte die Gruppe Arbeiterpolitik an ehemalige KPO-Analysen an, die in einigen ihrer alten Hochburgen (Stuttgart, Frankfurt/Offenbach, Solingen, Berlin, Hamburg, Nürnberg und Bremen) erneut auf Resonanz stießen. Durch die Kontaktaufnahme mit ihren Vordenkern im skandinavischen und kubanischen Exil gewann sie schnell ein originelles deutschnationales Profil. Von den alten Hochburgen abweichend, entstand der erstaunlich starke Einfluss in Salzgitter durch eher zufällige persönliche Konstellationen, verbunden mit der Neuordnung der Hermann-Göring-

Reichswerke – als Ausgangspunkt der Entstehungsgeschichte der Stadt Salzgitter mit starkem Einfluss auf die Nachkriegsentwicklung der örtlichen Arbeiterbewegung.²⁹ Wie nach der Novemberrevolution von 1918 sah sich die Gruppe der KPD (Opposition) nach dem Sieg über den Faschismus gut darauf vorbereitet, auf die zentralen Fragen von Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung eine eindeutige Antwort zu geben. Sie konnte anknüpfen an grundsätzliche Überlegungen, die nach 1917 zu einer unabhängigen Gruppe der Linken geführt hatten – in Bremen unter Beteiligung zunächst aller Strömungen links von der MSPD. Mit der Gründung der Bremer „Arbeiterpolitik“ als „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ präsentierte diese Gruppe ein Organ, das getragen und finanziert wurde von den sie stützenden linken Werftarbeitern in Bremen. Diese Betriebsorientierung als Ausgangspunkt jeder Politik blieb auch nach 1945 eine Grundposition und sie war besonders stark entwickelt in Salzgitter. „Aufgabe aller Revolutionäre ist, die Gewerkschaften nicht zu zerstören, sondern zu erobern“, hatte ihr herausragender Gewerkschaftstheoretiker, der Bauarbeiter Heinrich Brandler (1881-1967), schon 1920 in seiner Rede auf dem 1. Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands gefordert.³⁰ Und erinnern wir an den aktuellen und nicht nur in Salzgitter nach wie vor kontrovers diskutierten ersten Artikel der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“: Am 24. Juni 1916 läutete die vom Bremer Sprecher der Linken, Johann Knief, redigierte und von seinen politischen Freunden, den revolutionären Sozialisten Anton Pannekoek, Karl Radek, Heinrich Brandler, Heinrich Eildermann und Paul Frölich, redaktionell unter Pseudonymen unterstützte „Arbeiterpolitik“ den ersten Jahrgang mit einem Grundsatzartikel über eine neue „Epoche der Arbeiter-

26– Arbeiterpolitik, 1948, Nr. 2, S. 8

27– Warum „Arbeiterpolitik“, Nr. 1, November 1948. Nachdruck aller Ausgaben bis Juli 1950 (3. Jg., Nr. 14) von der Gruppe Arbeiterpolitik im Eigendruck vorgelegt 1975.

28– Vgl. K. P. Wittmann, 1977, S. 246-250.

29– dazu K. P. Wittmann, 1977, S. 107-131.

30– vgl. hierzu: Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, 1979; Jörg Wollenberg, Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken und das Ringen um die Einheitsorganisation, in: Arbeiterstimme. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, Nr. 165, 38. Jg., 2009, S. 15-22; Nr. 166, 38. Jg., 2009/10, S. 30-37.

politik“ folgendermaßen ein: „Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als historische Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen ... Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führen der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bürokratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus.“³¹

Halten wir fest – und beachten dabei, dass das Ergebnis unter anderen Verhältnissen und Voraussetzungen durchaus vergleichbar mit den Ereignissen in Salzgitter nach 1945 sein dürfte, ganz davon abgesehen, dass mit Heinrich Brandler und Waldemar Bolze zwei zentrale Figuren neben anderen an beiden Etappen beteiligt blieben: Die damaligen Auseinandersetzungen mit den freien Gewerkschaften und dem Geschäftsführer des Bremer Arbeitersekretariats, Friedrich Ebert, der 1906 nach zahlreichen Abstimmungsniederlagen gegen die Bremer Linken um Wilhelm Pieck, Heinrich Schulz und Alfred Henke zum Parteivorstand nach Berlin ging, gewannen in Bremen durch den Rückgriff auf die Theorien von Luxemburg und Pannekoek eine neue Qualität, die in der Frage um die Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel des politischen Streiks und der Gewerkschaften zu jahrelangen Auseinandersetzungen der Linken in der noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie mit den Funktionären in den

Gewerkschaften führte. Und weil es den Bremer Linken nicht mehr allein um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ging, sondern auch um die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, gewann die Jugend- und Bildungsfrage eine herausragende Bedeutung – mit der Gründung einer autonomen Bildungseinrichtung durch die 1905 vollzogene Trennung vom bürgerlichen „Goethe-Bund“ und die Einstellung einer fest und gut besoldeten Lehrkraft (Pannekoek), um so die Erziehung zum kritischen und selbständigen Denken zu fördern; auch hier durchaus vergleichbar mit der die Gruppe Arbeiterpolitik prägenden Bildungsarbeit von Waldemar Bolze in Salzgitter ab 1948. Bis Ende 1918 gab es kaum eine andere Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus eine vergleichbar starke Basis besaßen wie die Linksradi-kalen in Bremen. Das war, wie nach 1945 in den Reichswerken, das Ergebnis des Aufbaues eines Vertrauensmännersystems in den Betrieben, vor allem in den Werften, und der Präsenz ihrer Funktionäre innerhalb der offiziellen Parteiorganisation der noch geeinten Sozialdemokratie bis 1917. Von der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unterschied sich die rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe der Bremer Linken³² dadurch, dass sie das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ in einem Krieg ablehnten, der aus ihrer Sicht ein aus den spezifisch imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt war.

Durch die Zusammenarbeit mit Lenin und Radek hatten die Bremer Linken früh Kontakt zu den Anhängern der Februar-Revolution von 1917 und damit zur bolschewistischen Richtung der russischen Sozialde-

mokratie. Sie kritisierten aus prinzipiellen Gründen das Organisationsmodell der Bolschewiki. Trotz dieser Kritik identifizierten sie sich mit als erste politische Gruppierung mit der erfolgreichen bolschewistischen Oktoberrevolution und nannten sich selbst noch vor der Gründung der KPD „Internationale Kommunisten“ (IKD). Sie lehnten jedoch mit Brandler und Thalheimer die Bolschewisierung der KPD von Anfang an ebenso ab wie nach 1945 die Stalinisierung der KPD im Westen und der SED im Osten Deutschlands.

Spätestens ab 1923 gehörten sie als Mitgründer der KPD zu den noch tolerierten, ab 1928 dann ausgeschlossenen Mitgliedern der KPD. Nach Verfolgung und KZ-Haft zählten viele von ihnen zu denjenigen, die nach 1945 die Arbeiterinitiativen als Antifaschistische Ausschüsse gründen halfen; in Bremen z.B. die „Kampf-gemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF), die wie die Antifa in Salzgitter für einen Neuanfang im Rahmen einer Einheitsorganisation der Arbeiterbewegung eintrat – erneut vergebens.³³ Wie in Salzgitter ging die Mehrheit dieser Gruppe nach dem Scheitern der Einheitspolitik zunächst zur KPD. Bis 1950 wurden die meisten von Ihnen als „Trotzkisten“, „Titoisten“, „Brandlerianer“ oder „Luxemburgisten“ aus der KPD ausgeschlossen. Andere verließen aus ebenso pragmatischen wie prinzipiellen Gründen im Gefolge der These 37 die KPD, um Gewerkschaftsmitglieder bleiben zu können. Die

Anzeige

Die Bremer Linksradi-kalen



**Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten,
Broschur. 1,50 €.**

31– Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, 1. Jg., Nr. 1, 24. Juni 1916, (1975), S.1

32– Wir folgen hier den bei Kuckuk, Bremen in der deutschen Revolution 1918/19, 1986, S. 32 angegebenen Zahlen und Einschätzungen, auch wenn die Bremer Polizeidirektion die Stärke lediglich auf „einige 80 Köpfe“ bezifferte.

33– vgl.: Gemeinsam begann es 1945. „Der Aufbau“ schrieb das erste Kapitel. Original-treuer Nachdruck des „Aufbau“, Organ der Kampf-gemeinschaft gegen den Faschismus (KGF), Bremen 1945/46, Frankfurt/M 1978, Nr. 11, Jan 1946, S.5 mit dem letzten Einheits-schwur vom 16. Dezember 1945: Die KGF „verpflichtet alle ihre Mitglieder, in den bestehenden und noch entstehenden proletarischen, politischen, gewerkschaftlichen, Kultur-, Jugendorganisationen usf. weiter für die Kampfziele der KGF zu wirken. Im Mittelpunkt dieses Kampfes muß heute mehr denn je das Hauptziel der Kampf-gemeinschaft, die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei, stehen“, unterschrieben von Spitzenvertretern der SPD, KPD, SAP, KPO.

Mehrheit hatte sich schon 1948 mit den Linken aus Salzgitter um Erich Söchtig für die Gründung der „Gruppe Arbeiterpolitik“ (GAP) entschieden. Eine Tagung in Riensberg, dem alten Landheim der KPO Braunschweig, legte Ostern 1947 die Grundlagen zur Neugründung. Sie fand in Anwesenheit des illegal aus Frankreich angereisten Waldemar Bolze statt. Bolze sollte als Mitglied der ehemaligen Reichsleitung der KPO ab 1948 neben Theodor Bergmann die zentrale Organisation und die Bildungsarbeit der GAP leiten und konnte wiederum nach seinem Tode durch den aus Nürnberg stammenden Karl Grönsfelder qualifiziert ersetzt werden.³⁴

Was die Gruppe in Salzgitter von Anfang an zusammenführte, war der Kampf gegen die Demontage der Reichswerke und damit die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze. Dabei gelang es, trotz der prinzipiellen Gegnerschaft aus den Reihen der SPD und KPD, vor allem im Betriebsrat die Unterstützung auch der Mitglieder der KPD und SPD zu gewinnen und die Funktionäre der IG Metall in der Hütte zu dominieren, mit der Hauptwerkstatt der Reichswerke unter Erich Sewald und der Gießerei mit Waldemar Bolze als zentralen Anlaufstellen der GAP. Von Anfang an sorgte der Betriebsratsvorsitzende Erich Söchtig durch unermüdliche Kleinarbeit für die Vernetzung der Gruppe und die Absicherung der von ihr dominierten Herrschaftsstrukturen in der Hütte und in der IG Metall-Ortsverwaltung. Besonders nach dem Anti-Demontage-Streik vom März 1950 war die GAP nicht nur die einflussreichste und geschlossene politische Gruppierung in der Hütte und in der IG Metall Salzgitter. Sie gewann auch innerhalb der Gesamtorganisation der GAP immer mehr an Gewicht. Öffentliche Vortragsveranstaltungen mit Heinrich Brandler (Ende November 1950) oder Waldemar Bolze (Anfang 1951) ergänzten

die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, angereichert durch Kultur- und Leseabende, Mai-Feiern, eine „Lenin-Liebnecht-Luxemburg“-Veranstaltung usw.³⁵ Bis zur Gründung der



SPD-Betriebsgruppe im Jahre 1958 blieb der Einfluss der GAP unangetastet. Der von Erich Söchtig 1959 vollzogene Übertritt zur SPD leitete die Auflösung der Gruppe Arbeiterpolitik ein, deren Bedeutung immer mehr zurückging.

Sah Erich Söchtig nach 1950 die Einheitlichkeit gewerkschaftlichen Handelns durch die offizielle KPD-Politik wegen des Ausschlusses exponierter linkssozialistischer Vertreter gefährdet und zusätzlich bedroht durch den Verlust des gewerkschaftlichen Schutzes wegen der Reverspolitik des IG Metall-Vorstandes, so empfahl er 1959 den GAP-Mitgliedern die Auflösung der Gruppe und den Eintritt in die SPD. Der Kalte Krieg habe dazu geführt, dass eine selbständige kommunistische Gruppierung in der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr erreichbar sei. Der Kommunismus habe sich durch die sowjetische Besatzungspolitik und ihre „verheerende“ Fortsetzung durch Walter Ulbricht in der DDR diskreditiert. Die Auflösung wurde nur im engsten Führungskreis

diskutiert und vollzog sich über die Köpfe der Mitglieder hinweg. Paul Elfleins Widerspruch blieb erfolglos. Vergeblich hatte er zuvor den zunehmend autoritären Führungsstil von Söchtig kritisiert. Der blieb trotz alledem bis 1963 Vorsitzender des Betriebsrates, wurde aber 1964 abgelöst von Erich Sewald und auch zeitgleich abgewählt als 2. Bevollmächtigter der IG Metall. Dennoch blieb Söchtig ab 1964 als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender integraler Bestandteil einer nach wie vor autonomen Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in der Hütte.

„Zehnerkreis“ als Fortsetzung der innergewerkschaftlichen Opposition nach 1952

Es ist hier nicht der Platz, die weitere Entwicklung einer autonomen Arbeiterpolitik zu verfolgen und zu prüfen, ob die Gruppe Arbeiterpolitik vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Salzgitter noch einmal, und diesmal ab Ende der 60er Jahre auf der Klöckner-Hütte in Bremen, unter anderen Ausgangsbedingungen einen vergleichbaren Einfluss ausüben konnte.³⁶ Worauf wir jedoch hinweisen möchten, ist der Versuch von immer wieder diffamierten Gewerkschaftsfunktionären um Otto Brenner, sich mit Hilfe eines innergewerkschaftlichen Steuerungsnetzwerkes gegen Angriffe aus den Reihen der Gewerkschaften zu wehren: Der „Zehnerkreis als innergewerkschaftliche Fraktionierung“ von 1951 bis 1960.³⁷

Anlass zur Gründung war der scheinbar unaufhaltsame Sieg restaurativer Kräfte in der BRD, die „Wiedererrichtung der alten Konzerne,

34– Wittmann, 1977, S. 135 ff.

35– vgl. Wittmann, 1977, S. 246 ff

36– vgl. dazu u.a. Gerd Balko, *Land in dunklen Zeiten. Erinnerungen eines Arbeiters*, 2005, S.257-340.

37– Wir folgen hier den Ergebnissen von Franz Hartmann, *Gewerkschaften in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg*, 1979, S. 172-175. Dazu auch Otto Brenner, *Eine Biografie*, hrsg. von Jens Becker und Harald Jentsch, 2007, S. 129-137.

die Hitler an die Macht brachten“ und das „freche Auftreten ehemaliger Nazis und Kriegsverbrecher“. So Otto Brenner in seiner Grundsatzrede auf dem DGB-Bundeskongress 1956. Diese Entwicklung sei nach Brenner auch dadurch Realität geworden, dass der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB von Fette bis Freitag versagt habe. Die Enttäuschungen beruhten auf den bitteren Niederlagen und Misserfolgen im Kampf um die Neuordnung Deutschlands, aber auch auf der von den Vorständen der Gewerkschaften zugelassenen Diffamierung kritischer linker Gewerkschaftsfunktionäre, denen man Machtlüsternheit unterschob. So heißt es u.a. in dem „Bonner Bericht vom 26. Dezember 1953, Nr. 13“: „Nach der Überwindung der christlichen Spaltungsgefahr steht der gemäßigten DGB-Führung jetzt noch die Auseinandersetzung mit der radikalen Gruppe im DGB, der ISK (Internationale Sozialistische Kampfgruppe) bevor. Dieser Gruppe gehören zahlreiche zurückgekehrte Emigranten an. Sie haben guten Kontakt mit dem radikalen DGB-Vorstandsmitglied Georg Reuter“. Einmal ganz davon abgesehen, dass der „Bericht“ die zur „Kampfgruppe“ stilisierten Anhänger des politisch keineswegs radikalen „Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes“ (ISK) um Willi Eichler und Minna Specht maßlos überschätzt,³⁸ so versammelte Otto Brenner, der als SAP-Mitglied nie zu dieser von ihm persönlich geschätzten Organisation gehörte, in der Tat einige dieser besonders in Niedersachsen (Beermann, Kubel, Dannenberg) und Nordrhein-Westfalen (Werner Hansen (Heidorn), Peter Michels) gut verankerten Gewerkschaftsfunktionäre des ISK in Hannover um sich, ergänzt um alte KPO- und SAP-Genossen (Edu Wald, Alfred Henze, Kuno Brandel, Siggi Neumann, Karl Hölzer). Dazu kamen Ludwig Linsert vom DGB München und Karl Hauenschild, damals Jugendsekretär beim Hauptvorstand der IG Chemie in Hannover. Dieser Kreis aus nicht gelernten Sozialdemokraten sollte nach Brenner – in dem bewährten Söchtig-Kurs – der Unzu-

länglichkeit und Passivität der Gewerkschaftsführung begegnen, und zwar durch „konspirative Arbeit“ und durch „harte Fraktionsarbeit“. Ein politisches Engagement in den Parteien galt es zu vermeiden. Dafür setzte der Kreis auf eine reine Gewerkschaftsorientierung, auf eine Erneuerung der Gewerkschaften. Der „feste Block“ kritischer Gewerkschafter zielte darauf ab, die Bezirke „durchzukneten“, „auf den Verbandstagen eine Abrechnung vorzunehmen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht und die ganze verkalkte Garnitur (der alten Säcke) auszuwechseln.“³⁹ Die Gründung eines „Marxistischen Arbeitskreises“ sorgte für die theoretische Festigung der Mitglieder. Als Referenten kamen Theoretiker aus dem In- und Ausland zu Wort, u.a. Wolfgang Abendroth, Walter Fabian, Karl Korsch, Fenner Brockway, Peter von Oertzen, Eugen Kogon, Walter Dirks. Die Wirksamkeit des Zehnerkreises ist u.a. an personalpolitischen Erfolgen nachweisbar. Werner Hansen wurde in den DGB-Bundeschvorstand gewählt, Peter Michels zu seinem Nachfolger als DGB-Landesvorsitzender in NRW. Otto Brenner wurde zunächst zum gleichberechtigten Vorsitzenden der IG Metall (1953), 1956 zum alleinigen Vorsitzenden gewählt. Das Nachrücken der Vorstandsmitglieder Fritz Strothmann, Heinz Dürrbeck und Kuno Brandel ging auf Initiativen des „Zehnerkreises“ ebenso zurück wie die Wahl von Walter Fabian zum Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte. Inhaltlich war der Kreis u.a. an der Vorbereitung des DGB-Aktionsprogramms beteiligt

Immer wieder davongekommen

Fassen wir die Ergebnisse zusammen und bemühen wir uns vor dem Hintergrund der Erfolgsgeschichte einer konsequenten Interessenpolitik in den ehemaligen Reichswerken um eine Einordnung dieser Ereignisse in die politische Gesamtentwicklung Deutschlands. Und fra-

gen wir abschließend nach den Lehren für heute – 60 Jahre nach dem erfolgreichen Märzstreik von 1950.

Die durch den Sieg über den Faschismus freigesetzte Dominanz der Linken wurde in Westdeutschland innerhalb von zwei bis drei Jahren zerschlagen, auch wenn sich das linke Bündnis in Salzgitter mit Hilfe der Gruppe Arbeiterpolitik noch einige Jahre länger halten konnte. Es handelt sich um ein „Diskontinuitätsphänomen der Zeitgeschichte“ (Lutz Niethammer) mit Folgen für die Gewerkschaften. Das Ende der linken Dominanz war das Ergebnis der Entscheidung für den Marshall-Plan, der mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung die Integration der europäischen Länder in einen Ost- und Westblock sanktionierte, die sich feindlich gegenüberstanden. Diese Entscheidung führte zum Zerfall der ursprünglichen einheitsgewerkschaftlichen Ansätze und damit zur Aufkündigung des antifaschistisch-demokratischen Konsenses durch die „Gründungsväter“ des DGB. Der theoretische und praktische Antikommunismus wurde fortan mit dem Beginn des Kalten Krieges „zu einem der stärksten Bindegliedern der Einheitsorganisation“ (Klaus von Beyme, 1977, S.23). Und weil sich die politische Gesamtsituation grundsätzlich geändert hatte, konnte Bundeskanzler Adenauer Anfang September 1950 dem britischen Hohen Kommissar vorschlagen, „die Frage der Demontage in Watenstedt-Salzgitter einer Revision zu unterziehen. Weder für die Bundesregierung noch für die deutsche Bevölkerung ist es verständlich, daß bei der gegenwärtigen Weltsituation weiter Demontagen von Fabrikgebäuden durchgeführt werden. Darüber hinaus wird die innere Bereitschaft zur Mitwirkung an der Verteidigung Westeuropas einer ernstlichen Belastung ausgesetzt, wenn zur gleichen Zeit, in der diese Fragen zur Erörterung stehen, noch Demontagen durchgeführt werden.“⁴⁰ Dieser Argumentation konnte sich die Besatzungsmacht nicht entziehen. Salzgitters Stahl wurde wieder gebraucht – zur Vorbereitung auf den nächsten Krieg.

Mit der „Entscheidung für den Westen“ (Niethammer) waren die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen endgültig zurückgedrängt worden. Das verschärfte noch einmal die Polarisierung innerhalb der Ge-

38– dazu: Werner Link, *Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK)*, 1964.

39– So Siggi Neumann an Otto Brenner am 29.9.1951, zitiert nach Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Band 10, S. 192-194. Siehe auch Brenner, *Eine Biografie*, S. 132.

40– Zitiert nach W: Treue, *Die Demontagepolitik der Westmächte*, 1967, S.88.

werkschaften. In den Auseinandersetzungen um den Marshall-Plan und um die Folgen der Währungsreform kulminierte dieser Konflikt. Und mit dem Kampf für Mitbestimmung und gegen die Remilitarisierungspolitik der Bundesregierung begannen die mit Niederlagen endenden Defensivgefechte. Noch 1947 hatten Unternehmer wie Reusch und Wolff die Montan-Mitbestimmung angeboten, um „Schlimmeres“, die Sozialisierung, zu verhindern. Nach 1950 erklärten sie, die Mitbestimmung sei das „Ergebnis einer brutalen Erpressung“ durch die Gewerkschaften. Der gesetzlich abgesicherten Montanmitbestimmung vom April 1951 ging die geheime Zustimmung von Böckler und seinem Nachfolger Fette zu dem von den Gewerkschaftsmitgliedern in Massenkundgebungen noch entschieden bekämpften Wehrbeitrag voraus. So viel zum lange gepflegten Mythos vom Sieg der Gewerkschaften im Kampf um die gesetzliche Absicherung der Mitbestimmung in der Montanindustrie.⁴¹ Die in den DGB-Stellungnahmen zur Remilitarisierung sichtbare schwankende Haltung der Gewerkschaftsführung führte 1953 – verbunden mit dem nicht entschieden genug geführten Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz – zur Abwahl des Bundesvorsitzenden Fette, der als Vorsitzender der IG Druck und Papier erst im Juni 1952 zum Nachfolger von Böckler gewählt worden war. Fette wurde durch Walter Freitag von der IG Metall ersetzt, während Otto Brenner endlich in den Vorstand der IG Metall nachrücken konnte.

Die Phase der Hoffnung auf einen Neubeginn war endgültig abgeschlossen, die Phase der Restauration begann, wie Willi Bleicher formulierte. In der Einschätzung dieser Entwicklung zu einer „verhinderten Neuordnung“ herrschen bis heute unterschiedliche Auffassungen vor. Dabei wird allzu oft die reale Situation von damals ausgeklammert. Deutschland hatte sich von dem Hitler-Faschismus nicht selbst befreit. Die Befreiung kam von außen, sie war ein von großen Teilen der deutschen Bevölkerung keineswegs erbetenes Geschenk der Siegermächte des 2. Weltkriegs. Und mit der Befreiung verband sich die Besetzung, durchgeführt von weltpolitisch gegensätzlichen Kräften. Damit waren Ausgangsbedingungen

verbunden, die sich auf die Erwartungen der demokratisch-antifaschistischen Kräfte in ganz Deutschland unterschiedlich auswirkten und die lokal- und regionalgeschichtlichen Kräfteverhältnisse in der Einheitsgewerkschaft auf widersprüchliche Weise bestimmten: in Salzgitter auf ganz andere Art als in Hannover, Braunschweig oder Hamburg.

Wegen der eher verdrängten Niederlagen gab der 60. Jahrestag des Marshall-Planes und der Währungsreform aus Gewerkschaftssicht keinen Grund zu feiern; dafür um so mehr für die bürgerliche Öffentlichkeit. Die Konzernmedien feierten am 20. Juni 2008 den 60. Jahrestag des westdeutschen „Wirtschaftswunders“: die Währungsreform mit der Einführung der D-Mark. Dabei verschwiegen sie vornehm, dass die Währungsreform ein weiterer Schritt zur deutschen Teilung war, beschlossen von den drei westalliierten Militärgouverneuren. Schon im Februar 1948 hatten sich die westlichen Besatzungsmächte mit ihren Londoner Beschlüssen auf eine Neuordnung des westdeutschen Besatzungsgebietes festgelegt. Ziel war, einen starken Zentralstaat zu verhindern. Die westlichen Ministerpräsidenten wurden mit den „Frankfurter Dokumenten“ vom 1. Juli 1948 beauftragt, eine Verfassung zu entwerfen und sahen sich auf Druck der Westalliierten gezwungen, die Vorarbeiten für den Parlamentarischen Rat zu beginnen und ab September 1948 auf der Insel Herrenchiemsee in mehrmonatigen Beratungen das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ zu entwerfen. Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat in Bonn dieses Grundgesetz und besiegelte damit die Teilung Deutschlands.

Einer der vielen in der Versenkung verschwundenen Vorentwürfe begann folgendermaßen: „Die nationalsozialistische Zwingherrschaft hat das deutsche Volk seiner Freiheit beraubt; Krieg und Gewalt haben die Menschheit in Not und Elend gestürzt. Das staatliche Gefüge der in Weimar geschaffenen Republik wurde zerstört. Dem deutschen Volk aber ist das unverzichtbare Recht auf freie Gestaltung seines nationalen

Lebens geblieben.“ Die mit diesen Sätzen beginnende Präambel, die im Oktober 1948 in erster Lesung angenommen wurde, verschwand schnell in den Schubladen und wurde auch nach der Wende von 1989 nicht wiederentdeckt.

Die Ausrottung des Nazismus erschien nach 1945 zunächst als die Hauptaufgabe. Selbstbesinnung und Aufklärung prägten in der Vierzonenzeit die Köpfe und Herzen vieler Menschen in allen Teilen Deutschlands. Aber bald darauf, noch vor der Konstituierung zweier Staaten auf deutschem Boden, erhielten vornehmlich in den Westzonen die Gruppen Zulauf, welche die Verwicklung der Eliten in das NS-Terrorssystem leugneten und die eigene Vergangenheit entsorgten.

Wie wirkungsvoll führende Vertreter von Politik und Geistesleben nunmehr nach 1989 das Ende der Nachkriegsordnung zur Entsorgung der deutschen Vergangenheit nutzen, ist unter anderem daran abzulesen, dass in der Präambel des „Einigungsvertrages“ jeder konkrete Hinweis auf die gesamtdeutsche Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus fehlt, der noch den Entwurf von 1948 geprägt hatte. Fast ungehört verhallte 1990 die Klage des damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, für die politische Kultur in Deutschland sei es bezeichnend, dass das deutsche Schulderbe unerwähnt geblieben sei. Schlimmer noch: Die Debatte über den Umgang mit der stalinistischen Vergangenheit in der ehemaligen DDR relativierte oder verdrängte die nationalsozialistischen Verbrechen. Und Teile der Linken sahen in der „Entstasifizierung“ die Möglichkeit, das zu verhindern, was nach 1945 in der alten BRD über die gescheiterte Entnazifizierung zur Weißwäscherei geführt und aus Westdeutschland eine „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer) gemacht hatte. So ist es bezeichnend, dass der vom Kulturstatsminister Neumann im Juli 2007 vorgelegte Entwurf der Fortschreibung des 1999 erstmals verabschiedeten Gedenkstättenkonzeptes von einem Verständnis der

41– vgl. dazu Horst Thum, *Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften*, 1982, S. 106 ff.; Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, 1969, S. 197 ff.; siehe dazu auch meinen Beitrag auf dem 9. Salzgitter-Forum, 2002

Diktaturen des 20. Jahrhunderts ausgeht, das den DDR-Staatssozialismus mit dem Terror des NS-Systems gleichsetzt. Zwar sah er sich, nach scharfer Kritik von Sachverständigen, gezwungen, die im ersten Entwurf „über das historische Unrecht hinaus monströs überdehnte DDR-Schuld“ zurückzunehmen und zu versichern: „Es ist unverzichtbar, den Unterschieden zwischen NS-Herrschaft und SED-Diktatur Rechnung zu tragen.“ Dennoch bleibt der geplante neue „Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ das herausragende Merkmal des neuen Gedenkstättenkonzeptes. Angesichts solcher Entsorgungübungen muß es nicht verwundern, das wir auf den gesamtdeutschen Bühnen die Wiederentdeckung eines fast vergessenen Erfolgsstückes der Nachkriegszeit erleben: „Wir sind noch einmal davongekommen“. So lautet der deutsche Titel eines der meistgespielten Theaterstücke, mit dem der US-Amerikaner Thornton Wilder schon 1942 das beim Namen nannte, was viele Deutsche nach 1945 empfanden. Der Weg schien vorgezeichnet, der es allzu vielen Tätern und Mitläufern erlaubte, konfliktlos von der Volksgemeinschaft in eine Opfergemeinschaft zu wechseln und sich in der bundesrepublikanischen „Wiederaufbaugemeinschaft“ spurlos zu verflüchtigen.

Und was ist von den Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften von 1945 geblieben? Bieten sie angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht Anknüpfungspunkte, die heute noch aktuell sind, z. B.: „Schluß mit der Herrschaft der Banken und Konzerne und ihre Überführung in Gemeineigentum!“, „Beendigung der Herrschaft der Reichen und Vermögenden mit ihren Möglichkeiten, sich Regierungen kaufen zu können!“ oder „Entmilitarisie-

rung Deutschlands und Europas und Beendigung jeglicher Rüstungsproduktion!“, Forderungen nach öffentlichen Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich usw. usw.

Voraussetzung zur Wiederaufnahme einer solchen Gewerkschaftspolitik ist die Erkenntnis, auf die Hans



Preiss im Rahmen des Salzgitter-Forums von 1998 als bewährte Erfahrung aus Salzgitter zurückgriff, indem er festhielt: „Jeder Warnstreik, jeder Lohnstreik, jede Aktion gegen arbeitnehmerfeindliche Politik, gegen einschränkende Gesetzesbestimmungen wirken Bewusstsein bildend. Jede Aktion ist dazu angetan, im Bündnis mit den Erfahrungen der Geschichte, das Bewusstsein zu verändern und zu stärken“. Auch wenn in Frankfurt schon länger darüber nachgedacht wird, die historisch-politische Bildung einzuschränken, so gehört die notwendige Konfliktaufarbeitung heute im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zur Tagesaufgabe. Und weil sie in ihren Antworten in der bewährten Tradition der Gruppe Arbeiterpolitik in Salzgitter stets mit Fragen der Praxis im Betrieb verknüpft bleibt und sich nicht davon löst, darf davon ausgegangen werden, dass die Verwaltungsstelle Salzgitter ihren heutigen historischen Rückblick nicht als Nostalgie betreibt, sondern als Kompass für eine kämpferische Zukunft. Auf jeden Fall werden die geplanten Projekte der Verwaltungsstelle Salzgitter zur Aufarbeitung der Demontagepolitik die Grundlagen für ein überregionales vernetztes Gedächtnis fördern und zum konkreten Handeln für ein besseres Überleben beitragen. Und vergessen wir nicht hinzuzufügen – mit Otto Brenners Rede von 1966 zum 75. Jubiläum der IG Metall –: „Im Strom der geschichtlichen Ereignisse kann sich

nur derjenige behaupten, der einen festen Ausgangspunkt hat und gleichzeitig imstande ist, Richtung und Kräfte dieses Stromes richtig zu beurteilen“.

Abschließender Exkurs: „Ihr müßt die Einheit lieben wie unseren Augapfel“

– Zum Enttäuschungsübergang und seiner Bearbeitung durch die Generation der „eisernen Metaller“ –

Angesichts der Folgen der verhinderten Neuordnung nach 1945 muss es erstaunen, wie in der Geschichtsschreibung der Gewerkschaften diese Ereignisse nach wie vor unkritisch bewertet werden, wie Niederlagen in Kompromisse oder gar in Siege umgedeutet werden. Das trifft auch auf die Absicherung der Montanmitbestimmung und den Kompromiss auf dem Gründungskongress des DGB in München zu. Denn der Weg zur Einheitsgewerkschaft von Böcklers und Tarnows fragwürdigem Konzept zur „Wiedereinrichtung einer Gewerkschaft“ vom Frühjahr 1945 über die „Allgemeine Gewerkschaft“ mit den Einzelgewerkschaften als Abteilungen der Gesamtorganisation⁴² bis zum Münchner Gründungskongress vom Oktober 1949 mit dem relativ schwachen DGB und starken Industriegewerkschaften blieb bis zuletzt ein äußerst umstrittener, auch wenn die Geschichtsschreibung diesen Weg als glatte Erfolgsgeschichte verkündet. Dabei verwundert, dass auch die Kritiker dieser Entwicklung nachträglich dazu beigetragen haben. Wir wollen das abschließend am Beispiel von Willy Bleicher konkretisieren:

Der 1948 als Sekretär in den IG Metall-Vorstand gewählte Buchenwald-Häftling Willy Bleicher ermahnte die Delegierten des 3. Bundestags des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden im September 1949 eindringlich, die Angestellten der DAG nicht aus dem DGB auszuschließen, weil „wir die Einheit lieben wie unseren Augapfel.“ In der später verfassten Film-Biographie behauptet Bleicher, dass diese Aussage vom charismatischen Arbeiterführer Hans Böckler stamme, als Mahnung auf dem Münchener DGB-Gründungskongress am 12. Oktober 1949 gesprochen. Das ist keinesfalls der Fall. Diese Verpflichtung eines mühsam erkämpften Kom-

42– Auf dem Peiner Verbandstag der Metaller der britischen Besatzungszone am 20./21. Februar 1947 fragte der Theoretiker dieses Konzeptes, August Enderle, die Delegierten, angesichts der kurz zuvor vollzogenen Ablehnung der Sozialisierung der Grundstoffindustrie im Niedersächsischen Landtag mit 43 gegen 40 Stimmen, wie man sich verhalten wolle, wenn es darum ginge, die gewerkschaftlichen Forderungen notfalls gegen das Parlament durchzusetzen? Und er fuhr fort: „Wenn die Gewerkschaften sich zufrieden geben würden mit den Parlamentbeschlüssen, daß z.B. die Sozialisierung nicht durchgeführt wird, würde wieder eine kapitalistische Entwicklung stattfinden, und eines Tages ständen wir wieder vor einer noch größeren Katastrophe ... Wir müssen uns klar sein, daß wir Kämpfe führen müssen. Auch wenn diese in politische umzuschlagen drohen, dürfen wir nicht zurückschrecken“.

promisses stammt von Bleicher selbst. Vergeblich redete er in München noch einmal gegen die Mehrheit der Delegierten an, die zunehmend unruhiger wurden. Auch gegen den Vorsitzenden Böckler, der Bleicher ermahnte, zur Sache zu sprechen und der auf den Ablauf der Redezeit hinwies. Worum ging es? Willy Bleicher, der in Weimar von der KPO-Politik geprägte damalige Kommunist, forderte, den §1 der neuen Satzung „Name des zu gründenden Gewerkschaftsbundes für die Bundesrepublik Deutschland“ zu ändern und diese Frage offen zu lassen, indem man formuliert: *„Dieser neu geschaffenen Gewerkschaftsbund der BRD ist ein Teil des noch zu schaffenden und von uns sehnlichst herbei gewünschten gesamtdeutschen Gewerkschaftsbundes.“* Und weiter: Die *„Entmachtung“* aller derjenigen, *„die uns immer wieder in Not und Elend geführt haben, müsse auch bei uns einer der gewerkschaftlichen Grundsätze bleiben“*, so Bleicher mit Blick auf die SBZ/DDR. Eine der wesentlichen und vornehmsten Aufgaben sei deshalb *„die Erhaltung der Einheit der Gewerkschaften bei uns im Westen und darüber hinaus die Schaffung der gewerkschaftlichen und damit auch der politischen Einheit für unser Vaterland. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern im internationalen Maßstab.“* (Gemeint ist der sich abzeichnende Konflikt zwischen dem Weltgewerkschaftsbund und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, IBFG) ⁴³ Bleicher hatte keine Chance, dafür auf dem Kongress wenigstens eine Minderheitsposition abzuschließen. Der Weg zur Einheitsgewerkschaft endete 1949 mit einem Kompromiss, der nicht mehr viel mit der 1945 überall geforderten und von zahlreichen Antifaschisten erträumten Einheit der Arbeiterbewegung zu tun hatte. Die Antifa-Ausschüsse hatten in der *„Stunde Null, die keine war“* zunächst für die *„feste und aufrichtige Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten“* plädiert, um *„die unglückliche Spaltung der Arbeiterklasse im Interesse unseres ganzen Volkes endgültig zu überwinden“*. So der Text einer Vereinbarung der Bezirksleitung Wasserkante der SPD und der Bezirksleitung Nordwest der KPD vom 14. August 1945 in Bremen. Schon am 2. August 1945 hatten die Braunschweiger Sozialdemokraten um den späteren Ministerpräsident Alfred Kubel (ISK) zusam-

men mit Hermann Wallbaum (KPD) und Walter Brinkmann und Kirchner von der KPO, Hermann Ahlbrecht von der SAP, Otto Fliess für die Antifa und zusammen mit W. Grupe zugleich für die SPD dazu aufgerufen, eine *„Sozialistische Einheitspartei“* zu gründen: *„Unser Ziel ist klar! Wir alle fordern die sozialistische Gesellschaftsordnung ..., in der die ganze Machtfülle der sozialistisch regierten Staaten gegen jede Art von Ausbeutung eingesetzt wird ... Jede Spaltung der Sozialisten kann dazu führen, daß unsere Kraft geschwächt wird!“*

Der Kalte Krieg zerstörte bald alle diese Hoffnungen. Und dennoch blieben die meisten der ausgegrenzten Anhänger der Einheitsorganisation stets der Organisation so verpflichtet, dass sie auch nach ihrem beschwerlichen, gelegentlich unterbrochenen Wiederaufstieg öffentlich Kritik an den *„alten Säcken“* unterließen, für die Solidarität mit den innergewerkschaftlich bekämpften Gegnern plädierten und die Kompromisse und letzten Reste der Neuordnungsforderungen engagiert verteidigten. Der Kommunist Bleicher konnte nach seiner Entlassung aus den Diensten des Vorstands (1951, These 37) durch die Direktwahl der Delegierten am Vorstand vorbei als Bevollmächtigter in Göppingen eine neue Karriere beginnen. Sie kulminierte nach seinem Eintritt in die SPD in der Wahl zum einflussreichen und streikerproben Bezirksleiter von Baden-Württemberg (und Königsmacher in Frankfurt) von 1959 bis 1972. Bleicher steht hier stellvertretend für die Stärke der auf Solidarität orientierten Vertreter der innergewerkschaftlichen Opposition – von Brenner bis zu Söchtig, Bolze, Elflein, Mahlein oder Fritz Rück. Ihnen gelang es nach 1945 immer wieder, auch aus der Defensive heraus, zur Mehrheitsbeschaffung für notwendige Korrekturen beizutragen. Deshalb verzichteten sie gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit auf offene Kontroversen mit innergewerkschaftlichen Gegnern. Dagegen setzen sie sich nach innen um so intensiver für die Aufarbeitung der Fehler ein – als einer herausragenden Aufgabe der politischen Kultur der Linken, die allerdings immer wieder mit tiefen Enttäuschungen und Depressionen verknüpft blieb.

Jörg Wollenberg

Anzeigen

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle. Berlin 1932. Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

⁴³ – vgl. Protokoll des Münchener Gründungskongress, 1949, S. 106f.

Spanien

Für einen sozialen Ausweg aus der Krise kämpfen?



Die PSOE will eine neoliberale Politik ohne Vorbehalte durchsetzen, mit der die Krisenfolgen auf die Schwächsten abgewälzt werden, während die Banken und grossen Unternehmen ihre Profite behalten.“ – So schätzt die Kommunistische Partei Spaniens den Kurs der Zapatero-Regierung ein. Die PCE appelliert an die IU (Vereinigte Linke), auf eine allgemeine Mobilisierung hinzuarbeiten. Die IU sei die einzige Organisation, die dazu in der Lage ist. Das war der Ausgangspunkt im Frühjahr. Mittlerweile ist der Sommer vergangen. Was hat sich bewegt?

Zögerliche Mobilisierung

Die beiden grossen Gewerkschaftsbünde, die Comisiones Obreras und die UGT, gingen die Mobilisierung zögerlich an. Sie setzten und setzen immer noch auf Verhandlungen mit Regierung und Unternehmerverbänden. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Zapatero, der seine zweite Amtszeit mit dem Versprechen begonnen hatte, mit seiner Regierung werde es keine Verschlechterung für die Lohnabhängigen und Rentner geben, hat die Hoffnungen auf ihn aber inzwischen gründlich enttäuscht. Sein „Anti-Krisen“-Programm unterscheidet sich nicht vom deutschen oder französischen: Schonung und sogar Pöppelung von Banken und Konzernen, weniger zum Leben für die Arbeitenden

und Alten. Während sich die PSOE – Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens – gelegentlich noch mit Arbeiterbewegungs-Symbolik draapiert – bei manchem Treffen wird noch die Internationale gesungen und die Faust gehoben – enthält ihre wirkliche Politik keine andere Substanz als die einer SPD.

Äußerlich ist im Sommer nicht viel passiert. Die Hoffnung, dass die „Sozialpartnerschaft“ doch noch nicht zu Ende sei, ist aber deutlich schwächer geworden. Diese Hoffnung war von Anfang der Krise an mit der Angst gepaart, ein entschiedenes Eintreten der Lohnabhängigen für ihre Interessen könnte einen Aufschwung gefährden. Der Generalstreik im Öffentlichen Dienst vom 8. Juni war noch von diesem Mobilisierungshemmnis beeinflusst. Er wurde in den verschiedenen Regionen in verschiedenem Ausmaß befolgt, im Durchschnitt zu vielleicht 70 Prozent.

Die Hoffnungen schwinden, der Zorn – und bei vielen die Verzweiflung – wachsen, aber die Angst bleibt. Dafür, was den Ausschlag gibt, wird der für den 29. September angesetzte gesamtspanische eintägige Generalstreik eine Nagelprobe: Kämpfen oder resignieren?

Die Zögerlichkeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Termin für einen allgemeinen 24stündigen Generalstreik aller Branchen so spät, eben auf den 29. September gelegt wurde. Kleinere Gewerkschaften hatten den 29. Juni verlangt. Ende September ist die Tourismus-Saison so gut wie zu Ende. Die meisten Beschäftigten in dieser grossen Branche können dann schon nicht mehr streiken, weil sie schon in der Winter-Arbeitslosigkeit sind.

Zur Lage der Arbeiterklasse

Die offizielle Arbeitslosenzahl verharrt bei zwanzig Prozent. Die Statistiker lügen aber. Grosse Kollektive wie die z.B. die „Autonomos“*, von denen um die 350 000 arbeitslos sind, werden nicht gezählt. Massen von Arbeitsimmigranten sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt; - in einigen Meldungen ist von 1,8 Millionen die Rede.

Zwei Drittel der Jobs sind zeitlich befristet oder saisonal. Von den Jugendlichen unter 25 Jahren sind 40% arbeitslos. Ebenfalls 40% der Beschäftigten unter 35 Jahren leben noch im elterlichen Haushalt, weil es schwer ist, mit einem Monatslohn von 700 oder 900 Euro einen eigenen Hausstand zu gründen.

Zu diesen schlechten Ausgangsbedingungen sollen jetzt nach dem Willen der sozialdemokratischen Regierung weitere Verschlechterungen kommen. Die neueste Arbeitsmarktreform erleichtert und verbilligt Entlassungen und begünstigt die weitere Ausbreitung der Leiharbeit. Reguläre Arbeitsverträge werden in Richtung Zeitverträge ausgehöhlt, Tarifverträge entwertet und damit faktisch die Tarifautonomie mit unternehmerfreundlichen staatlichen Regelungen beschnitten. Das Renteneintrittsalter soll um zwei Jahre erhöht werden, was praktisch eine Rentenkürzung bedeutet. Die Mehrwertsteuer soll um 2 oder sogar 4% erhöht werden.

Der US-Nobelpreisträger Krugmann sagte, in Spanien gehe es um eine Absenkung des Lohnniveaus um 20 bis 30 Prozent. Das ist die Dimension, um die es geht – und nicht nur in Spanien.



* die „Autonomos“ haben einen ähnlichen rechtlichen Status wie hierzulande die Beschäftigten, die als Ich-AGs oftmals nur als Scheinselbständige arbeiten.

Deutsches Diktat

Die neuesten „Anti“-Krisen-Maßnahmen der Zapatero-Regierung folgen den deutschen Vorgaben. Das ist der Preis, der für die Garantiezusagen für faule Kredite in Spanien zu zahlen ist. Im Unterschied zu Deutschland kann Spanien aber die Drosselung des Binnenmarkts infolge der Einschränkung der Massenkaufkraft nicht einmal mit verstärkten Exporten wenigstens zum Teil kompensieren. Spanien hat nicht, wie Deutschland, einen riesigen und möglicherweise noch ausbaubaren Zahlungsbilanzüberschuss mit dem Ausland, sondern ein Defizit, das schon vor Ausbruch der Krise besorgniserregend hoch war. Das Kaputtsparen schlägt damit in Spanien noch viel brutaler auf die Konjunktur durch.

Wie geht es weiter ?

Die sozialdemokratische Regierung hat keine eigene Parlamentsmehrheit und hängt an einem seidenen Faden. Ihre nächsten Hürden sind der Gesetzentwurf zur Arbeitsmarktreform und das Budget für 2009. Neuwahlen noch in diesem Jahr sind nicht ausgeschlossen.

Die Stimmung unter den Lohnabhängigen und bei den „kleinen Leuten“ allgemein ist ähnlich wie in Deutschland. Es gibt viel Furcht und Verzweiflung, aber auch Zorn. Dicht unter der Oberfläche brodelt es. Wenn das ausbricht, könnte sich die politische Lage schnell ändern. Die spanische Arbeiterklasse hat eine kämpferische Tradition, und dies nicht nur in ferner Vergangenheit. Wenn sie kämpfen, werden die spanischen Arbeiter und Angestellten hart kämpfen.

Centella, der neue Generalsekretär der spanischen KP (der PCE), fasst die Ziele, auf die sich eine Bewegung der Arbeitenden richten soll, so zusammen:

- Vollbeschäftigung als Leitlinie der Wirtschaftspolitik, Schaffung eines starken öffentlichen Sektors
- Erweiterung der sozialen Rechte und Erhöhung der Fonds für Sozialpolitik
- Beteiligung der Beschäftigten an der Planung in den Betrieben und demokratische Kontrolle
- Steuerreform, die das Großkapital stärker belastet und mit der

Schattenwirtschaft und der Steuerhinterziehung Schluss macht

– Umweltschutz und eine andere Energiepolitik

„Das Wichtige ist jetzt für die Linke zu zeigen, dass es eine realisierbare Alternative gibt. Und dass ... es möglich und notwendig ist, das System zu ändern. ... Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern es ist möglich, sie hier und jetzt zu schaffen.“

Die spanische Arbeiterklasse muss jetzt entscheiden. Sie hat die Wahl, die Krise auf ihre Schultern zu nehmen. Das ist die Wahl der PSOE, der rechten PP und der Großbanken und Konzerne. Oder sie kann aufstehen und kämpfen. Das ist die Wahl, die die Kommunisten vorschlagen.

Stand: 28.8.2010

Sepp Aigner

Anzeigen

wenn Repression dann Solidarität!

Bitte sagen Sie jetzt nichts!
Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwalt!
Keine Zusammenarbeit mit
den staatlichen Repressionsorganen!
www.aussageverweigerung.info

Rote Hilfe organisieren – Mitglied werden!

ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de * bundesvorstand@rote-hilfe.de

Antifaschistisches Blatt

Info

Nr. 88 | Herbst 2010

Neonazis in Osteuropa

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile

Teil 3: Der Kampf gegen die Diktatur

Die neoliberale Wirtschaftspolitik der Militärregierung führte Anfang der 80er Jahre zu einer Finanzkrise die einen massiven Einbruch der Wirtschaft nach sich zog. Es kam zu zahllosen Unternehmenszusammenbrüchen und die Arbeitslosigkeit erreichte Werte von bis zu 30 Prozent. Diese Entwicklung untergrub die soziale Basis der Diktatur. Laut dem chilenischen Standardwerk über diese Zeit, *La Historia Oculta del Régimen Militar*, war damals sogar ein gewisser León Vilarín, „der mythologische Anführer der Lastwagenfahrer“ an Aktivitäten gegen die Regierungspolitik beteiligt. Das will etwas heißen. Gehörten die Lastwagenfahrer doch zur Speerspitze der Opposition gegen die sozialistische Regierung von Salvador Allende.

Diese Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis waren ausschlaggebend für den, von allen Beteiligten so nicht erwarteten, Erfolg des nationalen Protesttages vom 11. Mai 1983. Er war von der Vereinigung der Kupferarbeiter initiiert worden, einer Organisation, die der Regierung der Unidad Popular auch schon Schwierigkeiten gemacht hatte.

Nun wurde im Abstand von einem Monat zu weiteren Protesten aufgerufen. Während sich die Bewegung auf das ganze Land ausdehnte verlagerte sich das organisatorische Zentrum von den Gewerkschaftern zu den Parteien, und da vor allem zu den Christdemokraten.

Welche Bedeutung hatten diese Proteste? Kündigten sie etwa eine revolutionäre Situation an? Sollte jetzt, vier Jahre nach dem Sturz Somozas in Nicaragua, etwas Vergleichbares in Chile auf der Tagesordnung stehen? Nach Genaro Arriagada, einem christdemokratischen Politiker und Politikwissenschaftler, wurde damals „die Opposition von einer Welle der Hoffnung ergriffen. Das erste Mal seit dem Beginn des Regimes dachte man dass eine politische Niederlage Pinochets möglich wäre.“ Es ist klar, dass sich die Christdemokratie nur eine „politische Niederlage“ wünschte. Die revolutionäre Linke hoffte natürlich auf eine Entwicklung wie in Nicaragua. Deshalb orientierte z.B. der MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria – Bewegung der Revolutionären Linken) und Teile der KP auf eine bewaffnete Erhebung.

Doch war das realistisch? Nach einem Lenin zugeschriebenen Satz gibt es dann eine revolutionäre Situation, „wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen“. In diesem Zitat werden zwei Voraussetzungen genannt die beide vorhanden sein müssen damit es zu einer tief greifenden Umgestaltung kommen kann. Lassen wir die Frage offen, ob damals auf Seiten der Beherrschten die Dinge Lenins Kriterium entsprachen.

Beschränken wir unsere Betrachtung auf die herr-



schende Klasse. Lässt sich sagen, dass sie im Sinne Lenins nicht mehr weiter regieren konnte? Leider muss man das verneinen. So hatte der ehemalige Vorsitzende des Partido Nacional (Nationalpartei), Sergio Onofre Jarpa, er war zu dieser Zeit Botschafter in Argentinien, schon vor dem ersten Protesttag begonnen ein Memorandum über den politischen Zustand des Landes zu erstellen. Er ließ es Pinochet zukommen und wurde daraufhin von diesem zu einer Erörterung der Situation eingeladen. Dabei wurde vereinbart, einen Plan auszuarbeiten mit dem auf die veränderte Lage reagiert werden soll.

Seine Wichtigsten Punkte waren:

- Das Ansehen von „Präsident“ Pinochet zu schützen.
- Die Unterstützung durch Berufsverbände, Unternehmervereinigungen und der Politik wieder zu erlangen.
- Die Ausschaltung der Schlüsselpersonen des inneren Feindes.
- Die Schaffung einer einheitlichen politischen Leitung mit den Sektoren die zum Regime neigen.
- Die Schaffung einer sozialen Bewegung um die Unabhängigen an die eigene Basis anzugliedern.
- Es sollten Debatten über den Marxismus und die Zeit der Unidad Popular gefördert werden.



- Die Schaffung eines Expertengremiums um die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung zu leiten, mit klaren Vorgaben und langfristig angelegt.

- Die Propaganda sollte auf den sowjetischen Kommunismus zielen und nicht auf die lokalen Politiker.

- Die Einführung der neuen institutionellen Ordnung soll mit der Schaffung von Parteien- und Wahlgesetz beschleunigt werden.

- Die Schaffung einer von der Regierung unabhängigen politischen Bewegung die diese aber verteidigt.

- Die Festlegung eines Termins für Parlamentswahlen und die Organisation einer politischen Bewegung um sie zu gewinnen.

- Und am wichtigsten, um die vorgenannten Ziele auch erreichen zu können, Wirtschaftshilfen für Notleidende Sektoren der Arbeit und der Produktion.

Die Autoren der *Historia Oculta del Régimen Militar* – diesem Buch sind auch die Punkte des Arbeitsplanes entnommen – fassen sein Ziel so zusammen:

„Die globale Absicht des Planes, wie ihn seine Autoren definierten, war die Sicherung der Rechtskraft der Verfassung von 1980, um sie als Rahmen der politischen Entwicklung zu fixieren. Zusätzlich würde er dem Regime eine politische Basis verschaffen um sein Werk zu verteidigen und auf die Zeit nach 1989 zu projizieren, dem vorgesehenen Zeitpunkt an dem sich die Regierung einem Wahlkampf zu stellen hat.“

Heute kann man sagen, dass dieser Arbeitsplan erfolgreich umgesetzt wurde. Die Verfassung von 1980 ist, wenn auch an einigen Stellen geändert, weiterhin in Kraft. Doch nicht alle Anhänger dieser Strategie werden diese Aussage teilen. Für sie steht im Mittelpunkt, dass sie die Regierung Pinochet an der Wahlurne nicht haben verteidigen können. Andererseits teilten dieses Ziel nicht alle Rechten. Die klügeren unter ihnen sahen, dass sich eine Mehrheit der Gesellschaft nach demokratischer Mitsprache sehnte. Die wollte man ihr durchaus gewähren, wenn auch nur im beschränkten Rahmen der Verfassung von 1980. Die persönlichen Ambitionen Pinochets hatten für sie einen geringeren Stellenwert. Doch das behielten sie damals noch für sich. Ei-



nerseits, um beim Diktator nicht in Ungnade zu fallen. Andererseits, damit notwendig werdende Kompromisse mit der politischen Mitte von dieser auch als Erfolg verkauft werden können.

Für die Rechten war nun entscheidend wie sich die Christdemokraten für die Zukunft positionieren, ihrem alten Partner beim Sturz der Regierung Allende. Daher nahm Jara über einen Mittelsmann Kontakt zu ihnen auf. Er wollte wissen, ob sie bereit wären in den Kreis der die Verfassung tragenden Kräfte einzutreten. Als Reaktion auf dieses Gesprächsangebot beschlossen die Christdemokraten die Proteste fürs erste weiter zu führen und konkrete Schritte der Regierung abzuwarten. Später fuhren sie die soziale Mobilisierung zurück und vereinbarten mit einem Teil der traditionellen Rechten einen *Acuerdo Nacional* (Nationale Übereinkunft). Doch das hatte keine bleibenden Folgen weil diese Übereinkunft vom Regime abgelehnt wurde.

Die Christdemokratie

An dieser Stelle ist es notwendig die *Democracia Cristiana* (DC) etwas eingehender zu betrachten. Aufgrund ihres Namens wird man sie als die chilenische Version der entsprechenden deutschen Parteien betrachten. Hinsichtlich ihrer Nähe zum Christlichen Glauben ist das nicht verkehrt. Wirft man aber einen Blick auf ihre Programmatik und

ihren historischen Platz in der politischen Landschaft erinnert sie mehr an die deutsche SPD. In den Programmen beider Parteien fanden sich soziale Forderungen die man als Linker sofort unterstützen wird. Zu den Konzepten der chilenischen Christdemokraten gehörte der Punkt, dass der „Kapitalismus zu überwinden“ sei. Der tatsächliche Inhalt ihres Strebens war und ist aber der Kampf gegen die konsequente Linke, ist ein profunder Antikommunismus.

Ihren Offenbarungseid leistete die chilenische Christdemokratie während der Regierung Allende. Anstatt mit der Linken ihre sozialen Forderungen umzusetzen verbündete sie sich mit der Rechten und bereitete so den Boden für den Militärputsch. Das war eigentlich auch nicht überraschend, schließlich war eine der Gruppen die sich in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts zur *Democracia Cristiana* vereinten die *Falange Nacional*. Mit diesem Namen drückte man in den 30er und 40er Jahren seinen positiven Bezug auf die spanische Diktatur aus.

Laut Rafael Agustín Gumucio, ein späterer Anführer der IC (*Izquierda Cristiana* – Christliche Linke), war an der Gründung und Finanzierung der DC der US-Geheimdienst CIA und die internationale Christdemokratie beteiligt. Die Gelder kamen aber nur dem rechten Parteiflügel zugute. Die Folgen beschreibt er so: *„Allmählich unterließ man die Anstrengungen damit alle Parteimitglieder regulären Beitrag zahlen, weil in Wirklichkeit das was sich unter diesem Titel sammeln lässt, unbedeutend war in Relation zu den Mitteln die aus dem Ausland kamen oder von vermögenden Leuten gespendet wurden.“*

Trotz dieser Geschichte haben zumindest Teile der DC keine Probleme sich mit sozialistischer Theorie zu beschäftigen. Es überrascht wenn man im Buch *Por la razon o la fuerza* (Als Titel hat der Autor den chilenischen Wappenspruch gewählt: Mit Verstand oder Kraft), des schon erwähnten Genaro Arriagada, eine sich auf Marx berufende Argumentation findet. Darin legt er dar, warum es für die Oppositionsbewegung unmöglich war, zu einem erfolgreichen Generalstreik aufzurufen. Das lag nicht an ihrer Unfähigkeit sondern an der hohen Arbeitslosigkeit. Die Zahl der

Arbeitslosen war höher als die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Daher hatte der linke Flügel der Opposition kein Mittel in der Hand das Regime unter Druck zu setzen.

Der bewaffnete Kampf zählte nicht. Die militärische Strategie des MIR war 1983 schon zum zweiten Mal gescheitert. Trotzdem kam es zu einer Radikalisierung eines Teils der Gesellschaft und damit auch der Linken. Getragen wurde sie von Bewohnern der poblaciones, der großstädtischen Elendsviertel. Hier lebten wenige Arbeiter dafür aber viele Arbeitslose, Unterbeschäftigte oder Hausangestellte. Als Anfang 1984 die Beteiligung an den Nationalen Protesttagen zurückging, galt das nicht für diese Viertel. Hier fanden vor

allem Straßenkämpfe statt. Diese Auseinandersetzungen führten jedes Mal zu Todesopfern auch unter Unbeteiligten. Als Pinochet im November 1984 den Belagerungszustand ausrief, war daher die Zustimmung in den unteren Schichten der Gesellschaft größer als in der Mittelschicht. Und das obwohl hier eine große Mehrheit weiterhin auf Seiten der Opposition stand.

Die KP distanzierte sich nicht von diesen Auseinandersetzungen, die von den Christdemokraten als Ausdruck von zielloser spontaner Gewalt betrachtet wurden. Für die KP waren sie ein Bestandteil ihrer Lösung von der Legitimität „*aller Formen des Kampfes*“.

Möglicherweise war das auch eine Reaktion auf das Fehlen der Möglichkeit des Generalstreiks. Wenn man als Linker nicht als Teil einer breiten Arbeiterbewegung die Regierung stürzen kann, bleibt nur der bewaffnete Kampf. Er wurde nun von der KP, mit ihrem bewaffneten Arm FPMR (Frente Patriótico Manuel Rodríguez) aufgenommen. Eigentlich ist diese Formulierung nicht ganz richtig, da sich die KP nie offiziell dazu bekannt hat, aber in der chilenischen Öffent-

lichkeit zweifelt niemand an diesem Zusammenhang.

Die Spaltung der Opposition

Das gab der DC die Möglichkeit die KP aus den sich ab 1983 bildenden



Bündnissen gegen die Diktatur herauszuhalten. Als Begründung diente die, aus Sicht der DC und der Mittelschicht, abenteuerliche Politik der Kommunisten, die nur den Militärs



in die Hände arbeitete. Daher agierte die Opposition gespalten. Auf der einen Seite bildete sich die von den Christdemokraten geführte Alianza

Democrática (AD – Demokratische Allianz) und auf der Anderen um KP und MIR der MDP (Movimiento Democrático Popular – Demokratische Volksbewegung). Die Sozialisten waren gespalten. Der von Carlos Altamirano geführte Flügel, der sich sozialdemokratische Positionen zu Eigen

gemacht hatte, arbeitete bei der AD mit. Dagegen war die Almeyda-Fraktion, die noch den traditionellen Werten verbunden war, Bestandteil der MDP.

Mitte der 80er Jahre stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Die Linke hat kein Mittel die Regierung in Bedrängnis zu bringen und die Formen des Kampfes, die von ihr eingesetzt werden, isolieren sie. Die wirtschaftliche Lage verbessert sich und damit sinkt die Unzufriedenheit mit der Regierung. In diesem Umfeld schreitet das Regime mit der Schaffung von neuen Institutionen voran.

Letzteres versucht die FPMR 1986 mit ihrem Anschlag auf Pinochet zu stören. Doch der Angriff scheitert. Als Rache für die bei dem Anschlag gefallenen Mitglieder der Leibwache töten Todesschwadronen in den nächsten 48 Stunden vier ehemalige oder aktive linke Aktivisten. Eines der Opfer war der bekannte Journalist und Mitglied des Zentralkomitees des MIR José Carrasco Tapia.

Die Christdemokraten befanden sich in einer komfortablen Lage. Sie mussten die harte Repression nicht fürchten. Auch wenn es zu keiner Vereinbarung mit der Regierung gekommen war, arbeitete die Zeit für sie. Eine Bewegung, die eine ungeliebte Regierung loswerden möchte, wird letztlich die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, wenn sie keine wirksameren in den Händen hält. Das war im Falle Chiles die in der Verfassung von 1980 vorgesehene Volksabstimmung über die Regierung Pinochet. Diese musste 1988 durchgeführt werden und hatte als

Alternativen „Ja“ – ihre Fortsetzung, oder „Nein“ – freie Präsidentschaftswahlen im folgenden Jahr.

Der Weg dahin führte über mehrere Stationen. Aus Sicht des bürgerlichen Widerstandes handelte es sich dabei um einzelne Kämpfe, die jeweils gewonnen werden mussten, um bei der nächsten Auseinandersetzung überhaupt eine Chance auf Erfolg zu haben. Dabei spielten die Wahlregister eine entscheidende Rolle. Die Diktatur hatte sie nach dem Putsch verbrennen lassen. Im Rahmen der Bildung der neuen Institutionen wurden sie wieder belebt. Jeder Wahlberechtigte konnte sich freiwillig eintragen lassen. Aber nur die Eingetragenen durften auch an den Abstimmungen teilnehmen. Das Kalkül der Regierung war, dass sich die Opposition an dieser Frage spalten werde. Ließen sich nur die bürgerlichen Gegner einschreiben, hätte das Regime eine Chance die Volksabstimmung zu gewinnen. Daher trug sich, im Rahmen eines offiziellen Aktes, Pinochet im Februar 1987 als Erster ein. Auf diese Weise wurde die Einschreibung zur staatstragenden Pflicht erhoben, durch die man der Regierung sein Vertrauen ausspricht.

Die Probleme der Linken

Die Christdemokraten riefen zur Einschreibung auf, achteten aber darauf, sich vom Regime abzugrenzen. Die KP lehnte dies ab weil sie sich nicht an der Schaffung von Illusionen über die Diktatur beteiligen mochte. Doch der gesellschaftliche Druck wuchs und hatte am Ende zur Folge, dass sie vom Comando Socialista por el No (Sozialistisches Kommando für das Nein), darunter enge Verbündete wie der Almeyda-Flügel der Sozialisten, im Oktober aufgefordert wurde, zu dieser Frage eindeutig Stellung zu beziehen. Nun gab sie ihren Widerstand auf und unterstützte die Eintragung.



Dieses Beispiel zeigt, wie sich die Kommunisten, aber auch der MIR, für die Gesellschaft überflüssig machten. Welche Existenzberechtigung hat eine politische Kraft, die nicht auf ihrer Seite der Barrikade an einer wichtigen Auseinandersetzung teilnehmen will? Die sich nur durch den Druck ihrer Verbündeten schließlich zur Teilnahme bereit erklärt?

Die Befürchtungen der Kommunisten waren allerdings nicht unbegründet. Schließlich hatte das Regime schon die Abstimmung über die Verfassung manipuliert. Doch in dieser Frage folgte die KP nicht wirklich ihrer Linie. Hatte Corvalán doch alle Formen des Kampfes für legitim erklärt. Die Eintragung in die Wählerverzeichnisse war doch eigentlich eine Form des Kampfes. Das hätte man so propagieren können, selbstverständlich mit dem Hinweis auf die zweifelhaften Erfolgsaussichten.

Doch das sind theoretische Überlegungen nach mehr als 20 Jahren. Kommunistische Parteien mögen eine noch so zentralistische Organisationsstruktur aufweisen, am Ende sind es demokratische Organisationen. Macht die Leitung nicht das, was die Basis erwartet, wird sie hinweg gefegt. Möglicherweise war das der tiefere Grund für das Agieren der KP.

Welcher Revolutionär schwenkt schon gern auf die Linie einer Partei ein, und sei sie noch so berechtigt, deren Ziel immer die Bekämpfung des revolutionären Lagers war und die dabei die Ermordung von Sozialisten und Kommunisten billigend in Kauf genommen hatte? Die auch weiterhin jede organisatorische Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnte? Gibt man seinen Gefühlen freie Bahn wird man dies nicht tun. Doch zu den wichtigen Aufgaben von Kommunisten gehört auch die Aussprache von schmerzlichen Wahrheiten.

Dass dies nicht, oder nicht in ausreichendem Maße, geschehen ist, hat die KP in eine Existenz bedrohende Krise gestürzt, allerdings darf der Gerechtigkeit halber nicht vergessen werden, dass diese Krise durch das Ende der UdSSR verschärft worden ist. Bei Genaro Arriagada kann man die christdemokratische Freude über die stra-

Anzeige

Marxistisches Forum Heft 62 erschienen

Preis 4 Euro zuzüglich Porto
Alle bereits erschienen Hefte sind über den GNN Buchversand aber auch über den Buchhandel zu beziehen.

GNN Buchversand
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz
Tel.: 03 42 04 / 6 57 11, Fax 03 42 04 / 6 58 93
www.gnn-verlag.de,
GNN-Schkeuditz@t-online.de



tegischen Fehler der Kommunisten nachlesen. Das folgende Zitat bezieht sich auf die Änderung der politischen Linie von 1980.

„Seit damals kostete es die KP drei Jahre in Chile ihren bewaffneten Apparat in Funktion zu setzen ... und 10 Jahre sich zu spalten. Die KP hatte sich auf den Weg zu ihrer taktischen Niederlage begeben, der militärischen von 1986 und der strategischen, welche 1990 ihre Spaltung sein würde. So begann die Krise und der endgültige Verfall dessen was, bezogen auf die Dimensionen des Landes, die größte Kommunistische Partei des Westens war, nur in der Bedeutung übertroffen durch ihre Artgenossen aus Italien und Frankreich.“

Doch erst einmal spaltete sich die Basis der Diktatur. Hier hatte sich als Einheitspartei aller rechter Strömungen die Renovacion Nacional (Nationale Erneuerung, RN) gebildet. Streitpunkt war die Frage ob nicht Präsidentschaftswahlen mit mehreren Kandidaten für das Regime vorteilhafter wären. Ein von Onofre Jarpa geführter Flügel tendierte dazu. Er ahnte, dass die Volksabstimmung die gespaltene Opposition hinter dem „Nein“ einigen wird. Demgegenüber hätte eine Präsidentschaftswahl den Vorteil, dass mehrere oppositionelle Kandidaten ins Rennen gehen würden. Diese könnten von der Rechten leichter besiegt werden. Dem widersetzte sich der treu zu Pinochet stehende Flügel unter Jaime Guzmán. Er verließ die RN und formte seine UDI (Unabhängige Demokratische Union) von einer Bewegung zur Partei um.

Die Überlegungen von Jarpa waren nicht falsch. So sollte aus der Concertación de los partidos del NO (Konzertierte Aktion der Parteien des NEIN) die Concertación hervorgehen, die in den nächsten 20 Jahren die Präsidenten stellen wird. Doch vorerst bestimmen noch die Militärs die Linie. Sie schickten Pinochet ins Rennen. Doch ihr Bewegungsspielraum schrumpfte.



Die internationale Einflussnahme

In den ersten Jahren nach dem Putsch wurde das Regime von den imperialistischen Ländern gestützt. Nach außen verurteilte man die

Menschenrechtsverletzungen aber insgeheim billigte man sie. Schließlich hatte man den gleichen Feind, die sozialistische und kommunistische Bewegung. Unvergessen ist z.B. der Freundschaftsbesuch von Franz Josef Strauß bei Pinochet. Oder die Ausbildung von chilenischen Offizieren bei der Bundeswehr während der SPD-FDP Regierung.

Doch eine Alleinherrschaft beinhaltet auch Risiken. Das mussten die imperialistischen Länder schmerzlich in Nicaragua erfahren. Dort hatte 1979 ein Bündnis, das von der linken Guerrillaorganisation FSLN bis zum Unternehmerverband reichte, den Diktator Somoza gestürzt. Da die Kämpfe auf der Straße von den unteren Volksschichten getragen wurden hatte anschließend die FSLN die Regierungsgewalt in ihren Händen. Sie nutzte sie für eine Reihe von sozialen Veränderungen.

Diese Gefahr bestand auch in Chile. Daher kam es Ende der 70er Anfang der 80er Jahre zu einer Änderung im Umgang mit dem Regime. Möglicherweise wurde schon die Einführung der pinochetistischen Verfassung, mit ihrer Perspektive zu so etwas wie Demokratie, von diesen Kräften beschleunigt. Diese Einflussnahme verstärkte sich nach dem Aufkommen der Nationalen Protesttage. Auf Seiten der Opposition wurden die gemäßigten

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Kräfte finanziell, und wahrscheinlich auch mit Beratung in Fragen der Strategie, unterstützt. Es scheint, dass auch die Mehrheit der oppositionellen Presseorgane, die in den 80er Jahren entstanden waren, von diesen Zahlungen abhängig war. Zumindest verschwanden sie kurz nach dem Ende der Diktatur vom Markt.

Im Vorfeld des Plebiszits gab es die Befürchtung, dass es von den Militärs abgesagt wird. Auch lag eine Wahlfälschung im Bereich des Möglichen. Daher informierten kurz vor der Abstimmung die Regierungen in Washington und Bonn die chilenischen Botschafter von ihrer Besorgnis betreffend der Entwicklungen in Chile. In den Erinnerungen bürgerlicher Oppositioneller wie Arriagada werden diese Stellungnahmen als sehr wichtig für den Fortgang der Ereignisse angesehen.

Der Abend des Plebiszits war für die politischen Führer des Landes, Regierung wie Opposition, sehr spannend. Nach den vorliegenden Berichten wurde von den Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren, mit Ausnahme der Linken, untereinander ausgemacht, ob man die Zahlen des Innenministeriums oder die von unabhängigen Wahlbeobachter als verbindliches Ergebnis betrachtet.

Man einigte sich auf die realistischen Zahlen der Wahlbeobachter. Danach hatte Pinochet mit 43 zu 54,7 Prozent verloren. Wenn man Arriagada Glauben schenkt, hat die Regierung ihre Niederlage nur aufgrund des Druckes von Jarpa und anderen Politikern der RN anerkannt.

Der verhandelte Übergang

Nach seiner Niederlage hatte Pinochet erklärt, dass es an der Ver-

fassung von 1980 keine Änderungen geben wird. Doch dabei blieb es nicht. Einige Bestimmungen waren so starr, dass sich damit nur schwer ein normales staatliches Leben organisieren ließ. Das betraf vor allem die Bestimmungen wie Änderungen an der Ver-



fassung vorgenommen werden können. Schließlich einigte sich die Concertación mit dem Regime auf sechs Modifikationen. Für Linke ist dabei die Streichung des Inhalts von Artikel 8 von besonderer Bedeutung. Wurde damit doch das Verbot aller Gruppen, deren Ideologie im Klassenkampf gründet, aufgehoben.

Der linke Soziologe Tomás Moulian stellt fest, dass aus den Verfassungsänderungen auch die Concertación Vorteile zog. *„Aber auf der Basis eines Preises: (Die Concertación) verlor Kraft um die radikale Negation in Angriff zu nehmen, (sie ist) verurteilt zu einer ineffizienten Regierung, von einer konstitutionellen Ordnung die Erzeuger von Unregierbarkeit ist. Damit verurteilten sie sich dazu, nicht mehr zu sein als Geschäftsführer einer sozialen Ordnung geerbt von Pinochet.“*

Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 1989 sorgten die Christdemokraten dafür, dass sich die Kommunisten nicht an der Concertación beteiligen konnten. Daraufhin bildete die KP mit einigen kleineren Parteien ein zweites oppositionelles Partei-

enbündnis. Es hatte aber aufgrund des Binominalen Wahlsystems keine Chance auf Mandate. Im Vorfeld dieses Urnenganges hatten sich auch die letzten Sozialisten auf sozialdemokratische Positionen begeben und wurden Teil der Concertación. Bei der

Präsidentschaftswahl verzichtete die verbliebene Linke auf einen eigenen Kandidaten. Hier setzte sich der Christdemokrat Patricio Aylwin gegen den Vertreter des Regimes durch.

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Aylwin im März 1990 endete die Diktatur nach fast 17 Jahren. In dieser Zeit haben laut dem Informe Rettig (Ausgabe von 1999), dem Bericht der chilenischen Wahrheitskommission, 3196 Menschen aus poli-

tischen Gründen ihr Leben verloren oder zählen zu den Verschwundenen. Davon kann man in 2905 Fällen der Diktatur die Verantwortung nachweisen. Nur 152 Tote werden auf das Konto der Opposition gebucht. Von den Opfern dieser Zeit waren 1275 Mitglieder einer Partei. Den größten Blutzoll hatten naturgemäß die bedeutenden linken Parteien aufzubringen. Die Sozialisten hatten 401 Tote und Verschwundene zu beklagen, der MIR 393 und die Kommunisten 390. Diese Zahlen lassen erahnen was das für einen intellektuellen Verlust für die jeweilige Organisation bedeutet. Gerade bei den Kommunisten wurden gezielt Leitungsmitglieder umgebracht.

Mit dem Übergang zu einer beschränkten Demokratie änderte sich nichts an den sozialen und ökonomischen Verhältnissen im Land. Doch für die aktiven Linken, die sich nicht im Laufe der Zeit von ihren Zielen entfernt hatten, war es trotzdem ein wichtiges Ereignis. Mit dem Ende der Diktatur endete auch die direkte Bedrohung ihrer Leben durch Todeschwadronen.

Leserbriefe

Liebe Genossen,

Arbeiterstimme wird mir seit vielen Jahren zugestellt, ich lese darin vieles und halte für richtig, was ich darin lese. Ich bin glücklich, dass bei Euch das Erbe von Jakob Walcher, August Thalheimer und Heinrich Brandler geehrt wird. Ich selber war von 1949-89/90 Mitglied der SED, bin oft Male getreten worden, um 1992 habe ich meine Mitgliedschaft zur PDS einschlafen lassen, weil ich in meinem Landkreis Oder-Spree nur Mitglieder fand, die sich für sich selber interessieren, etwa in der Art „Ich muss schnell nach Hause, meine Frau wartet mit der Mahlzeit.“ In der ganzen PDS blieb die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte an der Oberfläche, und den außerparlamentarischen Initiativen ist – vor allem im Land Brandenburg und seit 2002 – die PDS in den Rücken gefallen (das grenzte an Verrat), man wollte zur SPD ins Bett, ich habe darüber in meinem Buch „Das vergessene Volk – Mein Praktikum in Landespolitik“ (2005) berichtet, etwas geändert hat sich nicht in der Partei, die sich links verortet. Ich bin nicht gegen Bündnisse, aber bitte mit eigenem Standpunkt.

Hier und da gibt es in dieser Partei aufrechte Genossen, die in dem einen oder anderen von 16 Landkreisen (am ehesten Elbe-Elster, Teltow-Fläming und Ostprignitz-Ruppin) die Außerparlamentarischen mit ein wenig Logistik unterstützen. Aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Partei als Ganzes erkennt nicht ihre Verpflichtung, den zunehmend ärgerlicher werdenden Bürgern Orientierung und Ermunterung zu geben, statt-

dessen wird man beschimpft, wenn man gerade diese Forderung an die Partei stellt. Diese Partei trägt selber dazu bei, dass die Bürger noch nicht aus ihren Hemmungen herausgefunden haben.

Bei der großen Demo am 12. Juni in Berlin habe ich mit Gesine Löttsch Winkbewegungen ausgetauscht. Doch ein paar Schwalben machen noch keinen Frühling.

Eure Überlegungen in ArSti Sommer 2010 halte ich für zutreffend. Doch ich möchte etwas hinzufügen:

Der Entwurf des Parteiprogramms ist besser als seine Vorgänger, er wird in „Neues Deutschland“ als zu weit links bewertet, doch der Entwurf ist immer noch sehr mangelhaft. Sehr blass ist die Strategie, wie wir zu einer neuen Gesellschaft kommen.

Dazu muss ich aber gleich anfügen: Auch was ich in ArSti lese, ist recht blass, wenn auch deutlich links.

Insofern möchte ich von einem strategischen Loch sprechen, aus dem diejenigen, die sich links verorten, noch immer nicht herausfinden. Dieses Loch ist historisch begründet, bestenfalls werden aus der Geschichte einzelne Erfahrungen thematisiert. Aber die Geschichte in allen wesentlichen Aspekten kritisch nachzuvollziehen ist der überwiegende Mangel. Dieser Mangel hat auch seine erkenntnistheoretischen Wurzeln, und diese wiederum sind überwiegend soziologisch erklärbar.

(...)

Es würde mich freuen, wenn wir darüber ins Gespräch kommen würden.

Mit sozialistischen Kampfesgrüßen
Rainer Thiel

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 168 Sommer 2010, 40 S.

- Die Finanzkrise: 2. Akt eines kapitalistischen Dramas
- Gedanken zur Entwicklung der Partei Die Linke
- Der demokratische Sozialismus – eine Worthülse?
- Alternative BR-Listen – die richtige Taktik?
- Die Krise des Exportweltmeisters
- USA gegen Venezuela und andere ALBA-Staaten
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil II
- Das britische Volk entscheidet sich – aber wofür?
- Zum 5. Todestag von Jürgen Seifert

Nr. 167 Frühjahr 2010, 44 S.

- Dresden 2010 – Sie kamen nicht durch!
- Rückblick: „Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“
- Studentenproteste im Herbst 2009
- Bolivien nach der Wahl
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile / Teil I
- Rückblick auf den Hitler-Stalin-Pakt
- Zum Jahrestag der Bremer Räterepublik
- 90. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Nr. 166 Winter 2008/09, 44 S.

- Nach den Wahlen
- SPD 2010 – Schuld und Sühne
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Darf in Lateinamerika wieder geputzt werden?
- Der Durchbruch der BNP
- Rezensionen: Den Hitler jag ich in die Luft
- Zieglers heiliger Zorn
- Kommunismus in Österreich
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken – Teil II
- Mumia Abu-Jamal

Nr. 165 Herbst 2009, 32 S.

- Nicaragua: Pragmatismus oder Verrat?
- Ein schwerer Verlust: Peter ist tot!
- „Wir bleiben hier. dafür kämpfen wir“
- „Septemberstreiks“ 1969
- Vor 25 Jahren: Bergarbeiterstreik in Großbritannien
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken
- Klassengesellschaft/Klassenverhältnisse
- Mit Demographie und Demagogie zur Demontage des Sozialstaats
- Internationalisten an den antifaschistischen Fronten

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg